



Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 7. Dezember 2006

57. Jahrgang / Nummer 23

Zukunft der ländlichen Gemeinden in Europa

Tagung des Rats der Regionen und Gemeinden Europas - Neue Publikation

Der europäische Dachverband der nationalen Kommunalverbände, der Rat der Regionen und Gemeinden Europas (RGRE), hielt in Brüssel eine hochkarätig besetzte Konferenz zum Thema „Die Zukunft der ländlichen Gemeinden in Europa“ ab. Als Repräsentant der deutschen Gemeinden fungierte der Präsident des DStGB, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen.

Es war das erste Mal, dass sich der RGRE in dieser Form den Anliegen des ländlichen Raums widmete. Er hat damit eine Diskussion auf europäischer Ebene

Kooperation und die Finanzierung der ländlichen Entwicklungspolitik eine besondere Rolle. Schäfer wies aber auch darauf hin, „dass die Gemeinden mehr

laut Städte- und Gemeindebund Informations- und Kommunikationstechnologien die Funktion als Träger wirtschaftlicher Entwicklung übernehmen. Diese neuen Bedarfe müssten strategisch ausgebaut werden, damit sie flächendeckend zur Verfügung stehen. Ihre Entwicklung dürfe nicht als bloßer Ausbau des bestehenden Telefonnetzes betrachtet werden. Die flächendeckende Gültigkeit eines einheitlichen Standards könne nicht mehr das Ziel der zukünftigen Infrastruktur sein.

Hochwertiges Schulangebot

Darüber hinaus gelte es, in ländlichen Räumen auch bei erhöhtem Kostenaufwand ein hochwertiges Schulangebot aufrechtzuerhalten. Formen wie Zwergschulen, reisende Lehrer oder auch Fernunterricht („e-learning“) müssten erprobt oder genutzt werden, wobei besonderer Wert darauf zu legen sei, (Fortsetzung S. 4)



„Der Weg in die Zukunft wird sichtbar im Licht unseres Respekts gegenüber der Schöpfung“ steht auf dem Gedenkstein am „Weg der Besinnung“, mit dem sich die Mittelneufnacher eine dauerhafte Erinnerung an die Neuordnung ihrer Fluren geschaffen haben (vgl. Seite 14). Foto: Kleber

angestoßen, in die nationale Debatte einfließen können und die umgekehrt der nationalen Debatte auch wichtige Impulse geben kann.

Mehr als nur Wirtschaftsstandorte

Die Konferenz befasste sich neben der Frage, was sich die Gemeinden in Zukunft von der ländlichen Entwicklungspolitik erwarten dürfen, auch damit, wie sie selbst zu einer positiven Wirtschaftsentwicklung beitragen können. DStGB-Präsident Schäfer hob dabei die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes hervor. Für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung spielten die Infrastruktur, Möglichkeiten der

sind als nur Wirtschaftsstandorte“. Letztlich stellten sie Heimat für die Einwohner dar.

Großen Anklang bei den internationalen Teilnehmern fand die DStGB-Publikation „Herausforderungen ländlicher Räume“, die auch in englischer und französischer Sprache vorgelegt wurde. Das Papier befasst sich mit den wichtigsten Fragestellungen des ländlichen Raumes in Deutschland. Beschlossen wurde es vom Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des DStGB nach Diskussion mit den Mitgliedsverbänden.

Was die kommunale Infrastruktur anbelangt, so können

Expertentagung in Nürnberg:

Zuwanderer in der Stadt

Die Integration von Zuwanderern in den großen deutschen Städten sollte von Politikern wichtiger genommen werden als bisher. Dies forderten Fachleute auf einer zweitägigen Expertentagung in Nürnberg.

Der Kongress bildete den Abschluss für das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt - Perspektiven sozialräumlicher Integration“, das von der Schader-Stiftung, dem Deutschen Städtetag, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt worden ist. Im Praxis-Netzwerk im Rah-



Am 2. Dezember 2006, pünktlich zum Beginn der Adventszeit, fiel der Startschuss für die Münchner Nikolaus- und damit nahm auch die Bad Heilbrunner Tee Tram ihre Fahrten auf. Um den Nikolausen ihren Arbeitsauftakt zu erleichtern, haben sich die Bad Heilbrunner Kräutertee-Spezialisten etwas ganz Besonderes ausgedacht: Gemeinsam mit der Kräutertee-Königin luden sie 20 Nikolausen zum Warm-up in die erste fahrende Teestube Münchens ein. In gemütlicher Atmosphäre - bei besinnlicher Musik, Teespezialitäten und weihnachtlichem Gebäck - stimmten sich die Nikolausen auf den Advent ein.

Doch nicht nur die Münchner Nikolausen kommen in der Bad Heilbrunner Tee Tram in Weihnachtsstimmung. Am 2. Adventssamstag können sich die Besucher der Münchner Innenstadt in der fahrenden Teestube aufwärmen, gemütlich Tee trinken, Plätzchen essen und sich von der Kräutertee-Königin in Sachen Heilkräutern beraten lassen, während der Nikolaus kleine Geschenke an die Fahrgäste verteilt. „Die Bad Heilbrunner Tee Tram ist eine Oase der Erholung inmitten des Trubels der Vorweihnachtszeit“, sagt Bernd Schoenrock, Geschäftsführer von Bad Heilbrunner. Gestärkt, aufgewärmt und entspannt können die Gäste der Straßenbahn ihre Weihnachtseinkäufe nach einer Rundfahrt fortsetzen.

Auf einen außergewöhnlichen Samstagsausflug mit der Bad Heilbrunner Tee Tram freuen sich auch die Kinder des Münchner Waisenhauses. Die Kinder entdecken bei einem fröhlichen Beisammensein die Sehenswürdigkeiten des vorweihnachtlichen Münchens und dürfen vom Nikolaus noch einmal kleine Geschenke abholen.

Die Route der Bad Heilbrunner Tee Tram geht vorbei an zahlreichen Münchner Sehenswürdigkeiten und bietet den Fahrgästen traumhafte Ausblicke auf die in Weihnachtsschmuck getauchte Landeshauptstadt. □

men des Forschungsprojektes beteiligten sich die Städtetags-Mitglieder Berlin, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Mannheim, München und Nürnberg.

Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben

Laut Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, betrachten die deutschen Städte die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für Staat und Gesellschaft in Deutschland. „Das Projekt ‚Zuwanderer in der Stadt‘ hat gezeigt, dass Städte und Wohnungsunternehmen einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Ihre „geflügelten Worte“ versprüht die Vorzimmerperle in der Vorweihnachtszeit, indem sie sich über das allgegenwärtige Engelthema sehr spezielle Betrachtungen über Flügel zuwendet, die letztlich im Zitat von Alberto Sordi gipfeln, das lautet: „Es liegt im Wesen der Parteilügler, dass sie mehr Luftzug als Bewegung erzeugen.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Doppik statt kameraler Haushaltsführung	2
60 Jahre Bayerische Verfassung und Bayerischer Landtag	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Mittelaufstockung für Hartz IV-Unterkunftskosten	3
Mobilfunk braucht gute Partner	3
Musikschulen vor neuen Aufgaben	3
GZ-Fachthemen:	
Umwelt- und Abfalltechnik - Recycling	5/6
Wasser - Abwasser	7 - 9
Kommunalfahrzeuge	10/11
Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16



„Brücken bauen“ meint viel mehr als nur den technischen Bau - es ist eine Kulturleistung, die die Menschen verbindet und damit nicht nur Verkehrsinfrastruktur sicherstellt, sondern Lebensqualität schafft. Im „Golddorf“ Rampsau freut man sich über die neue Regenbrücke. Der Regenstauffer Ortsteil feierte kürzlich die Einweihung des Bauwerkes, das sich harmonisch in die großartige Landschaft des Bayerischen Waldes einfügt (vgl. Seite 9). □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

„Doppik“ statt kameraler Haushaltsführung

Kaufmännische Gestaltung auf freiwilliger Grundlage
Zunächst Erfahrungen sammeln - Streit um die Konnexität

Bayerns Kommunen können ab kommendem Jahr bei ihrer Haushaltsgestaltung und -führung Neuland betreten. Trotz mancher ungelöster Fragen hat die CSU-Mehrheit im Landtag eine Regierungsvorlage verabschiedet, wonach Städte und Gemeinden künftig selber bestimmen können, ob sie nach traditionellem, kameralem System ihre Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestand bilanzieren oder dies nach kaufmännischen Grundsätzen tun sollen.

Das traditionelle System entspreche nicht mehr den modernen Anforderungen, meinte Berichterstatter Herbert Ettengruber (CSU) bei der abschließenden Lesung des Gesetzes im Plenum. Nach der herkömmlichen Art und Weise könnten die kommunalen Haushalte weder korrekt berücksichtigen, was ihr Grund- und Immobilienvermögen zählt, noch wie ihre Ressourcen zu bewerten seien. Der Übergang, auf das kaufmännische System mit doppelter Buchführung - laut Regierungsentwurf kurz „Doppik“ - werde zweifellos Kosten verursachen. Auch sei zu klären, wie das kommunale Vermögen, abgesehen von den nach Euro und Cent zu beziffernden Einnahmen und Ausgaben, im Haushalt zu bewerten sei. Hier müssten Richtlinien ausgearbeitet werden, wie die sehr unterschiedlichen Liegenschaften wie Straßen oder Brücken und Bauwerke im Besitz der Kommunen zu bewerten

seien. Auf jeden Fall sei der Umstieg nach diesem Gesetz zur Änderung des kommunalen Haushaltsrechts freiwillig.

Konnexität

Strittige Kernfrage war und blieb, wie es bei Umstieg auf Doppik mit der Konnexität sei. Ettengruber übernahm die Version der Staatsregierung, die Kostenübernahmepflicht der Staatsregierung entfallt bei Umstieg von Kameralistik auf Doppik. SPD und Grüne folgerten, die Staatsregierung versuche, sich aus der Verantwortung zu stellen, wie es Mitberichterstatter Florian Ritter (SPD) formulierte. Er verwies darauf, dass große Städte wie München und Nürnberg schon nach Doppik bilanzieren, was man kleineren Städten und Gemeinden ohne entsprechende Referate nicht zumuten könne. Im übrigen gehe der Gesetzentwurf an der Realität vorbei und sei zudem so büro-

kratisch, dass man meinen könnte, der Ministerpräsident habe ihn selber geschrieben.

Bedenken der kommunalen Spitzenverbände

Christine Kamm (Grüne) verwies darauf, es gebe anders als im Geschäftsleben keinen Markt für kommunale Infrastruktur mit zum Teil denkmalgeschützten Bauwerken. Auch sei verwies auf die Kosten der Umstellung auf Doppik. Insgesamt werde kein Mehr an kommunaler Selbstverwaltung sondern mehr Bürokratie erreicht. Die Opposition verwies auf Bedenken der kommunalen Spitzenverbände sowie auf einen Beschluss der Innenministerkonferenz, Doppik verpflichtend einzuführen, wonach die Konnexität bestehen bleibe.

Innenstaatssekretär Georg Schmid bestritt einen solchen Beschluss. Die freiwillige Einführung des neuen Systems sei der richtige Weg. „Wenn wir das nicht wagen, sind wir von allen Veränderungen ausgeschlossen. Es sei notwendig, Erfahrungen zu sammeln. Er gab Ritter insoweit recht, dass die großen Städte nicht als Beispiele herangezogen werden können. Der Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen und zum 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. **rm**

Dank an Verfassungsgerichtshof:

Garant für Stabilität

Festakt zu „60 Jahre Bayerische Verfassung – 60 Jahre Bayerischer Landtag“

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat beim Festakt zum 60-jährigen Jubiläum der Bayerischen Verfassung und des Bayerischen Landtags in der Ludwigs-Maximilians-Universität in München die Bayerische Verfassung als wichtigen Meilenstein für den Freistaat bezeichnet.

Die Geburtsstunde der Verfassung am 1. Dezember 1946 sei ein herausragendes politisches Ereignis in der langen Geschichte Bayerns gewesen. Stoiber: „Unsere Verfassung ist ein großartiges Dokument der Eigenstaatlichkeit Bayerns. Sie ist für uns ein unverzichtbarer Wertmaßstab und eine verlässliche Orientierungshilfe in einer immer komplexeren Welt.“ Stoiber erinnerte daran, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur erhebliche materielle Verluste zu verzeichnen hatte, sondern auch die ethisch-moralischen Grundlagen des Staates weitgehend vernichtet waren. Umso beeindruckender sei die Leistung der Väter und Mütter der Bayerischen Verfassung, die mit ihrer Arbeit Bayern auf einer rechtsstaatlich-demokratischen Grundlage und einem stabilen christlich-abendländischen Wertefundament neu begründet hätten. Stoiber: „Die Verfassung ist ein klares Symbol für die feste Verankerung Bayerns in christliche und humanistische Traditionen. In Bayern haben Rechtssicherheit, Wohlstand, soziale Sicherheit und kulturelles Leben unter dem Schuttschirm der Bayerischen Verfassung ein nie gekanntes Niveau erreicht.“

Lebendiger Föderalismus

Die Bayerische Verfassung ist nach Stoibers Worten ein eindrucksvolles Plädoyer für einen lebendigen Föderalismus, in dem die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern klar und transparent geregelt werden. Stoiber: „Bayern tritt schon immer mit Nachdruck für die anerkannten Prinzipien des Föderalismus und der

Subsidiarität ein. Aus dieser Überzeugung heraus konnten wir mit der am 1. September in Kraft getretenen Föderalismusreform die Eigenstaatlichkeit Bayerns deutlich stärken. Mit dieser Reform gewinnt Bayern insgesamt, insbesondere aber der Bayerische Landtag an politischem Gewicht. Künftig kann der Bayerische Landtag in vielen wichtigen Politikfeldern selbständig und unabhängig vom Bund und den anderen Ländern entscheiden. Auf einen Nenner gebracht: Wir bekommen mehr Bayern.“

Nähe zu den Menschen

Ein herausragendes Merkmal der Bayerischen Verfassung ist nach den Worten Stoibers ihre unvergleichliche Nähe zu den Problemen und Anliegen der Menschen. Stoiber betonte, dass die Verfassung den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern über die Wahlen hinaus eine breite Mitwirkung an der politischen Gestaltung Bayerns einräumt. Stoiber: „Die Nähe zum Menschen ist ein Markenzeichen der Bayerischen Verfassung. Der eindringliche Appell an die Menschen in Bayern durch Artikel 117 der Verfassung, ‚an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert‘, ist ein zukunftsweisendes Signal für eine aktive Bürgergesellschaft, wie man es in kaum einer anderen Verfassung findet.“

Stoiber dankte dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof, der seine Aufgabe als Hüter der Verfassung mit großem Erfolg gemeistert und ihre Substanz konsequent bewahrt habe. Der Verfassungsgerichtshof hat nach den Worten Stoibers eine ungewöhnlich reiche Rechtsprechung geschaffen, die nicht nur für das bayerische Rechtsleben bestimmend war, sondern darüber hinaus großen Einfluss auf das gesamtdeutsche Verfassungsleben gewonnen hat.

**Sonnige
Festtage genießen!**

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Rupert Vodermaier
.83083 Riederling
am 15.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Jürgen Tremmel
83115 Neubauern
am 13.12.

Bürgermeister Albert Bauer
92439 Bodenwöhr
am 14.12.

Bürgermeister
Helmut Limbrunner
83735 Bayrischzell
am 16.12.

Bürgermeister Jürgen Nolte
97855 Triefenstein
am 17.12.

Bürgermeister Herbert Gebert
94163 Saldenburg
am 21.12.

Bürgermeister
Wolf-Rüdiger Eckhardt
91555 Feuchtwangen
am 22.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Elisabeth Ziegler
85764 Oberschleißheim
am 12.12.

Bürgermeister Georg Leinsle
87769 Oberrieden
am 20.12.

Bürgermeister Rudolf Hartinger
84419 Obertaufkirchen
am 23.12.

Bürgermeister
Sebastian Widauer
83533 Edling
am 24.12.

Bürgermeisterin
Marianne Hofmuth
82296 Schönbogen
am 26.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Erhard
97714 Oerlenbach
am 18.12.

Bürgermeister Peter Stichler
97204 Höchberg
am 20.12.

Bürgermeister Ernst Eberherr
85658 Egming
am 25.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Herbert Hofauer
84503 Altötting
am 18.12.

Bürgermeister
Markus Putzhammer
83367 Petting
am 24.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Reinhard Streng
91474 Langenfeld
am 15.12.

Bürgermeister Paul Wecker
82297 Steindorf
am 24.12.

Bürgermeister Maximilian Beer
92447 Schwarzhofen
am 27.12.

Ministerpräsident Stoiber und Karin Stoiber eröffnen erstes Kinderhospiz in Süddeutschland:

Klares Zeichen für starke Solidarität und ganz besonderes Miteinander

Deutliche Absage an aktive Sterbehilfe / Karin Stoiber: „Ein echtes Projekt der Menschen“

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat bei der Eröffnung das neue Kinderhospiz St. Nikolaus in Bad Grönenbach als Symbol der Mitmenschlichkeit und Lichtblick für schwerstkranken Kinder und ihre Familien bezeichnet. Stoiber: „Das neue Kinderhospiz ist ein klares Zeichen für starke Solidarität und das ganz besondere Miteinander, auf das wir in Bayern stolz sein können. Nicht der Ellenbogen, sondern die helfende Hand ist, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Jede Spende und Förderung ist ein Baustein, aus dem jetzt ein zweites Zuhause geworden ist für Familien, die ganz besonders auf unsere Hilfe angewiesen sind. Das zeigt, was man erreichen kann, wenn viele zusammen helfen. Dieser soziale Zusammenhalt in unserem Land, diese Kultur des Mitfühlens und Mithelfens zeichnet Bayern aus.“

Eine klare Absage erteilte Stoiber dem immer häufiger werdenden Ruf nach aktiver Sterbehilfe in den europäischen Nachbarländern. Stoiber: „Der Begriff ‚aktive Sterbehilfe‘ gaukelt Menschlichkeit vor, wo keine Menschlichkeit ist. Menschlich im christlichen Sinn ist es hingegen, was hier im Kinderhospiz Bad Grönenbach geleistet wird: sich um unheilbar kranke Kinder zu bemühen, ihnen und ihren Familien in diesem schweren Lebensabschnitt beizustehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Hilfe im Sterben - nicht Hilfe zum Sterben die einzig richtige Maxime für eine humane und solidarische Gesellschaft ist.“

125 Hospizvereine

Stoiber unterstrich auch die herausragende Bedeutung der Hospizbewegung und der palliativmedizinischen Sterbegleitung in Bayern, die die Staatsregierung seit vielen Jahren unterstützt. Rund 5 Millionen Euro wurden nach den Worten Stoibers bislang für die Errichtung von stationären Hospizen, Palliativstationen und Palliativakademien investiert. Zusätzlich 3,6 Millionen Euro hat die Staatsregierung für die Gründung der Bayerischen Stiftung Hospiz bereitgestellt, um schwerstkranken

und sterbenden Menschen ambulant und stationär zu pflegen. Stoiber würdigte das Engagement der 125 Hospizvereine mit rund 3.000 ehrenamtlichen Hospizhelfern in Bayern. Stoiber: „Menschen, die hier in Bad Grönenbach und überall in Bayern in der Hospizbewegung wirken, sind eine große Bereicherung und ein starkes Symbol, wie christliche Werte in Bayern gelebt werden. Sie alle prägen das soziale und menschliche Profil unserer Heimat.“

Mehr Lebensqualität

Das erste Kinderhospiz in ganz Süddeutschland ist eine Erholungs- und Begegnungsstätte für unheilbar kranke Kinder und ihre Familien. Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität der kranken Kinder sowie die Unterstützung und Entlastung ihrer Familien. Das neue Haus bietet Platz für acht Kinder und ihre Familien und soll ab Januar 2007 die ersten Kinder aufnehmen. Der Neubau des Kinderhospizes steht unter der Schirmherrschaft von Karin Stoiber, die als Helferin der ersten Stunde das Projekt von Anfang an unterstützt und fast 3 Millionen Euro an Spenden für das 4,6 Millionen-Euro-Projekt erworben hat. Der Freistaat unterstützt das Projekt mit

fast einer Million Euro, dabei kommen 671.000 Euro aus Mitteln des Sozialministeriums, 200.000 Euro von der Bayerischen Landesstiftung und 100.000 Euro von der Bayerischen Stiftung Hospiz. Karin Stoiber: „Das Kinderhospiz ist ein echtes Projekt der Menschen in Bayern, das vielen schwerstkranken Kindern und ihren Fa-

milien echte Hilfestellung und neue Hoffnung gibt. Die Vision, dass hier unheilbar kranke Kinder ein Zuhause und liebevolle Begleitung finden, hat mich und viele andere Spenderinnen und Spender angespornt. Es zeugt von einer ganz besonderen Kultur des Mitfühlens und Mithelfens, dass so viele Menschen mit großen und kleinen finanziellen Beiträgen mitgeholfen haben, dass diese Vision heute Wirklichkeit ist. Beeindruckend und nicht alltäglich ist auch die Offenheit und Solidarität der Menschen in Bad Grönenbach, die die Kinder und ihre Familien in ihrer Gemeinde aufnehmen und sie begleiten.“ □

Ausbau der Ganztagschulen:

Städtetag erteilt Note ungenügend

Mit dem Prädikat „ungenügend“ bewertet der Bayerische Städtetag die staatliche Förderung der Ganztagschulen. In diesem Jahr wurden 217 Förderanträge mit einem Volumen von rund 116 Millionen Euro abgelehnt, weil die Bundesmittel aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) verbraucht sind. Die Städte begrüßen deshalb, dass der Freistaat auf Grund der stärker sprudelnden Steuereinnahmen für den Ausbau der Ganztagschulen im nächsten Jahr zusätzliche 30 Millionen Euro zur Verfügung stellt.

Diese 30 Millionen reichen aber bei weitem nicht aus, den Bedarf abzudecken und haben darüber hinaus gravierende Schönheitsfehler. Statt einer Förderquote von 90 Prozent, die es nach dem Bundesprogramm (IZBB) gegeben hat, werden jetzt nur noch im Schnitt 50 Prozent der Investitionskosten gefördert. Überhaupt kein Geld gibt es für die kostenintensive Ausstattung und Einrichtung beim Ausbau zu den Ganztagschulen, während nach dem Bundesprogramm diese Kosten selbstverständlich zu 90 Prozent gefördert wurden. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, erinnerte daran, dass die Kommunen immer wieder von der Staatsregierung aufgefordert wurden, den Ausbau der Ganztagschulen zu forcieren und entsprechende Anträge zu stellen. Schaidinger: „Nachdem die Städte und Gemeinden diesen Appellen gefolgt sind, darf der Freistaat sie jetzt nicht im Stich lassen“. Er wiederholte seine Forderung, ein Kofinanzierungsprogramm aufzulegen, das die gleichen Konditionen hat wie das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundes. Schaidinger: „Allein schon aus Gerechtigkeitsgründen kann es doch nicht sein, dass die einen 90 Prozent und die anderen nur 50 Prozent Förderung erhalten.“ □

Mobilfunk braucht gute Partner

Gemeinsam können Kommunen und Mobilfunkunternehmen Netzausbau optimieren

Mobiltelefone gehören heute zur medialen Grundausstattung in Deutschland. Sie sind aus dem Alltag kaum mehr wegzudenken. Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik mehr Handys als Einwohner. Ohne ein dichtes Netz von Mobilfunkantennen wäre die schnelle Verbreitung der Technologie undenkbar. Der Antennenbau führt aber oft zu Protesten bei Anwohnern. Viele Bürger machen sich Sorgen um mögliche Gesundheitsrisiken, wenn die Masten in direkter Nachbarschaft stehen. Diese Ängste sind häufig auf mangelnde Kenntnisse über Funkwellen zurückzuführen. In solchen Fällen sind kommunale Behörden und Mandatsträger gefordert. Als erste Ansprechpartner müssen sie Antworten auf die Fragen der Bevölkerung finden.

Der Mobilfunk stellt in mehrfacher Hinsicht ein wichtiges Thema für die Kommunalpolitik dar: Auf der einen Seite ist die Technologie ein wichtiger Faktor für das wirtschaftliche Wachstum der Region. Für viele Unternehmen stellt ein flächendeckendes

Netzwerk die Voraussetzung für den Aufbau neuer Sendeanlagen. Darin verpflichten sich die Netzbetreiber, den Kommunen rechtzeitig ihre Planungsabsichten zum Bau einer neuen Mobilfunkstation mitzuteilen. Diese können dann alternati-

ve Standorte vorschlagen. Wenn sich die Vorschläge technisch und wirtschaftlich realisieren lassen, werden sie von den Mobilfunkbetreibern übernommen.

Bei Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern werden die Planungen am runden Tisch abgestimmt. Ferner verpflichteten sich die Betreiber, Mobilfunkmasten mehrfach zu nutzen, um das Orts- und Landschaftsbild so wenig wie möglich zu stören.

Die Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber und ihre Vereinbarungen mit kommunalen Spitzenverbänden ergänzen die gesetzlichen Vorgaben zum Bau von Mobilfunkantennen.

Rechtliche Regelungen für den Antennenbau finden sich in den bauplanungsrechtlichen Vorschriften des Bundes sowie für bayerische Kommunen in der Bayerischen Bauordnung. Zudem müssen Grenzwerte für elektromagnetische Felder eingehalten werden. Die Grenzwerte richten sich nach den Empfehlungen der internationalen Kommission für den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (ICNIRP). Sie stellen sicher, dass auch bei dauerhaftem Aufenthalt in der Nähe von Antennen gesundheitliche Auswirkungen ausgeschlossen sind. Zusätzlich gilt bei Sendeanlagen mit einer Leistung von mehr als zehn Watt ein Sicherheitsabstand. Ab dem müssen die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Der Gesetzgeber schreibt vor,

dass der Netzbetreiber mindestens zwei Wochen vor Inbetriebnahme die Anlage bei der zuständigen Kreisbehörde anmeldet.

Mit gutem Beispiel voran

Wenn Kommunen beim Aufbau der Mobilfunknetze aktiv mitwirken, ist allen geholfen. Denn damit schaffen sie günstige Voraussetzungen, um bei der Standortwahl ein befriedigendes Ergebnis für alle Beteiligten zu erzielen. Das Erfolgsrezept in der Zusammenarbeit ist einfach: Wer kontinuierlich miteinander redet und die Kommunen frühzeitig in die Planungen für den Netzbau und für konkrete Standorte einbindet, vermeidet Ärger und kann gelassen in die Zukunft blicken. Viele Kommunen haben dabei individuelle Vorgehensweisen entwickelt, die eine erfolgreiche Kooperation mit den Netzbetreibern ermöglichen.

Vorschlag der Kommune

Exemplarisch ist der Fall einer Gemeinde in Baden-Württemberg, in der es Bürgerproteste gegen den Aufbau einer Antenne gab. Der Mobilfunknetzbetreiber traf sich zunächst mit den Bürgern, um ihren Informationsbe-

darf zu stillen. Auf Wunsch von Politik und Verwaltung stellte der Netzbetreiber schließlich die bereits begonnene Bauplanung für einen Standort ein. Stattdessen nahm das Unternehmen den alternativen Standortvorschlag der Kommune an. Somit wurde ein Kompromiss gefunden, den beide Parteien akzeptierten.

Auch eine intensive Informationsarbeit beim Netzaufbau zeigte in der Vergangenheit beachtliche Erfolge. So ernannte eine Kommune in Nordrhein-Westfalen einen Mobilfunkbeauftragten im Umweltamt als Ansprechpartner für die Netzbetreiber und die Bürger. Vorteil: Die Bürger können sich direkt an einen zuständigen Mitarbeiter wenden. Und der erfährt wiederum frühzeitig von möglichen Bedenken

in der Bevölkerung und kann sie gegebenenfalls ausräumen. Im Rahmen der Informationsarbeit können auch Mobilfunk-Messreihen durchgeführt werden. Die Messungen verlaufen transparent, die Ergebnisse werden veröffentlicht. Dies kann die Akzeptanz für Mobilfunk in der Bevölkerung erhöhen.

Im Dialog von Kommunen und Netzbetreibern hat es sich als sinnvoll erwiesen, konkrete Ansprechpartner seitens der

Mehr Informationen:

Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF), www.izmf.de
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, www.bmwj.de/Navigation/Wirtschaft/Telekommunikation-und-Post/mobilfunk.html
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, www.stmugv.bayern.de
Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) www.bfs.de
Strahlenschutzkommission (SSK) www.ssk.de
Bundesnetzagentur www.bundesnetzagentur.de

Kommune zu definieren. Dies kann zum Beispiel der Mobilfunkbeauftragte im Umweltamt übernehmen.

Alternativ können Arbeitskreise Mobilfunk gegründet werden. Eine hessische Stadt machte damit beste Erfahrungen. Erfolgreich war der Arbeitskreis nach Ansicht der Beteiligten vor allem deshalb, weil er weitgehend Handlungsbefugnisse hatte. Auch wer die Zusammenarbeit



Musikschulen vor neuen Aufgaben

Herbstsymposium des Verbandes deutscher Musikschulen zu Musikalischer Bildung von Anfang an, Musik im Dritten Lebensabschnitt und Interkulturellem Dialog

„Musikalische Bildung von Anfang an“ ist ein Schwerpunktthema des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM). Es umfasst die Musikalisierung ab der Geburt bis zu Angeboten für den Dritten Lebensabschnitt. Die Erkenntnisse aus der Bildungsdiskussion sowie der demographische Wandel unterstützen diese breite Ausrichtung des Verbandes und seiner Musikschulen. Dabei stellt auch die Migration in Deutschland die Musikschulen vor neue Aufgaben. Der VdM hat sich in seinem Herbstsymposium in der Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen mit diesen Themen befasst und mit Experten Möglichkeiten und Konzepte hierzu diskutiert.

Michael Dartsch, Professor für Musikpädagogik an der Hochschule für Musik Saar, erläuterte Grundlagen und Leitgedanken früherer musikalischer Bildungsarbeit.

Angebote für die Jüngsten

Als Leiter der VdM-Arbeitsgruppe „Musikalische Bildung von Anfang an“ stellte er dabei das Konzept des neuen VdM-Projektes vor, das neben einer Bestandsaufnahme der bereits vorhandenen Angebote für Säuglinge und Kleinkinder an den öffentlichen Musikschulen unter anderem Arbeitshilfen und Fortbildungen vorsieht. Bislang war die Musikalische Früherziehung für Kinder ab vier Jahren der Einstieg in die Musikerziehung an den Musikschulen nach dem Strukturplan des VdM.

Kathrin Meiners und Diana Rosenfelder (Universität Köln), Anne Zehnauer (Deutsches Jugendinstitut, München) und Ju-

GZ Kolumne
Luitpold Braun



Liebe Leser

Völlig offen war seit Monaten die Frage, in welcher Höhe sich der Bund 2007 an den Kosten der Unterkunft beteiligt, die die Kommunen im Rahmen der Vorschriften zu „Hartz IV“ bezahlen müssen. In diesem und im letzten Jahr waren dies 29,1 %. Bereits für 2006 wollte der Bund diese Leistung absenken. Unserem Ministerpräsidenten verdanken wir, dass wir in diesem Jahr die auch für 2005 gewährte Beteiligung des Bundes erhalten. In den vergangenen Monaten waren aus Berlin unterschiedliche Signale zu hören.

Alles andere hätte ein finanzielles Desaster für die Kommunen bedeutet. Die neue Regelung gilt bis 2010 und enthält eine Gleitklausel, die den Kostenanteil des Bundes steigert, wenn sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaft erhöht.

Mittelaufstockung für Hartz IV-Unterkunftskosten

Regelmäßig hieß es, dass die bisherige Höhe nicht mehr erreicht werden würde. Seit dem 3. November ist dies anders. In zähen Verhandlungen der Länder mit dem Bund, die maßgeblich von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bestimmt wurden, wurde erreicht, dass die Bundesmittel auf 31,8 % aufgestockt werden. Dies bedeutet, dass im Bundeshaushalt 4,3 Milliarden EURO bereitgestellt werden müssen. Der Bundesfinanzminister ging bisher lediglich von 2 Milliarden EURO aus!

Mit diesem Ergebnis können wir hochzufrieden sein.

Luitpold Braun

von Kommunen und Netzbetreiber detailliert festlegt, verkürzt die Abstimmungsprozesse enorm.

Erfolgreiche Bilanz

Mit den gemeinsamen Abkommen zwischen Mobilfunknetzbetreibern und Kommunen hat sich die Zusammenarbeit beim Aufbau der Infrastruktur

erheblich verbessert. Die Abstimmungsprozesse funktionieren gut. Auch im Bereich Verbraucherschutz und -information sind viele Fortschritte festzustellen. Diese Bilanz zieht auch das im Frühjahr 2006 erschienene Mobilfunkjahresgutachten. Fazit: Der Kommunikationsprozess in der Mobilfunkbranche hat sich bewährt und kontinuierlich verbessert.



Mobilfunknetz eine entscheidende Voraussetzung bei der Wahl eines Standortes dar. Der Aufbau von Mobilfunknetzen ist deshalb in ganz Deutschland politisch gewünscht. Auf der anderen Seite müssen die Politiker die Ängste der Bürger gegenüber der neuen Technologie ernst nehmen.

Zusammenarbeit verhindert Konflikte

Die Auswahl eines Standortes für neue Mobilfunkstationen führt häufig zu Konflikten. Dabei liegt es auch im Interesse der Kommunen, den Netzausbau voranzubringen, um ihren Einwohnern eine moderne Infrastruktur zu bieten. Ohne genau definierte Abstimmungsprozesse zwischen Gemeinden und Netzbetreibern sind die Interessenskonflikte jedoch nicht zu lösen.

Vor diesem Hintergrund haben die Netzbetreiber im Jahr 2001 eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossen und eine freiwillige Selbstverpflichtung gegenüber der Bundesregierung abgegeben. Aus eigener Initiative. In beiden Abkommen verpflichten sich die Netzbetreiber, den Informationsaustausch mit den Kommunen zu intensivieren. Ziel ist, die Kommunen beim Netzaufbau zu beteiligen und die Verbraucherinformationen über Mobilfunk zu verbessern.

Klare Regeln in Bayern

In Bayern regelt seit 2002 der Mobilfunkpakt II die Gestal-

Hanns-Seidel-Stiftung versendet Jahresprogramm:

Programm Politische Bildung 2007 erschienen

München. Mehrere hundert Seminare auf 72 Seiten beinhaltet das druckfrische Jahresprogramm 2007 der Hanns-Seidel-Stiftung. Die politische Stiftung bietet eine vielfältige Themenpalette an, die von Seminaren zur Kommunal-, Europa-, Frauen-, Senioren- und Sozialpolitik über Landes- und Zeitgeschichte bis zu Ethik, Rhetorik, Medien, Staat und Religion reicht. Zu den Zielgruppen zählen auch Personal- und Betriebsräte, Multiplikatoren in Vereinen und Verbänden sowie der Mittelstand.

Die Seminare (1 bis 5 Tage) werden überwiegend in den Bildungszentren Kloster Banz (Lkr. Lichtenfels), Wildbad Kreuth (Lkr. Miesbach) oder im Konferenzzentrum München durchgeführt. Dezentral in ganz Bayern veranstaltet die

Stiftung Tagesseminare, die im Internet unter www.hss.de/seminare.shtml aktuell gelistet sind. „Wir wollen Kompetenzen vermitteln, die zum verantwortungsvollen Engagement in Ehrenamt, Politik und Beruf motivieren und befähigen“, schreibt Stiftungsvorsitzender Dr. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., im Vorwort des neu erschienenen Jahresprogramms. Im zu Ende gehenden Jahr haben sich knapp 60.000 Bürger in fast 1.500 Seminaren des Bildungswerks der Hanns-Seidel-Stiftung weitergebildet. Das neu erschienene Programm ist kostenlos erhältlich unter Tel. 089/1258-237; eMail: organisation-bw@hss.de, in den Bildungszentren oder in München in der Stadtinformation im Rathaus bzw. als PDF abrufbar im Internet www.hss.de/1319.shtml.

Innenministerium feiert 200-jähriges Bestehen

Beckstein: „Seine Tradition ist uns Verpflichtung für die Zukunft“

Auf den Tag genau vor 200 Jahren, am 21. November 1806, trat die königliche Verordnung in Kraft, mit der der erste bayerische König Max I. Joseph das „Departement des Innern“ gründete. Insbesondere sein erster Innenminister Maximilian Graf Montgelas legte das Fundament für einen modernen bayerischen Staat und stellte frühzeitig die Weichen für einen bayerischen Verfassungsstaat, aus dem sich unsere heutige parlamentarische Demokratie entwickelte.

„Gegründet als eines von vier Departements gehörte das Innenministerium von Anfang an zu den wichtigsten Ministerien im Königreich Bayern. Auch heute noch bildet es das Rückgrat der bayerischen Staatsverwaltung. Das Innenministerium ist ein Ministerium, das alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betrifft. Entsprechend vielfältig sind seine Aufgaben“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein, der 50. bayerische Innenminister, anlässlich des Festaktes zum 200-jährigen Bestehen des Innenministeriums am 21. November 2006 in der Münchner Residenz.

Wie Beckstein in seiner Begrüßungsrede ausführte, hat sich die Grundstruktur des Innenmi-

nisteriums während seiner 200-jährigen Geschichte kaum geändert, mit Ausnahme der zwölfjährigen totalitären NS-Diktatur, in der die Eigenstaatlichkeit Bayerns aufgehoben und die Spitze des Innenministeriums von NSDAP-Gauleitern besetzt war. „Geändert haben sich allerdings die Herausforderungen, insbesondere bei der Inneren Sicherheit. Derzeit und wohl auch in den nächsten Jahren gehört die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und von Sicherheitsgefährdungen zu unseren Topthemen. Wir optimieren auch dazu unsere innere Struktur durch die Polizeiorganisationsreform und die Einführung des Digitalfunks für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste im Kata-

strophenschutz. Der Verfassungsschutz stellt sich den gewachsenen Herausforderungen insbesondere auf dem Gebiet des islamistischen Extremismus und Terrorismus“, so Beckstein.

Wie der Minister weiter ausführte, steht die Innere Sicherheit bei den Aufgaben des Innenministeriums ganz oben: „Innere Sicherheit ist ein soziales Grundrecht und Voraussetzung dafür, dass unsere Bürger in Freiheit leben können. Die Stellung Bayerns als Marktführer der Inneren Sicherheit ist das Ergebnis einer langfristig angelegten Sicherheitsstrategie, deren Erfolg Jahr für Jahr von der Kriminalstatistik bestätigt wird.“

„Aber auch in anderen Bereichen stehen wir vor großen Herausforderungen“, so Beckstein. Der Minister nannte beispielhaft die Themen

- Zuwanderung und Einbürgerung,
- die Neuordnung des kommunalen Haushaltsrechts, das Mitwirken bei der Neugestaltung

Zuwanderer in der Stadt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tion von Zuwanderern leisten. Und es bietet eine gute Basis dafür, Erkenntnisse der Wissenschaft für die Praxis zu nutzen und erfolgreiche Vorgehensweisen einzelner Städte für andere Kommunen zu dokumentieren.“

Das Forschungsprojekt habe deutlich gemacht, dass Erfolg oder Misserfolg von Integrationspolitik ganz wesentlich davon abhängen, welchen Stellenwert sie in der Kommunalpolitik der jeweiligen Stadt einnimmt, fuhr Articus fort. Außerdem seien die Bündelung von Ressourcen und eine ressortübergreifende Herangehensweise unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik vor Ort. Hier habe bereits das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Handlungsbedarf - die Soziale Stadt“ wichtige Hinweise auf die wirksamsten Strategien gegeben.

Politische Legitimation

Die Arbeit von Integrationsbeauftragten und einzelner Initiativen benötige eine politische Legitimation, heißt es in einer abschließenden Erklärung. Darüber hinaus müsse Integrationspolitik auf Dauer angelegt sein. Die zentrale Rolle der Integration für die Zukunft der Städte werde vielfach unterschätzt, so die anwesenden Experten.

Tatsächlich war die politische Rückendeckung für das Projekt insgesamt eher schwach ausgeprägt. Zwar hat es eine zustimmende Kenntnisnahme des Projekts und/oder der Empfehlungen in fast allen Städten gegeben, eine aktive politische Einflussnahme blieb aber die Ausnahme. Als Ausnahme ist Nürnberg hervorzuheben, wo der Oberbürgermeister durch Einladung und Moderation von gesamtstädtischen, offenen Diskussionsveranstaltungen zum Projekt und allgemein zum Thema Integration (Veranstaltungsreihe „Anstöße - Forum interkultureller Dialog“) die Verantwortung in diesem Bereich an sich zog, um auch die relevanten Akteure in der Stadt in die Diskussion einzubinden und die Erarbeitung eines neuen Integrationsprogramms durch die Verwaltung sowie die Entwicklung geeigneter Maßnahmen voranzutreiben.

In keiner weiteren Stadt existierte eine über die reine Akzep-

tanz der Aktivitäten der Verwaltung hinausgehende Unterstützung der kommunalpolitischen Ebene für die Transfer- und Umsetzungsphase des Projekts oder für einzelne, konkrete Maßnahmen. Eine solche aktive Unterstützung wurde allerdings von der Kommunalverwaltung auch meist nicht eingefordert, weil man sie entweder für nicht notwendig hielt oder von vornherein nicht erwartete, kurzfristig positive Beschlüsse zu erhalten.

In den Städten Frankfurt am Main, Hannover, Mannheim, München und Nürnberg wurden durch die Diskussion der Empfehlungen des Verbundprojekts eine Reihe neuer Maßnahmen zur Förderung der stadträumlichen Integration angestoßen - und zwar in den von ihnen ausgewählten Quartieren wie auch stadtweit. In Berlin und Essen wurde jeweils eine kleinere Maßnahme in Angriff genommen. Die Gründe für fehlende oder geringe Umsetzungsaktivitäten waren unterschiedlich, sie werden in Kapitel 4 und 6 erläutert.

Kompetenzen und Angebote

Die Handlungsfelder, in denen die beteiligten Akteure aktiv wurden, umfassten in der Summe fast alle in den Empfehlungen benannten Bereiche. Dazu gehörten die „Kompetenzen und Angebote in der Kommune, bei Trägern sozialer Maßnahmen und in Wohnungsunternehmen“ ebenso wie „Bildung und Spracherwerb vor Ort“, „Freiräume“, „Migrantenökonomie“, „Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten“ und ein Handlungsgrundsatz der Empfehlungen, die „Bildung quartiersbezogener Netzwerke“. Ausnahmen bilden die drei Handlungsfelder „Sicherheitsempfinden im Quartier“, „Nutzungsmischung“ sowie „Städtebau, Architektur und soziales Zusammenleben“.

Konzentration auf das Machbare

Zumeist wurden die Städte in ein bis drei Handlungsfeldern gleichzeitig aktiv. Es gab auch Städte wie etwa Nürnberg, die zwar anstrebten, in noch weiteren Feldern Maßnahmen anzustoßen, aber aus den o.g. Gründen damit nicht erfolgreich waren. Letztendlich wurden dort,

wie auch in anderen Städten, innerhalb der Handlungsfelder Schwerpunkte gesetzt. Es erfolgte eine Konzentration auf wenige Maßnahmen und damit auf das - in der verbliebenen Zeit bis zum Abschluss des Verbundprojekts - Machbare. Allerdings zielten gut zwei Drittel der neu initiierten Maßnahmen bewusst auf Verknüpfungen mit mehreren Handlungsfeldern und versuchten dadurch, einen integrativen Gehalt bzw. einen Mehrwert zu erreichen. Insbesondere galt dies für längerfristig und über den Projektabschluss hinausreichend angelegte Maßnahmen.

Interkultureller Dialog

Einen potenziellen Mehrwert erzielten auch Maßnahmen, die noch umfassender angelegt waren: Hierzu gehörten die stadtweite Diskussionsreihe „Anstöße - interkultureller Dialog“ in Nürnberg, in der anhand unterschiedlicher Integrationsthemen Impulse für die örtliche Integrationsarbeit gegeben wurden, oder der Aufbau eines Monitoringsystems in Nürnberg, der noch nicht abgeschlossen ist und mit dem ein wichtiger Beitrag zur stadträumlichen Steuerung des Integrationsprozesses geliefert werden soll. Letztendlich trägt auch der noch andauernde Aufbau eines Netzwerkes institutioneller Akteure im Mannheimer Gebiet Durlacher Straße dazu bei, dass langfristig deren Verantwortungsbereitschaft für die vielfältigen Belange im Stadtteil gestärkt wird.

Dass Verknüpfungen nicht nur in der praktischen Umsetzung, sondern auch bereits in der Konzeption der Maßnahmen stattfanden, zeigen folgende Beispiele: Die noch in der Erarbeitung befindliche Konzeption für das Anlegen von Interkulturellen Gärten in Nürnberg zielt nicht nur auf die Schaffung von Freiräumen für Zuwanderer in deren Wohnumfeld, sondern zugleich auch auf ihr „Empowerment“ und die Förderung von Bildung und Spracherwerb. Der in München Moosach vorbereitete Teilnehmendensharing soll einerseits die dort wohnenden Migranten über Bildungsangebote im Stadtteil und die Arbeit des Bezirksausschusses informieren, andererseits sie zur aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Geschehen motivieren. **DK**

des kommunalen Finanzausgleichs und die Bewahrung der kommunalen Selbstverwaltung in Europa,

- integrierte Leitstellen und eine einheitliche Notrufnummer sowie verbesserte Rahmenbedingungen für Feuerwehren und Rettungsdienste,
- energieeffizientes Bauen bei staatlichen Gebäuden und durch die Wohnungswirtschaft, die dabei mit Förderprogrammen unterstützt wird, sowie das Bauen im Bestand, mit dem die Nutzung unserer Gebäude nachhaltig optimiert werden soll,
- den Abschluss der 1994 begonnenen Reform der Bayerischen Bauordnung und die Stärkung der Innenstädte,
- die Umsetzung der Föderalismusreform in der Wohnraumbförderung und bei der Städtebauförderung eine zielgenauere Ausrichtung der Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau“ in Bayern sowie
- den weiteren Ausbau des bayerischen Straßennetzes, ins-

besondere bei den Autobahnen, und den Bau wichtiger Ortsumgehungen.

Das Thema „Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung“ zieht sich laut Beckstein wie ein roter Faden durch die 200-jährige Geschichte des Innenministeriums: „Aufgabenabbau, Deregulierung und Entbürokratisierung sind ‚Dauerbrenner‘. Gerade bei den Verwaltungsreformen haben wir schon spürbare Erfolge erzielt“. Beckstein erinnerte an die Neuordnung der Hochbauverwaltung in den Jahren 1993 bis 1997, an die aktuelle Neuorganisation der Regierungen und an die derzeit laufende Zusammenlegung der Straßenbauämter und Hochbauämter zu staatlichen Bauämtern, die nahezu geräuschlos über die Bühne geht. „Mit der aktuellen Polizeiorganisationsreform wollen wir die bayerische Polizei noch besser aufstellen. Wir bekommen eine Organisation, die vor allem gekennzeichnet ist durch einen mo-

dernen Aufbau, eine schlanke Führung, kurze und schnelle Entscheidungswege sowie eine gestärkte Basisarbeit bei den Dienststellen vor Ort“, so der Minister.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat dem Bayerischen Innenministerium zum 200-jährigen Bestehen herzlich gratuliert und den Mitarbeitern für ihre engagierte Arbeit im Interesse Bayerns gedankt. Stoiber: „Das Bayerische Innenministerium ist heute in ganz Deutschland ein Symbol für Sicherheit und Ordnung. Es ist vor allem dem Innenministerium mit Günther Beckstein an der Spitze zu verdanken, dass die bayerischen Bürger im sichersten Land Deutschlands leben. Die Mitarbeiter des Innenministeriums leisten einen großen Beitrag für unser lebenswertes Bayern.“

Wichtig ist nach Stoibers Worten für die Bürger, dass der Staat funktioniert. Stoiber: „Ich weiß, was die vielen Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung leisten.“

Zukunft der ländlichen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

pädagogische Nachteile auszuschließen. Die Gemeinden sollten dabei prüfen, welche ergänzenden Angebote sie selbst vorhalten können. Schulverbände, wie es sie im Bereich der Volkshochschulen bereits gibt, müssten auch für Schulen geprüft werden. Weiterführende Bildungsangebote an zentralen Standorten könnten mit Betreuungsangeboten gekoppelt werden (z.B. Wocheninternat). Eltern, besonders Mütter, sollten durch Unterbringungs- und Betreuungsangebote für die Kinder in die Lage versetzt werden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Hiefür böten sich besonders Tagesmutter-Angebote und Mehrgenerationenhäuser an. So blieben die ländlichen Räu-

me für junge Familien attraktiv.

Vor Ort einkaufen

Stichwort Einzelhandel und Stadtentwicklung: Die Gemeinden können der Publikation zufolge mit der Initiierung von Einzelhandelskonzepten dazu beitragen, dass die Grundversorgung sichergestellt wird. Soweit dies nicht mehr möglich sei, könnten öffentlich getragene oder geförderte Angebote wie Dorf- oder Nachbarschaftsläden einspringen, um die Möglichkeit (wieder) zu schaffen, vor Ort einzukaufen. Die Ergänzung des öffentlichen Daseinsvorsorgeangebotes um solche Dienstleistungen dürfe dann kein Tabu sein, sondern sollte als gleichberechtigte Alternative zu privaten An-

geboten angestrebt werden. Viele Dienstleistungen werden seit Jahrzehnten auch ambulant erbracht. Dennoch besteht Raum für weitergehende Angebote. Hier könnten „Ausstellungsgeschäfte mit Lieferservice“ in Frage kommen. Denkbar ist auch die Verbindung von Internet-Einkauf mit Bring- und Hold-Diensten über dezentrale ortsnähe Einrichtungen, in denen Waren abgeholt werden können - ähnlich der automatisierten „Postfilialen“ in der Art von Schließfächern, von denen sich die Kunden ihre Post/Päckchen abholen.

Ländliche Entwicklung versus Landwirtschaft

Der DStGB wendet sich im Diskussionspapier gegen die seiner Ansicht nach bislang starke Konzentration der Fördermittel für ländliche Räume auf den Wirtschaftszweig Landwirtschaft. Zwar sei Landwirtschaft unverzichtbar für die Erhaltung der Kulturlandschaft, jedoch trage sie immer weniger zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen bei. Die Förderung von Agrarunternehmen sollte deshalb die ländliche Entwicklung nicht dominieren.

Mobile Dienste

Auch wenn die Fähigkeit der Menschen, mit elektronischen Medien umzugehen in der Breite und auch bei alten Menschen zunimmt, werde es immer Bedarf für die klassische Erbringung von Dienstleistungen und das persönliche Gespräch geben, heißt es in dem Papier weiter. Mobile Dienste („fahrende Verwaltung“) im Sinne einer Verwaltung, die zu den Bürgern bzw. Unternehmen kommt, könnten hier eine Alternative sein.

Stichwort Ärzte und Krankenhäuser: Da das Praxisprofil, das besonders in ländlichen Räumen anzutreffen ist, nicht rentabel für die Ärzte sei, und auch der Krankenhausbereich von dem Missverhältnis geringer Fallzahlen bei hohen Investitions- und Unterhaltungskosten gekennzeichnet ist, sei eine Öffnung der allgemeinen Krankenhäuser und der Spezialkliniken für ambulante Dienste oder die erleichterte Zulassung von medizinischen Versorgungszentren überlegenswert. Eine weitere Maßnahme könnte nach Auffassung des DStGB die vereinfachte Zulassung angestellter Ärzte auch im Bereich der niedergelassenen Ärzte sein. Denkbar wäre schließlich auch, die Bezahlung medizinischer Leistungen nach Regionstypus zu staffeln. **DK**

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Untreue eines Landrats

Von Peter Wagner,

Rechtsanwalt bei Buse Heberer Fromm, München

Ein Landrat wurde rechtskräftig wegen Untreue verurteilt, weil er 16 Mitarbeiter entgegen dem Stellenplan ohne ausreichende Qualifikation eingestellt hat.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Entscheidung vom 26.04.2006 ein Urteil des Landgerichtes Erfurt bestätigt, in dem ein Landrat wegen Untreue zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt wurde, dessen Vollstreckung allerdings zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Dubiose Wahlversprechen

Bei der Landratswahl 2000 versprach der Kandidat und spätere Landrat Dritten für ihre Unterstützung im Wahlkampf einen Arbeitsplatz. Sie oder ihnen nahestehende Personen sollten nach einem Wahlsieg im Landratsamt beschäftigt werden.

Nach seiner Wahl zum Landrat verfügte der Amtsinhaber in einer Eilentscheidung die Einstellung von 16 Personen, deren Tätigkeitsfeld im Stellenplan nicht vorgesehen war und die zum Teil die erforderlichen Qualifikationen nicht mitbrachten. Darüber hinaus wurde der Personalrat bei diesen Einstellungen übergangen. Auf Beanstandungen hin beendete das Thüringer Landesverwaltungsamt einen Teil der Arbeitsverhältnisse. Der Landkreis hatte bis dahin für diese Personen eine Bruttogehälter von ca. EUR 125.000,00 bezahlt.

Nach Ansicht des BGH liegt es auf der Hand, dass Einstellungen nicht qualifizierter Personen unter bewusstem Verstoß gegen

Vorschriften des Haushalts- und Personalrechts den Tatbestand der Untreue erfüllen. Hierbei tritt ein Schaden in Höhe der bezahlten Bruttogehälter ein. Dies im vorliegenden Fall unabhängig von der tatsächlichen Arbeitsleistung der Personen, da nach den gerichtlichen Feststellungen die Arbeitsleistungen auch von dem bisher zur Verfügung stehenden qualifizierten Personal erbracht worden wären.

Auch der Versuch des Landrats, die kritische Situation durch einen später beschlossenen Nachtragshaushalt zu entschärfen, hat vor den Augen des BGH keinen Bestand. Denn hierdurch wurde kein unmittelbarer Ausgleich der Vermögensminderung herbeigeführt.

Schadensersatz

Für die Praxis ergibt sich daraus für Landräte und Bürgermeister das dringende Erfordernis, Personaleinstellungen nur auf der Grundlage der personalrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorgaben vorzunehmen. Ein Verstoß hiergegen kann nach der Rechtsprechung des BGH als strafbare Untreue bewertet werden und zu erheblichen Strafen führen. Neben der strafrechtlichen Verurteilung besteht die weitere Gefahr, vom Landkreis bzw. der Gemeinde auch auf Ersatz des oft erheblichen Schadens durch die Gehaltszahlungen in Anspruch genommen zu werden.

Altfenster-Recycling:

Neue Entsorgungswege dank Rewindo

Seit hierzulande keine unbehandelten Abfälle mehr auf Deponien gebracht werden dürfen, ist das Thema Recycling von den Abfallerzeugern noch stärker ins Visier genommen worden. Betroffen sind auch Wohnbaugesellschaften, die an ihren Beständen Modernisierungsmaßnahmen durchführen. Effiziente Lösungen beim Recycling von PVC-Fenstern - aber auch im Rahmen der Kooperation „Aktion PVC-Recycling“ von Dachbahnen, Bodenbelägen und Rohren bietet die Bonner Rewindo Fenster-Recycling-Service GmbH an. Der deutschlandweit tätige Dienstleister hat in den vergangenen Jahren die Recycling-Rate bei erfassbar und verfügbaren PVC-Fenstern auf über 50 Prozent angehoben - Tendenz steigend.

Rewindo Fenster-Recycling-Service ist der Zusammenschluss von acht deutschen Kunststoffprofilherstellern mit 12 Fensterprofil-Marken. Hintergrund der Verbindung war laut Rewindo-Geschäftsführer Michael Vetter das grundsätzliche Interesse der Kunststoffprofilhersteller in Deutschland, die volle Verantwortung von der Herstellung und Verarbeitung des Produkts bis hin zu seiner Entsorgung zu übernehmen. Einerseits würden Hightech-Produkte produziert, andererseits fielen Abfälle an, die bislang auf der Deponie abgeladen worden seien. Jedoch stellten diese sehr gute Rohstoffe dar, die von der Fensterprofilbranche genutzt werden können. Dieser Verantwortung habe man sich gestellt.

Pionierprojekte

Anfang der 90er Jahre bereits haben sich als Pionierprojekte

Zukunftsplan Maintal:

Impulse für die Region

Als großartige Chance für das Maintal hat Bambergers Oberbürgermeister Andreas Starke das Raumordnerische Entwicklungskonzept (ROEK) „Zukunftsplan Maintal“ bezeichnet. Bei der offiziellen Vorstellung des Konzepts lobte das Stadtoberhaupt die ausgezeichnete, interkommunale Zusammenarbeit vieler Stellen. Zudem sei eines der herausgearbeiteten, so genannten Leuchtturmprojekte die Landesgartenschau 2012, die ungeheures Entwicklungspotential für die ganze Region in sich berge.

Auch der zukünftige Regierungspräsident Oberfrankens, Wilhelm Wenning, freute sich, dass beim „Zukunftsplan Maintal“ Ideen und Vorschläge vernetzt betrachtet wurden und keine sektorale Behandlung der Themen stattgefunden hätte. Er betonte aber auch, dass dies

„Zukunftsplan Maintal“, das im Juni 2005 in Auftrag gegeben wurde, hat der Freistaat mehr als 35.000 Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Bamberg und sieben weitere Kommunen der Landkreise Bamberg und Hassberge wollen auf der Grundlage des Konzeptes die Potenziale des schiffbaren Talraums des Mains besser nutzen. Ziel ist es, die Freizeit-, Natur-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung für diesen Raum aufeinander abzustimmen und konkurrierende Nutzungsansprüche neu zu ordnen.

Vertreter von Nutzergruppen, Behörden und Gemeinden haben in Workshops gemeinsam Leitlinien und Ziele für die zukünftige Entwicklung des Maintals festgelegt. Darauf aufbauend wurde durch die Gutachter ein integriertes Entwicklungskonzept erstellt, das für die zum Teil konkurrierenden Nutzungen in den Bereichen Verkehr, Siedlungswesen, Tourismus, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft sowie Natur eine zukünftig anzustrebende Raumnutzung aufzeigt.

Mehr als 70 Maßnahmen und Projekte werden vorgeschlagen, darunter mehrere sog. Leuchtturmprojekte, die für den gesamten ROEK-Raum eine besondere Bedeutung haben. Das ROEK, das keinen verbindlichen, sondern empfehlenden Charakter besitzt, ist der erste wichtige Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Nutzung des Maintals zwischen Bamberg/Hallstadt und Ebelsbach/Eltmann. Nun steht die Umsetzung der Projekte an. **DK**

Für die Erarbeitung des ROEK

Hohe Qualitätsstandards

Um ein Recycling-Partner der Rewindo GmbH zu werden, muss man, so der Geschäftsführer, ein Entsorgungsbetrieb sein, also über die entsprechende Fach- und Sachkunde verfügen, und die hohen Rewindo-Qualitätsstandards - vor allem für die Herstellung der Recyclate - erfüllen können. Schließlich werden die aufbereiteten Fensterabfälle wieder zur Herstellung neuer Fensterprofile verwendet. Ein weiterer Rewindo-Service ist die sehr aktiv gestaltete Öffentlichkeitsarbeit. Es gelte, die Zielgruppen regelmäßig zu informieren und neue Kunden für das Recycling zu gewinnen.

Kontinuierlicher Anstieg der Recyclingquoten

Seit der Gründung von Rewindo steigen die Recyclingquoten von ausgebauten Fenstern, Türen und Rollläden aus PVC in Deutschland kontinuierlich an. 2006 werden es ca. 10.000 Tonnen PVC-Recyclat sein, was etwa 550.000 wiederverwerteten Altfenstereinheiten entspricht. Auch der Markt der Kunststofffenster mit Recyclatkern wächst, denn diese Fenster sind solchen aus Neuware absolut ebenbürtig. Aus Fenstern werden also wieder Fenster. Und die Rewindo hilft dabei.

Geringere Kosten

Wurden für eine Renovierungsmaßnahme oder eine Demontage bislang Container für ein Abfallgemisch angefordert, so werden die Abfälle inzwischen bereits im Vorfeld aus Kostengründen getrennt, betont Vetter. Das weitere Vorgehen liege in der Entscheidung des Abfallbesitzers. „Oft landet der Anruf bei uns, und wir schicken unsere Außendienstmitarbeiter direkt an die Baustelle. Die Menge wird zunächst grob abgeschätzt. Dann wird der Preis ausgehandelt und die Altfenster abgeholt. Egal, wie klein die Menge ist, wir holen sie bundesweit ab.“ Der Preis bleibe trotzdem meist unter den regionalen Entsorgungspreisen, die

durch Müllverbrennung oder sonstige Entsorgungsarten entstehen.

Rundum-Service für Wohnbaugesellschaften

Auch Wohnbaugesellschaften leistet Rewindo wertvolle Hilfestellung, wenn es darum geht, bei Modernisierungsmaßnahmen die alten Fenster auszubauen. Hier bietet das Unternehmen einen Rundum-Service von der Angebotserstellung bis hin zur Objektbesichtigung und Kostenschätzung an. Auch der Abtransport und das eigentliche Recycling werden vollständig von den zertifizierten Partnern durchgeführt. Der Modernisierungswillige sollte lediglich mitteilen, wann das Material anfällt und wie viel es sein wird. Vetter: „Auch wenn wir kurzfristig angefordert werden, können wir schnell handeln. Unsere Recycling-Partner haben immer genug Container und Fahrzeuge, um auch spontan einzugreifen. Bei Rewindo gibt es keine Wartezeiten. Der Wunsch des Kunden ist, dass es auf der Baustelle schnell vorangeht. Diesem Wunsch wollen wir gerecht werden.“

Über Materialgrenzen hinweg zusammenrücken

Im September erst ist Rewindo dem Verband der Fenster- und Fassadenhersteller e.V. (VFF), Frankfurt am Main, als förderndes Mitglied beigetreten. Zugleich wird eine engere Kooperation mit dem VFF angestrebt. „Wir halten es für richtig, dass die Fensterbranche über Materialgrenzen hinweg ein Stück näher zusammen rückt. Als Recycler wollen wir dabei verstärkt den 'end-of-life'-Aspekt des Fensters ins Bewusstsein rufen“, erklärt der Geschäftsführer.

Neben dem positiven Umwelteffekt, der dem Image des PVC-Fensters in der breiten Öffentlichkeit insgesamt zugute kommt, verfolgt Rewindo mit der neuen Mitgliedschaft durchaus auch eigene Ziele. Vetter: „Die Fensterbauunternehmen sind für gewöhnlich unsere erste Informationsquelle, wenn es um größere Modernisierungsaufträge mit Fensteraustausch geht. Wir sind darauf angewiesen, möglichst frühzeitig von solchen Projekten zu erfahren, um dort unsere Lösungen im Rahmen des werkstofflichen Recyclings anbieten zu können.“ **DK**

Kongress „Umwelt Innovativ“ in Augsburg:

Vom Reststoff zum Rohstoff

Über moderne Technologien und zukunftsweisende Strategien für die optimale Ausnutzung von Reststoff-Ressourcen informierte der Kongress „Umwelt Innovativ“ in der Augsburger Kongresshalle. Über 270 Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft aus Deutschland, Österreich und der Schweiz nahmen an der Veranstaltung teil. Konzipiert und organisiert wurde sie von der Bayern Innovativ GmbH in Zusammenarbeit mit KUMAS, dem Kompetenzzentrum Umwelt Augsburg-Schwaben e.V. und mit Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Abfälle können entweder stofflich oder energetisch verwertet werden. Zur stofflichen Verwertung eignen sich vor allem jene mit hohem Metallanteil. Dazu gehören Elektroaltgeräte, aus denen Metalle wie Kupfer und Eisen zurückgewonnen und als Rohstoff wieder eingesetzt werden. Bei der energetischen Verwertung werden aus Abfällen so genannte Ersatzbrennstoffe gewonnen, die zum Teil fossile Brennstoffe ersetzen. Zum Einsatz kommen diese Ersatzbrennstoffe z.B. bei der Papier- und Zementherstellung sowie auch in anderen Branchen, weil sich daraus klare Preisvorteile generieren lassen. Vor allem Kunststoffabfälle werden sowohl stofflich als auch energetisch verwertet. Die Entscheidung darüber hängt von der Reinheit und der Qualität des vorsortierten Abfalls ab, wie Experten berichteten.

Dazu Prof. Dr. Josef Nassauer, Geschäftsführer Bayern Innovativ GmbH: „Recycling ist mittlerweile zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen ergeben sich daraus Chancen, mit innovativen Technologien neue Marktnischen zu erschließen. Nicht nur der regionale Markt bietet dafür ein großes Abnehmerpotential, auch im Ausland wird die Technik aus Bayern und Deutschland stark nachgefragt.“

Das Duale System Deutschland hat in Leipzig ein Modellprojekt durchgeführt, bei dem die Verbraucher neben Verpackungsabfällen noch andere Haushaltsgegenstände aus Kunststoff, Metall oder Verbundmaterialien und alte Elektro-Kleingeräte über die Gelbe Tonne entsorgen konnten. Die Ergebnisse sind so viel versprechend, dass die „Gelbe Tonne plus“ als mögliche Entsorgungslösung mit anschließender Verwertung in Zukunft noch intensiv diskutiert werden wird. Vorteil für den Verbraucher ist die komfortable Möglichkeit, Haushaltsabfälle

und Elektro-Kleingeräte umweltgerecht und ohne zusätzlichen logistischen Aufwand zu entsorgen.

Den Dialog beim Kongress „Umwelt Innovativ“ förderte eine begleitende Fachausstellung, in der sich 27 Aussteller aus allen Bereichen der Kreislaufwirtschaft präsentierten - darunter Firmen wie die PDR Recycling GmbH aus Thurnau, die spezielle Anlagen für die Verwertung von PU-Schaumdosen und verbrauchte Patronen von Tintenstrahl-Druckern entwickelt hat und betreibt und das Fraunhofer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung aus Freising, das eine Methode entwickelt hat, um Kunststoffe aus Elektro(nik)-Altgeräten besonders umweltschonend aufzuarbeiten.

Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner hatte bei der Eröffnung des Symposiums darauf hingewiesen, dass in Bayern der Umweltschutz Tradition hat. So habe man heuer „100 Jahre kooperativen Umweltschutz in Bayern“ feiern können. Von Anfang an sei die Wirtschaft dabei gewesen, wenn es galt, die Naturschätze der Heimat aktiv zu wahren. Bestes Beispiel hierfür sei der 1995 von der Bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufene „Umweltpakt Bayern“, dessen Ziel es sei, die natürlichen Lebensgrundlagen durch freiwillige Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft besser zu schützen. Im Fokus der zurzeit rund 4.200 beteiligten Unternehmen stehe die Entkopplung der wirtschaftlichen Entwicklung von Umweltbelastungen „durch voraussorgenden Umweltschutz“. Die Aktivitäten der Wirtschaft koordinieren und Vorhaben anstoßen soll Spitzner zufolge die Clusterplattform Umweltechnologie. Zusammen mit der Allianz Bayern Innovativ verfüge die bayerische Umweltwirtschaft über hervorragende Voraussetzungen, sich auf den internationalen Märkten zu behaupten. **DK**



Landrat Dr. Günther Denzler.

„keine Abschlussveranstaltung, sondern eine Auftaktveranstaltung“ sei. Denn nun müssten die einzelnen Projekte mit Leben erfüllt werden.

Landrat Dr. Günther Denzler begab sich gedanklich auf einen Spaziergang im Jahr 2012 und schilderte eindrücklich die Vorzüge des weiterentwickelten Flussparadieses Franken. „Die Umsetzung wird dem Raum neue Impulse geben und unterstützt die nachhaltige Entwicklung des Maintals“, ließ Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber erklären.

Für die Erarbeitung des ROEK

Beim 2. x einfach schlechter.



Beim 2. x genauso gut.



In Kunststofffenstern steckt PVC. Ein Werkstoff mit hervorragenden Materialeigenschaften wie Langlebigkeit oder Witterungsbeständigkeit. Und mit einer positiven Ökobilanz. Denn Kunststofffenster können wiederverwertet werden. Beim Recyceln wird sortenreines PVC zurückgewonnen und der Fensterprofil-Produktion erneut zugeführt. Dafür sorgen professionelle Recyclingtechnik. Und Ihre Unterstützung.

www.rewindo.de/Infoline 0228. 921 28 30

Rewindo
Fenster-Recycling-Service

Kompostieranlagen:

Keime an der Quelle zurückhalten

Fachtagung am Landesamt für Umwelt in Augsburg

Von Küchenabfällen bis zum Grünschnitt aus den Hausgärten - fast jeder produziert täglich direkt oder indirekt Bioabfälle. Im Mittel sind es pro Kopf jährlich rund 50 Kilogramm Bioabfälle und 90 Kilogramm Grünschnitt, die zum größten Teil in die Biotonne kommen. Ist die Tonne dann erst einmal geleert, gilt für die meisten: aus den Augen, aus dem Sinn.

Die Erfolgsgeschichte „stinkt“ manchem aber gewaltig, der im Umkreis von Anlagen wohnt, in denen Bioabfälle kompostiert oder vergärt werden. Und es sind nicht nur Gerüche, die dabei freigesetzt werden, sondern auch die sogenannten Bioaerosole: unter anderem Pilze, Bakterien und Stoffwechselprodukte der Mikroorganismen.

Ein lösbares Problem, wie der Vizepräsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Bernd Matthes, bei der Fachtagung in Augsburg betonte: „Richtige Technik, guter Betrieb und Mindestabstand zu Wohnhäusern können dafür sorgen, dass die Keime bereits an der Quelle zurückgehalten werden und Anwohner nicht beeinträchtigen“.

Im Freistaat verarbeiten mehr als 300 große Anlagen jedes Jahr rund 1,5 Millionen Tonnen organische Abfälle zu wertvollem Kompost, Vergärungsanlagen erzeugen durch den Abbau der Abfälle zusätzliche Energie. Rund ein Viertel der in Bayern anfallenden Abfallmengen gelangt damit nicht mehr in den Hausmüll und entlastet die Müllverbrennungsanlagen. Zusätzlich gibt es die vielen kleinen Eigenkompostieranlagen auf den Grundstücken und die landwirtschaftlichen Anlagen, in denen Bioabfälle mitvergorren werden.

Luftmessungen an insgesamt 31 Großanlagen in ganz Deutschland in den letzten zehn Jahren, darunter auch an drei bayerischen Anlagen, zeigen: vor allem das Umsetzen, Schreddern und Sieben setzt vermehrt Keime frei. Den sichersten Schutz bieten geschlossene Anlagenteile, bei denen die Abgase abgesaugt und über einen Biofilter gereinigt werden. Abhilfe bieten aber auch schon Abdeckungen offener Kompostmieten.

Nach Ansicht der Fachleute ist aber vor allem die gute Betriebsführung wichtig: wenn zum Beispiel die Umsetzung nicht bei Inversionswetterlagen oder ungünstigen Windlagen vorgenommen wird, sind Keime und Gerüche kaum ein Problem. Werden außerdem die gesetzlich geforderten Mindestabstände von mindestens 300 Meter bei geschlossenen und mindestens 500 Meter bei offenen Anlagen eingehalten, müssen auch Bioabfallanlagen den Nachbarn nicht mehr „stinken“.

Bei der Augsburger Tagung standen die richtige Betriebsführung und Anlagensteuerung, die aktuelle Anlagen- und Meßtechnik und die möglichen gesundheitlichen Wirkungen von Keimen auf dem Programm. 50 Umweltingenieure bayerischer Landratsämter und Städte sowie Vertreter von Fachfirmen haben daran teilgenommen. □

Auch Müll ist Energie

Erstmals Fachforum Abfall-Energie in Augsburg

Erstmals vermittelte das Fachforum Abfall-Energie in der Messe Augsburg einen umfassenden Überblick zu Grundlagen, technologischen Ansätzen und praktischen Erfahrungen bei der energetischen Verwertung in dezentralen Anlagen. In kompakter Form vermittelte es einen effektiven Einblick in aktuelle Lösungswege und Perspektiven.

Das Themenspektrum des Fachforums berücksichtigte technische wie organisatorische und bürokratische Aspekte eines neuen Umgangs mit Müll. „Technische Verfahren zur energetischen Umwandlung von Biomassen und Abfällen“ und „AbfallEnergie am Beispiel eines AbfallHolz KWK(K)-ORC Kraftwerkes“ waren ebenso Programmpunkte wie die „TA Siedlungsabfall“ sowie „Strategien

und Instrumente der Abfallwirtschaft“.

Den Rahmen für das 1. Fachforum Abfall-Energie bildete das Messtrio RENEXPO(r) / IHE(r) HolzEnergie / reCONSTRUCT(r) 2006. Zum siebten Mal traf sich das internationale Fachpublikum auf einer der weltweit wichtigsten Kontaktveranstaltungen für regenerativen Energien und energieeffizientes Bauen und Sanieren. DK



Treffpunkt Pyrolyseanlage Burgau

Hoher Besuch in der Pyrolyseanlage: Zum ersten Mal trafen sich technische Betriebsleiter von Müllverbrennungsanlagen aus Bayern und Österreich in Burgau. Ziel war der Austausch von Informationen und Klärung technischer Probleme. Bei den Treffen dieser „Arbeitsgruppe Technik“ der bayerischen Abfallverbrenner werden gemeinsame Fragen besprochen und Lösungen aufgezeigt. Auch ein Vertreter des Bayerischen Landesamtes für Umwelt nimmt an diesen Tagungen regelmäßig teil. Neue Erkenntnisse kommen so allen Betreibern zu Gute. Damit wird die dauerhafte Entsorgungssicherheit gewährleistet. Überrascht zeigten sich die Teilnehmer der Fachtagung von dem technischen Know-how der kleinsten thermischen Abfallbehandlungsanlage Bayerns. Bei einer Führung wurden die Besonderheiten dieser Technik erklärt.

Hans Joas

Natur-Inventur für den Landkreis Bamberg

Neues Arten- und Biotopschutzprogramm fertig gestellt
Wichtige Entscheidungsgrundlage für Kommunen

Zwei Jahre hatten die Fachleute Natur-Inventur im Landkreis Bamberg gemacht, nun liegen die Ergebnisse vor. Sie sind zusammengefasst im neuen Band des Arten- und Biotopschutzprogramms, der in Bamberg im Landratsamt vorgestellt wurde.

Ergebnisse, die sich sehen lassen können: „Viele wertvolle Lebensräume sind im Landkreis noch erhalten und sind Kerngebiete für ein landesweites Biotopnetzwerk“, sagte Georg Schlapp vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU), der den neuen Band an Landrat Dr. Günther Denzler übergab.

Das Arten- und Biotopschutzprogramm ist eine wichtige Datengrundlage und Planungshilfe für die Naturschutzbehörden, Gemeinden und Verbände im Landkreis. Es bietet nach den Worten des LfU-Fachmanns „fachliche Entscheidungsgrundlagen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Bevormundung und greift nicht in die Planungshoheit ein“. Erfasst und ausgewertet wurden mehr als 10.000 Biotopflächen und über 30.000 Tierarten und fast 500 Pflanzenarten.

Das LfU erstellt das Programm bayernweit, die Naturschutzfachleute des Landratsamtes waren am neuen Band beteiligt. Das erste Arten- und Biotopschutzprogramm für den Landkreis ist über 14 Jahre alt.

Insgesamt wurden rund 3.900 Hektar wertvoller Biotope im Offenland erfasst. Der Biotopflächenanteil liegt mit 3,3 Prozent der Landkreisläche knapp unter dem bayerischen Durchschnitt von vier Prozent. Darin sind aber die Wälder noch nicht berücksichtigt, die gerade im Landkreis Bamberg von hoher Qualität und Bedeutung für den Naturschutz sind. Besonders die Laubwälder des Steigerwaldes sind in weiten Bereichen sehr reich strukturiert. Sie sind Lebensraum zahlreicher, teilweise sehr seltener Vogelarten wie Mittelspecht, Halsbandschnäpper, Rotmilan oder Sperlingskauz. Eine besondere Bedeutung haben sie auch als Lebensraum für das größte derzeit bekannte Vorkommen der Bechsteinfledermaus.

Exponierte Position

Eine herausragende Stellung in Bamberg Biotope hat der Trauf der Frankenalb mit seinen Trockenlebensräumen, den Laubwäldern und Streuobstwiesen sowie den zahlreichen Kalktuffquellen, die oft kaskadenförmige Abstriche bilden. Dort leben Arten wie der Feuersalamander, die Gestreifte Quelljungfer (Libelle) oder der Wendehals.

Für den Naturschutz wertvolle Biotope sind auch die Trockenlebensräume im Regnitztal. Es handelt sich insbesondere um zwar kleinflächige, jedoch aus Sicht des Artenschutzes hochwertige Sandmagerrasen und großflächige, zumeist trockene Extensivwiesen. Charakterarten dieser Lebensräume sind z. B. die Blauflügelige Sand-schrecke und die Sand-Grasnelke.

Fakten zum Arten- und Biotopschutzprogramm

- Das Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP) ist ein Fachkonzept des Naturschutzes. Es analysiert und bewertet auf der Grundlage der Biotopkartierung und der Artenschutzkartierung alle Flächen, die für den Naturschutz wichtig und erhaltenswert sind und leitet aus den Ergebnissen Ziele und Maßnahmen vor-schläge ab. Das ABSP wird seit

VBS-Jahrestagung 2006 in Bad Griesbach:

Neuer Mann an der Verbandsspitze

Otto Heinz Nachfolger von Präsident Reinhard Büchl

Bei der 33. Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen in Bad Griesbach hat die Mitgliederversammlung Otto Heinz, Sprecher der Geschäftsführung der HEINZ GmbH & Co. KG in Moosburg a. d. Isar, einstimmig zu ihrem neuen Präsidenten bestimmt. Heinz tritt damit die Nachfolge von Reinhard Büchl an, der zwölf Jahre lang erfolgreich die Geschicke des Verbandes lenkte und daher mit der VBS-Ehrenmedaille ausgezeichnet wurde.

Der neu gewählte VBS-Präsident Otto Heinz (36), Bankkaufmann und Diplom-Betriebswirt (FH), engagiert sich ehrenamtlich im Umweltausschuss der IHK für München und Oberbayern und als stellvertretender Vorsitzender des IHK-Gremiums Erding-Freising. Er machte deutlich, sich für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen kommunaler und privater Entsorgungswirtschaft einsetzen zu wollen.

So spricht sich der Verband gegen die Umsatzsteuerbefreiung kommunaler Eigenbetriebe sowie das „In-house-Privileg“ der Kommunen bei der Vergabe aus. Zweckverbände müssen aus Sicht der mittelständischen Entsorgungswirtschaft den gleichen wettbewerbsrechtlichen Bedingungen unterworfen sein wie private Anbieter. Heinz:

ordnung der EU, in dessen Mittelpunkt die Novelle der Abfallrahmenrichtlinie steht.

Die Erweiterung der EU sowie ein drastisch steigendes Abfallaufkommen machen laut Kohler die Überarbeitung der seit 1975 bestehenden Richtlinie notwendig. Infolge der Novellierung seien eine Stärkung der stofflichen Verwertung durch eine fünfstufige Abfallhierarchie (Vermeidung, Recycling, stoffliche Verwertung, sonstige Verwertung mit Verbrennung und Beseitigung) sowie ergänzende Festlegungen durch Ausschussverfahren (Komitologieverfahren) zu erwarten.

Ein zusätzlicher Aufwand werde durch die Erweiterung von Abfallwirtschaftsplänen, die Neueinführung von Abfallvermeidungsplänen und durch zusätzliche Berichtspflichten zu leisten sein. Nicht verändert werde hingegen die Wahlfreiheit des Mitgliedstaates zwischen Daseinsvorsorge bzw. privater Erledigung.

Positionspapier

Im Positionspapier des Deutschen Landkreistags zur Zukunft der Abfallwirtschaft werde darauf hingewiesen, dass die Entsorgung von Siedlungsabfällen in der Verantwortung der Kreise und Städte allen Bürgern eine langfristig verlässliche und ökologisch sichere Beseitigung und Verwertung ihrer Abfälle zu angemessenen Kosten garantiert, fuhr Kohler fort. Zudem werde betont, dass sich für die operative Wahrnehmung dieser Aufgabe das auf der Wahlfreiheit der Kommunen gegründete Neben- und Miteinander von öffentlichen Betrieben sowie öffentlichen und privaten Entsorgungsunternehmen bewährt habe.

Darüber hinaus ist laut Landkreistag kurzfristig zumindest sicherzustellen, dass kommunale und private Investitionen in die Entsorgungsinfrastruktur nicht durch eine Diskussion über und die Umsetzung des „Ziels 2020“ (vollständige Beendigung der Deponierung auch der heizwertarmen Rückstände aus mechanisch-biologischen Vorbehandlungsanlagen und Schlacken aus Müllverbrennungsanlagen) während ihrer technischen Lebensdauer entwertet werden und zudem kommunale und private Entsorger während der Laufzeit ihrer Beauftragungen für konkrete Entsorgungsaufgaben vor einer „Rosinenpickerei“ durch Konkurrenten geschützt werden.

Was die Zukunft der Abfallwirtschaft in Bayern anbelangt, meinte Kohler, „dass keine sprunghaften Änderungen zu erwarten sind“. Die Öffentliche Abfallwirtschaft habe gezeigt, dass sie eine Ersatzfunktion für marktwirtschaftliches Ungleichgewicht in Teilen übernehmen könne und ein verlässlicher Partner für Bürger und Wirtschaft sei. Für die Attraktivität des Industriestandortes Bayern sei die Öffentliche Abfallwirtschaft unverzichtbar, da sie sich langfristig als stabil und berechenbar erweisen werde. Freilich könne sie sich langfristigen Trends nicht entziehen. DK



Otto Heinz.

„Das Schlagwort der Daseinsvorsorge darf nicht dazu missbraucht werden, kommunale Monopole zu schützen, für die es keine Rechtfertigung gibt.“

Ministerialdirigent Ludwig Kohler vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz verwies in seinem Vortrag auf die abfallwirtschaftliche Neu-

20 Jahren für die Landkreise erarbeitet und angewendet, das LfU koordiniert die Arbeiten. Sie werden in ganz Bayern nach einem einheitlichen Standard von freien Planungsbüros und Spezialisten im Auftrag des LfU durchgeführt.

- Biotope sind Lebensräume für viele gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Sie sind zudem für den Naturhaushalt und den Menschen von besonderer Bedeutung. In der Biotopkartierung werden die für den Naturschutz wichtigen Flächen im Gelände und die dort wachsenden Pflanzen erfasst.

- Die Artenschutzkartierung erfasst die Fundorte und Lebensräume seltener Tierarten und speichert diese in einer landesweiten Datenbank.

- Die Ergebnisse des ABSP sind wichtige Grundlagen für die Naturschutzbehörden und für die Kommunen, zum Beispiel bei der Erarbeitung von Landschafts- und Grünordnungsplänen oder im Vertragsnaturschutz. Auch Planungsbüros und wissenschaftliche Einrichtungen nutzen die Daten.

- Zum Erhalt und zur Förderung besonders schutzwürdiger Gebiete gibt es in ganz Bayern mehr als 300 BayernNetzNatur-Projekte. Davon liegen sieben im Landkreis Bamberg. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle



Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34

Wussten Sie eigentlich, dass im Jahre 1947 die Bayerische Landessiedlungs Gesellschaft mit der Durchführung der Bodenreform in Bayern betraut wurde?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Neue Kläranlage in Dingolfing

Teuerstes kommunales Bauwerk in der Geschichte der Kreisstadt eingeweiht

„Dieses Gesamtbauwerk verkörpert eine ganz entscheidende Voraussetzung für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Die Größe der Anlage und ihr technischer Standard geben uns das erforderliche Entwicklungspotenzial für die Zukunft“, betonte Dingolfings Bürgermeister Josef Pellkofer bei der Einweihung der neuen topmodernen Kläranlage vor den Toren der Stadt. Dabei handelt es sich um das teuerste kommunale Bauwerk in der Geschichte Dingolfings.

Pellkofer wies darauf hin, dass ein hartes Stück Arbeit hinter allen den liege, die an der Realisierung der Baumaßnahme mitgewirkt hatten. Bereits seit einem Jahr werde die Kläranlage erfolgreich getestet und man habe beobachten können, dass die neue Abwasserreinigungsanlage den Erwartungen in vollem Umfang gerecht werde. Die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sei eine wichtige Pflichtaufgabe der Kommune. Wie das Stadtoberhaupt versicherte, werden trotz des Neubaus auf die Bürger der Stadt keine Gebührenerhöhungen zukommen. Pellkofer dankte allen am Bau Beteiligten und vor allem dem Freistaat, der die 21,5 Mio. Euro teure Maßnahme mit 4,5 Millionen Euro bezuschusst hatte.

In seiner Festansprache bezeichnete Wirtschaftsminister Erwin Huber die Kläranlage als „Investition in die Zukunft“. Von Dingolfing sei er ohnehin gewohnt, dass man stets bemüht sei, an der Spitze des Fortschritts zu sein.

Sparsam mit Ressourcen umgehen

Erhebliche Mittel fließen zunächst in den kommunalen Umweltschutz, sagte Huber. Die neue Anlage entspreche höchsten Anforderungen, in dem sie sich durch eine besondere Leistungsfähigkeit auszeichne und damit die Abwasserfrage für lange Jahre zuverlässig lösen werde. Huber: „Wenn man hier in Bayern lebt, erkennt man gelegentlich, wie wichtig sauberes Trinkwasser für uns alle ist. Weltweit leben etwa 1,4 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser. Ich sehe es daher als unsere Pflicht an, mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen so sparsam wie möglich umzugehen. Wir müssen alles für sauberes Abwasser und einen schonenden Umgang mit den Ressourcen unternehmen. Dies sind wir auch den nachfolgenden Generationen schuldig.“

Neben dem zentralen umweltpolitischen Aspekt sei mit dem Bau der Kläranlage auch ein Schub für die regionale Wirtschaft verbunden. An dem Projekt hätten mehrere Unternehmen erfolgreich mitgewirkt und vorbildlich zusammengearbeitet. Für die weitere Entwicklung der Stadt sei die neue Kläranlage sehr wichtig. Die Größe der Anlage und ihr hoher technischer Standard sicherten Perspektiven für die künftige Entwicklung. Für den weiteren Bevölkerungszuwachs und neue Betriebsansiedlungen seien die erforderlichen Entsorgungskapazitäten jetzt vorhanden.

Gefragt sind starke Kommunen

„Durch den Bau der Kläranlage wird wieder einmal deutlich, dass die Kommunen wichtige Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge für die Bürger wahrnehmen und für unsere lokalen mittelständischen Unternehmen wichtige Auftraggeber sind“, stellte der Minister fest. Für ein zukunftsfähiges Bayern würden starke und leistungsfähige Kommunen benötigt. Die Staatsregierung werde die bayerischen Städte und Gemeinden daher auch in den kommenden Jahren nach Kräften unterstützen. Dies gelte sowohl für die Verbesserung der Rahmenbedingungen als auch für die Förderung kommunaler Investitionen.

Dr. Hans Dahlem vom Ingenieurbüro Dahlem machte deutlich, dass das Klärwerk trotz seiner hochmodernen Technik kostengünstig betrieben werden könne. Man habe bei den Planungen bereits Erweiterungen eingeplant. CSU-Bundestagsabgeordneter Max Straubinger und stellvertretender Landrat Georg Eberl, die zu den Ehrengästen zählten, würdigten schließlich die mutige Entscheidung des Stadtrats für diesen Neubau. Er stellt das bislang größte Projekt in Sachen Abwasserbeseitigung im Landkreis Dingolfing-Landau dar. **DK**

Wasserknappheit in Europa droht

Zehn Maßnahmen sollen 'worst case' verhindern

Die zunehmende weltweite Verschmutzung von Wasser und die daraus resultierende Knappheit von sauberem Wasser, wurden nun auch von der Europäischen Union (EU) thematisiert. Um einen Engpass an Trinkwasser zu verhindern, sollen die Mitgliedstaaten in den nächsten zehn Jahren ihre Wasserversysteme wieder in Ordnung bringen.

Die EU-Richtlinien verpflichten die Mitgliedstaaten bis 2009 einen Plan vorzulegen, wie die natürlichen Wasserquellen wieder hergestellt werden sollen. Bis 2015 sollen die Flüsse, Seen und Feuchtgebiete wiederhergestellt sein.

'Blueprint for water'

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde in Großbritannien von verschiedenen Umweltorganisationen, wie dem WWF, RSPB oder The National Trust, die 'Blueprint for water' - Initiative <http://www.blueprintforwater.org.uk> ins Leben gerufen.

Insgesamt zehn Maßnahmen sollen die Qualität des britischen

Trinkwassers aufrechterhalten und sogar verbessern. So wird beispielsweise vorgeschlagen, sparsamer mit Wasser umzugehen. Jeder Mensch verbraucht täglich zwischen 150 und 180 Liter Wasser - das meiste davon würde ungenutzt verschwendet. Weiters sollten jene, die das Wasser verschmutzen, für den gesamten und nicht nur für Teile wie bisher, verantwortlich gemacht werden.

Weitere Vorschläge wären die Förderung von wasserfreundlicher Agrarwirtschaft, die Wiederherstellung des ursprünglichen Flussverlaufs sowie faire Wasserpreise, die auch eine Säuberung des Wassers umfassen. **□**



Die beiden Regierungsmitarbeiter Heribert Januszewski (vorn) und Axel Bauer konzipierten die „Wasserschule Unterfranken“. Foto: Pat Christ

Eine Wasserschule für Unterfranken

Bayernweites Pilotprojekt für Grundschüler in Hobbach

Würzburg. Es ist gar nicht so leicht, mit dem Handschwengel Wasser zu pumpen. Und damit ist es längst nicht getan. Das aus dem Erdreich geförderte Wasser muss in einen Hochbehälter gepumpt werden, von wo es nach unten in die Häuser fließt und zum Wasserhahn herauskommt, wenn man den aufdreht, lernen die Kinder der unterfränkischen Wasserschule, die Ende November startet.

Grundschüler für das Thema Trinkwasser sensibilisieren, das ist Ziel des Projekts „Wasserschule Unterfranken“, das seinen Auftakt bei einer Tagung auf der Festung Marienberg in Würzburg feierte. Das Team um den Regierungsmitarbeiter Heribert Januszewski war das ganze Jahr über mit diesem Projekt beschäftigt. Die „Wasserschule Unterfranken“ ist einmalig in Bayern, die nächste Wasserschule befindet sich im österreichischen Nationalpark Hohe Tauern.

Etabliert wird die unterfränkische Wasserschule im Schulandheim Hobbach im Kreis Miltenberg. In fünf Modulen sollen Grundschüler der dritten und vierten Jahrgangsstufe in dieser Schule lernen, wie Wasser gewonnen wird, was es mit dem Wasserkreislauf auf sich hat und warum es gerade in Unterfranken wichtig ist, Wasser zu sparen. Rund 80.000 Euro investiert der Freistaat in das bayerische Pilotprojekt.

Allein 10.000 Euro kostet die Versuchsanlage, die den Weg des Wassers von der Quelle über den Miniaturhochbehälter bis zum Wasserhahn simuliert. Derzeit wird die Anlage von Mitarbeitern der Flussmeisterstelle Stockstadt in Hobbach installiert. An dieser Anlage erleben die Kinder, wie viel Anstrengung nötig ist, um Trinkwasser zu gewinnen und für den Gebrauch bereit zu stellen.

Kinder, weiß Baudirektor Axel

Bauer, sind vom Wasser fasziniert und deshalb auch für schwierigere Wasserthemen zu begeistern. In der Wasserschule lernen sie die Eigenschaften des Wassers kennen, an der Wetterstation erfahren sie, welche Auswirkungen das Wetter auf die Trinkwassersituation hat. Verbrauchsmessgeräte verdeutlichen ihnen, wie viel des „Lebensmittels Nummer 1“ beim Händewaschen oder Duschen verbraucht wird.

Geheimnisse erkunden

Aus ganz Unterfranken sollen die Kinder nach Hobbach kommen, um die Geheimnisse des Wassers zu erleben. Daneben besteht die Möglichkeit, einzelne Module in abgespeckter Form zu Hause in den Unterricht zu holen. Geplant ist, dass in Zukunft auch Kindergartenkinder und Gymnasiasten der unteren Jahrgangsstufen an der Wasserschule teilnehmen.

Die unterfränkische Wasserschule ist Teil der „Aktion Grundwasserschutz“ der Regierung von Unterfranken. Im vergangenen Jahr nahmen die Trinkwasserschützer der Regierung vor allem das Thema Landwirtschaft ins Visier. Heuer steht das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Mittelpunkt des „Würzburger Wasserforums“.

Bereits im Jahr 2004 gab die Regierung eine Lehrerhandrei-

Bayerische Wassertage 2006 in Augsburg

Angesichts der Klimaerwärmung sind verstärkte Anstrengungen nötig, Trinkwasser für Privathaushalte sowie Brauch- und Nutzwasser für Industrie und Handwerk langfristig zu sichern. Umweltminister Werner Schnappauf forderte bei den Bayerischen Wassertagen in Augsburg Trinkwasservorkommen nachhaltig zu schützen und wassersparende Technologien zu entwickeln und verstärkt einzusetzen.

Laut Schnappauf wird nach aktuellen Klimaprognosen beispielsweise das jetzt schon wasserarme Nordbayern künftig noch trockener. Es müsse daher alles getan werden, Bayerns Wasservorkommen zu schützen und zu sichern. Denn sauberes Trinkwasser komme nicht einfach aus dem Hahn - so wie Strom nicht einfach aus der Steckdose komme. Für Technologien zur effizienten Wassernutzung und Trinkwasseraufbereitung sieht der Minister auch große Chancen auf dem Weltmarkt. Er appellierte deshalb an die bayerischen Unternehmen, ihren Technologievorsprung auf diesem Sektor auszubauen und ihr Know-how international noch stärker zu platzieren.

Membranfiltration

Um angesichts der klimatischen Entwicklung die Wasserversorgung im Freistaat künftig sicher zu stellen, soll nach Auffassung der bayerischen Wasser- und Klimaexperten zumindest jeder größere Wasserversorger auf mindestens zwei unabhängige Trinkwassergewinnungsgebiete zurückgreifen. Schnappauf forderte daher die Kommunen auf, weiterhin ihre dezentralen Wasserversorgungen zu erhalten und für einen angemessenen Schutz zu sorgen. Um genutzte Grundwasservorkommen nicht wegen natürlicher Belastungsrücklagen aufgeben zu müssen, könne notfalls auch bei der öffentlichen Wassergewinnung technisch aufgerüstet werden.

Grundwasser, das aufgrund ungenügender Bodenfilterschichten mikrobiologisch noch belastet ist, könne mit sog. Membranfiltration trinkbar werden. Eine solche Art der Entkeimung verändere das Wasser nicht nachteilig und kann Schnappauf zufolge

chung heraus. Dort sind Vorschläge aufgeführt, wie das Thema Wasserschutz durch Schülerexperimente spannend vermittelt werden kann.

Die Wasserschule in Hobbach wird sich von den bisherigen Ideen zum Grundwasserschutz dadurch unterscheiden, dass sich die Unterrichtseinheiten vor allem im Freien abspielen. Durch

besonders bei der Gewinnung von Karst- und Kluftwasser oder Uferfiltrat mit vertretbaren Kosten zum Einsatz kommen. In Pilotanlagen wurde das Verfahren erprobt; das Umweltministerium hat das Projekt mit 200.000 Euro gefördert.

Ein hochrangiges Referententeam diskutierte mit ca. 150 Wasserexperten aus Wirtschaft und Verwaltung an zwei Tagen praxisnahe Wasserwirtschaftsthemen. Die Wasserbehandlung für Industrie und Gewerbe behandelte der Kongress in seiner gesamten Breite von der Wasseraufbereitung bis zur Abwasserreinigung unter dem Ansatz einer effizienten Kreislaufführung. Dabei profitierten die Teilnehmer von den Erfahrungen mehrerer Unternehmen, die erfolgreich betriebliche Wasserwirtschaftseinrichtungen betreiben.

Behördenkommunikation

Am zweiten Veranstaltungstag standen die Betriebsführungskonzepte der öffentlichen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung ebenso im Mittelpunkt wie die der Industrieparks oder jene der industriellen Direkt- und Indirekteinleiter.

Unter dem großen Themenfeld der Eigenverantwortung der Betreiberpflichten wurden neue Wege zur nachhaltigen Behördenkommunikation aufgezeigt, Erfahrungen mit der neuen VawS (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) ausgetauscht und Gewässerschutzkonzepte der chemischen Industrie an einem konkreten Beispiel praxisnah vorgestellt. In der begleitenden Fachausstellung präsentierten Unternehmen der Wasserwirtschaft ihre neuesten Produkte und Dienstleistungen. **DK**

aktives Tun „bei Wind und Wetter“ sollen die Kinder laut Januszewski verinnerlichen, dass sauberes Trinkwasser alles andere als selbstverständlich ist. Mit ihrer neuen Wasserbegeisterung, wünscht der leitende Baudirektor, sollen sie zu Hause ihre Geschwister, Eltern und Großeltern anstecken: „Denn Kinder sind die besten Multiplikatoren.“ **P. Christ**

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.



Fahren Sie mit Erdgas zum halben Preis!

Erdgas hat Zukunft. Sowohl beim Heizen als auch beim Autofahren. Mit Erdgas von ESB tanken Sie zum halben Preis. Der reduzierte Mineralölsteuersatz für Erdgas als Kraftstoff ist bis zum Jahr 2020 festgeschrieben. Gleichzeitig schonen Sie die Umwelt, weil bei Erdgas geringere Schadstoffe entstehen. Erdgas

tanken Sie heute bereits an über 500 Erdgas-Zapfsäulen in Deutschland - auch in Ihrer Nähe. Fragen Sie Ihren Autohändler und starten Sie in eine saubere Zukunft - mit Erdgas im Tank.

Mehr Infos unter 01 80 5/29 11 11 (12 Cent/Min. im deutschen Festnetz der Telekom)

ESB
Erdgas Südbayern

Wasser- und Abwasserleitungen:

„Für Modernisierung und gegen Privatisierung“

Interview mit Dipl.-Ing. (FH) Dieter Beck, Vorsitzender der Landesgruppe Bayern des Rohrleitungsbauverbandes e. V. und Geschäftsführer der Firma Mennicke Rohr- und Anlagenbau in Nürnberg

Der Modernisierungsbedarf bei Wasser- und Abwasserleitungen ist enorm - gerade in ländlichen Gebieten. Welche Herausforderungen bzw. Chancen für die Kommunen daraus entstehen können - siehe PPP-Modelle -, darüber informierte Dipl.-Ing. (FH) Dieter Beck, Vorsitzender der Landesgruppe Bayern des Rohrleitungsbauverbandes e. V. und Geschäftsführer der Firma Mennicke Rohr- und Anlagenbau in Nürnberg.

GZ: „Für Modernisierung und gegen Privatisierung“ titeln Sie die jüngste Aktion des Rohrleitungsbauverbandes und des Bayerischen Bauindustrieverbandes. In Bayern bestehe ein immenser Instandsetzungsbedarf im Bereich der Wasser- und Abwasserleitungen. Was passiert, wenn diese Reparaturen nicht ausgeführt werden?

Bereiche wirtschaftlicher organisieren

Beck: Tatsächlich besteht ein hoher Modernisierungsbedarf insbesondere im ländlichen Raum, d.h. in der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Beide Bereiche müssen zugleich wirtschaftlicher organisiert und die Leitungen und Anlagen vielerorts erneuert bzw. saniert werden, damit nicht ein Werteverzehr des unterirdischen, öffentlichen Anlagevermögens zu Lasten der kommenden Generationen stattfindet. Zur Vermeidung von Folgeschäden und -Kosten müssten jährliche Re-Investitionen von mindestens einem Prozent des gesamten Anlagenwertes erfolgen. Insbesondere kleine Kommunen können die notwendigen Investitionen oftmals gar nicht leisten. Das bedeutet, dass dringende Instandhaltungsarbeiten häufig nicht durchgeführt werden. Das Ausbleiben dieser notwendigen Maßnahmen gefährdet sowohl die Umwelt als auch die Wirtschaft.

Modell im Test

GZ: Die Kassen der öffentlichen Hände, also auch der Kommunen, sind leer. Da müsste Ihr PPP-Angebot - Public Private Partnership - doch genau zur rechten Zeit kommen. Wie sieht das konkret aus?

Beck: Natürlich müssen Kommunen ihren hoheitlichen Aufgaben in diesem Bereich nachkommen. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind als sogenannte kostendeckende Einrichtungen und insofern aus Beiträgen und Gebühren der Verbraucher zu betreiben. Entsteht ein Missverhältnis zwischen der Pflicht zur Aufgabenerfüllung einerseits

und der Handlungsunfähigkeit aufgrund mangelnder Mittel andererseits, so würden die Preise für die Verbraucher steigen, die Qualität aber würde sinken. Konkret sieht es im Moment aber so aus, dass wir den Kommunen zunächst einmal die Erprobung der Kooperation im Rahmen von PPP-Pilotprojekten ermöglichen wollen. Beide Seiten - die öffentliche Hand und wir als private Fachfirmen - müssen das Modell erstmal in geeigneten Gebieten testen. Hierbei kommen besonders kleine und mittlere Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum in Frage. Wenn sich im Rahmen von PPP-Pilotprojekten die Kooperation bewährt, so ließe sich diese Art der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Wasserwirtschaft auf viele Kommunen übertragen.

Partner der Kommunen

GZ: Bei PPP denkt man natürlich an Privatisierung. Stimmt es, dass Sie das gar nicht wollen? Warum nicht?

Beck: Wir sehen uns als Partner der Kommunen, d.h. wir wollen mit ihnen zusammenarbeiten. Genau das ermöglichen PPP-Projekte. Es geht um eine gemeinsame Leistung für die Endkunden zu wirtschaftlichen Konditionen. Bei PPP bleibt das Medium Wasser im Besitz der Kommunen. Damit behalten diese das Heft in der Hand.

Interesse von Seiten des Umweltministeriums

GZ: Das Bayerische Umweltministerium ist auch an der Durchführung von PPP-Pilotprojekten zur Erprobung der Zusammenarbeit interessiert. Wie sieht gegenwärtig die Zusammenarbeit mit dem Ministerium aus?

Beck: Das bayerische Umweltministerium ist sehr an der Erprobung von PPP in der Wasserwirtschaft interessiert. Deshalb hat sich Herr Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard persönlich für die Durchführung von PPP-Pilotprojekten zwischen ausgewählten Kommunen und zertifizierten Unternehmen des Rohrleitungsbaus ausge-

sprochen. Wenn sich die geplanten Pilotprojekte als Erfolg erweisen, gehen wir davon aus, dass sich PPP-Projekte in der ländlichen Wasserwirtschaft weiter intensivieren werden.

GZ: Welche Tätigkeitsbereiche eignen sich für PPP-Modelle in punkto Bau und Betrieb der Rohrleitungen?

Beck: Bei PPP-Modellen können wir als qualifizierte Fachfirmen der Rohrleitungsbaubranche unseren Partnern, den Kommunen, vor allem in den Bereichen Planung und Bau von Anlagen und Rohrleitungen unsere Dienstleistungen zur Verfügung stellen. In der Betriebsphase sind dann die Rohrnetz- und Anlagenüberwachung, die Instandsetzung, die Vorhaltung eines Bereitschaftsdienstes und technischen Kundendienstes Tätigkeiten, die wir übernehmen können. Weiterhin sind auch Serviceleistungen und sogar die Übernahme der technischen Betriebsführung eines Ver- oder Entsorgungsbetriebes Aufgaben, die uns im Rahmen von PPP übertragen werden können.

Unbundling

GZ: Beim Strom ist die Trennung von Herstellung, Durchleitung und Lieferung bereits vollzogen. „Unbundling“ nennt man das. Auch bei Wasser und Abwasser steht die stärkere Trennung von Service, Netzbetrieb und Versorgung an. Wo wollen Sie Partner sein?

Beck: Wir wollen Partner der Kommunen sein, d.h. wir sind sowohl bei der Ver- als auch der Entsorgung an Kooperationen interessiert. Neben den eben genannten Dienstleistungen sehen wir die technische Betriebsführung eines Ver- oder Entsorgungsbetriebes als gute Chance und Herausforderung bei PPP-Kooperationen. Die Betriebsführung auf Zeit hat sich z.B. seit Jahren in Frankreich bewährt. Alles bleibt Eigentum der Kommune. Wir als Fachfirmen sorgen für die Instandhaltung der Rohrleitungen. In regelmäßigen Abständen schreibt die Kommune diese Tätigkeit aus. Qualifizierte Unternehmen können an den Ausschreibungen teilnehmen.

Stabilität der Preise

GZ: Wie wirkt sich das alles auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger aus?

Beck: PPP-Projekte würden sich positiv auf die Wasser- und Abwassergebühren auswirken, denn der entstehende Wettbewerb würde in jedem Fall die Preise stabilisieren. Der Rückgang der Bevölkerung hierzu, insbesondere im ländlichen Raum, muss in diesem Zusammenhang beachtet werden, denn dieser wird die Preise für Infrastrukturmaßnahmen in den nächsten Jahren auch in die Höhe treiben. Um hier Vorsorge in Richtung Preisstabilität und Aufrechterhaltung der Qualität in der Versorgung zu leisten, müssen wir jetzt anfangen, effizienter zu werden - im Interesse aller Beteiligten.

Im Übrigen hilft eine rechtzeitige Sanierung bzw. Instandhaltung von Leitungssystemen auch, Schäden und Folgeschäden und damit überraschende Kosten für die Gebührenzahler zu verhindern.

Kriterien für PPP-Teilnahme

GZ: Welche Kommunen sollten sich an den PPP-Projekten beteiligen?

Beck: Hier kommen in erster Linie Kommunen aus dem ländlichen Raum in Betracht, wo die Wasserwirtschaft sehr klein strukturiert ist. Grundsätzlich sind überalterte und schadhafte Leitungssysteme Gründe für die Beteiligung an einem PPP-Projekt. Ein hoher Investitionsbedarf in die unterirdische Infrastruktur ist ein weiteres Kriterium für eine Teilnahme an PPP. Weiterhin sind eine komplette Neuplanung von Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie auslaufende Wartungsverträge mit Dritten gute Gründe sich an einer Kooperation zu beteiligen. Kommunen oder Zweckverbände, die die technische Betriebsführung an Fachfirmen übertragen wollen, kommen für PPP-Projekte selbstverständlich auch in Frage.

Geplantes PPP-Forum

GZ: Was passiert jetzt?

Beck: Rohrleitungsbauverband und Bayerischer Bauindustrieverband suchen die Öffentlichkeit, um über Chancen und Herausforderungen von PPP in der Wasserwirtschaft zu informieren und Vorbehalte abzubauen. Wir kooperieren in diesem Zusammenhang mit dem bayerischen Umweltministerium. Als nächsten Schritt veranstalten wir im kommenden Februar das „PPP-Forum für die bayerische Wasserwirtschaft“. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden Experten aus Politik, Wirtschaft und dem Verbandswesen Entscheider der öffentlichen Hand ausführlich über das Thema PPP informieren. Die Durchführung von Pilotprojekten zur Erprobung der Kooperation zwischen Kommunen und Fachfirmen soll dann der nächste Schritt sein. □

Theoretische Modelle partnerschaftlicher Kooperation

Maximilian Hofmann, Leiter des Bereichs Rohrleitungsbau bei der Firmengruppe STREICHER und stellvertretender Vorsitzender des RBV, beschreibt im Folgenden einige theoretische Modelle der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, wobei Hofmann zufolge „erst ab dem Modell 3 von einer PPP gesprochen werden kann“.

Modell 1: Wartungs-/Instandhaltungsverträge für Wasserversorgungs-/Abwasserentsorgungsanlagen; zusätzliche Dienstleistungen der Rohrleitungsbaunternehmen

► Kommune bleibt im Besitz der Anlagen, betreibt diese eigenständig und ist rechtlich für ordnungsgemäße Ver- und Entsorgung verantwortlich; Rohrleitungsbaunternehmen ist Dienstleister

Modell 2: Organisation und Vorhaltung des Bereitschafts-/Störungsdienstes durch Rohrleitungsbaunternehmen

► Kommune bleibt im Besitz der Anlagen, betreibt eigenständig und ist rechtlich für ordnungsgemäße Ver- und Entsorgung verantwortlich; Rohrleitungsbaunternehmen ist Dienstleister

Modell 3: Betriebsführungsmodell: Betriebsführung der Wasserversorgungs-/Abwasseranlage durch Rohrleitungsbaunternehmen

► Kommune bleibt im Besitz der Anlagen und ist rechtlich für ordnungsgemäße Ver- und Entsorgung verantwortlich; Rohrleitungsbaunternehmen leiten den technischen oder gesamten Betrieb

Modell 4: Betreibermodell: Planung, Finanzierung, Bau / Sanierung, Betrieb der Wasserversorgungs-/Abwasseranlage durch Rohrleitungsbaunternehmen

► Kommune bleibt rechtlich für ordnungsgemäße Ver- und Entsorgung verantwortlich; Rohrleitungsbaunternehmen treten als Betreiber der Anlage für eine festgelegte Zeit auf

Modell 5: Kooperationsmodelle: Kommunen und Rohrleitungsbaunternehmen gründen eine Gesellschaft, an der sie anteilig beteiligt sind. Hier sind 2 unterschiedliche Modelle denkbar:

► Gesellschaft handelt eigenständig

► Betriebsführung bei der Gesellschaft durch Rohrleitungsbaunternehmen

Modell 6: Vollständige Privatisierung der Wasserversorgung / Abwasserentsorgung. □

Wasserwerksnachbarschaften in Bayern:

Damit das Trinkwasser einwandfrei ist

Feier in Würzburg zum 20-jährigen Bestehen

Würzburg/Lohr. Selbst kleine Wasserversorgungen sollen im Freistaat erhalten werden. Diesem Ziel hat sich die Organisation „Wasserwerksnachbarschaften Bayern“ verschrieben. Die vor 20 Jahren gegründete Vereinigung organisiert laut Wassermeister Jürgen Schrott aus Lohr Fortbildungen, damit selbst kleinste Wasserversorger stets das nötige Know-how haben, um hygienisch einwandfreies Trinkwasser an die Bürger verteilen zu können.

Schrott ist zuständig für die Trinkwasserversorgung bei den Stadtwerken Loehr und Leiter der Wassernachbarschaft Main-Spessart. Bei der Feier zum 20. Geburtstag der „Wasserwerksnachbarschaften Bayern“ betonte er in Würzburg, wie wichtig die Organisation mit Blick auf den Schutz des Grundwassers sei. Das Betriebspersonal selbst von kleinsten Wasserversorgern würde durch die Vereinigung immer auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht, was den Schutz des Trinkwassers, die Erhaltung der Anlagen, die Begrenzung des Schadstoffeintrags, die Sanierung belasteter Grundwasservorkommen sowie Änderungen der Trinkwasserverordnung anbelangt.

Dass sauberes Trinkwasser global gesehen keine Selbstverständlichkeit ist, darauf machte Dr. Norbert Menke von den Würzburger Stadtwerken aufmerksam. Eine Milliarde Menschen auf der Welt hätten derzeit keinen Zugang zu sauberem Wasser. In Würzburg ist es heuer genau 150 Jahre her, dass Quellwasser erstmals per Leitung in die Häuser geliefert wurde. Menke erinnerte daran, dass es Balthasar Neumann erst 1733 gelang, die Würzburger Bahnhofquellen zu erschließen. Bis dahin hatte sich die Bürgerschaft Würzburgs aus Ziehbrunnen mit nicht immer sauberen Wasser versorgt. Im Jahr 1856 wurden die ersten Wasserleitungen in die Häuser verlegt.

Laut Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer fand im Dezember 1986 in Dillingen der erste „Nachbarschaftstag“ der Wasserwerke im Freistaat statt. Seitdem wurden in Bayern als dem

Bundesland mit den meisten Wasserversorgungsunternehmen immer mehr Wasserwerksnachbarschaften etabliert. Heute gebe es 72 Nachbarschaften, die von 61 Leitern und einer Leiterin betreut werden.

Wichtigste Aufgabe der Zukunft ist für Beinhofer eine Verstärkung der Kooperation unter den Wasserwerken. Größere Wasserwerke sollten kleinen Versorgern auf vertraglicher Basis helfen, ihre Anlagen kostengünstiger zu betreiben, damit sie langfristig ihre Eigenständigkeit behalten können. Erstrebenswert sei es, an möglichst vielen Orten in Bayern und Unterfranken gut geschütztes Trinkwasser vor Ort zu gewinnen. Die Bürger, ist sich Beinhofer sicher, lehnen eine Zentralisierung der Wasserversorgung ab. Sie wollten „ihr“ Wasser aus örtlichem Vorkommen. Eine Schreckensvorstellung sei für viele eine europaweite, möglicherweise gar teilprivatisierte Fernwasserversorgung.

Inzwischen seien die ersten Kooperationen zwischen Wasserwerken in Bayern auf den Weg gebracht. Einige Betriebe organisierten gemeinsam ihre Alarmbereitschaft oder die Suche nach Leckagen. Andere beschafften zusammen Materialien, um Kosten zu sparen.

In Unterfranken als der trockensten Region in Bayern gibt es nach Beinhofers Angaben derzeit 215 Wasserversorgungsunternehmen. 40 Prozent von ihnen gewinnen im Jahr weniger als 500.000 Kubikmeter Wasser. Bei fast der Hälfte handle es sich um kleine und kleinste Betriebe, die weniger als 100.000 Kubikmeter Wasser im Jahr gewinnen.

Pat Christ



www.mennicke.de

Schnell. Kompetent. Zuverlässig.

Um welches Rohrleitungsprojekt es auch geht – Mennicke bietet die passenden Lösungen.

Unser Leistungsprogramm umfasst unter anderem: Gasrohrleitungen, Wasserrohrleitungen, Trinkwasserbrunnen, Pumpwerke, Behälter- und Aufbereitungsanlagen, Spülbohrverfahren, Pflug- und Frästechnik, Zementmörtelauskleidung, PEHD-Relining, Stahlrohr-Relining, Berstlingverfahren und Schlauchlining.

Telefon 09 11/36 07-278, Fax 09 11/36 07-406



MENNICKE
Rohr- u. Anlagenbau

Rollnerstraße 180
90332 Nürnberg

Markt Regenstau:

„Neue Brückenära“ in Ramspau

Seit jeher wurde den Brücken bei der Eroberung der Welt durch den Menschen besondere Bedeutung zugemessen. „Brücken bauen“ meint viel mehr als nur den technischen Bau - es ist eine Kulturleistung. Für den im Bayerischen Wald gelegenen Regenstauer Ortsteil Ramspau war die alte Brücke über den Regen hundert Jahre lang ein wichtiger Teil der dörflichen Infrastruktur. Mit der Einweihung und Verkehrsfreigabe der neuen Ramspauer Brücke ist nunmehr eine weitere Ära der Flussüberquerung im „Golddorf“ eingeläutet worden.

Die alte Brücke bei „Groß-Ramspau“ wurde 1905 von der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg als Stahlfachwerkkonstruktion errichtet. Regelmäßige Bauwerksprüfungen in den 90er Jahren zeigten starke Rostschäden an den tragenden Teilen. Eine Hauptprüfung im Jahr 2003 ergab schließlich, dass die Resttragfähigkeit nur noch eine maximale Nutzungsdauer von eineinhalb Jahren zulässt.

EBB-Planung

Ohne Sanierung und Erneuerung des morschen Holzbohlenbelags wäre nach Ablauf dieser

Frist eine weitere Nutzung nicht mehr verantwortbar gewesen. Der Markt Regenstau musste deshalb im Frühjahr 2005 die alte Ramspauer Brücke sperren. Zur gleichen Zeit beauftragte die Marktgemeinde die Ingenieurgesellschaft EBB, Regensburg, mit der Planung einer neuen Querung des Regens.

Voruntersuchungen

Umfangreiche Voruntersuchungen ergaben, dass eine Sanierung der Stahlfachwerk-Konstruktion unwirtschaftlich ist, und so stellten Ingenieure der EBB im Mai 2005 dem

Marktrat und den Ramspauer Bürgern mehrere Varianten für einen neuen Überbau der Brücke vor. Die Entscheidung fiel zugunsten einer Stahlverbundkonstruktion aus. Die untenliegende Tragkonstruktion ist - eine Reminiszenz an die alte Brücke - wieder ein Stahlfachwerk. Erfreulicherweise erwiesen sich Pfeiler und Widerlager substantiell als erhaltbar.

Stahlverbundkonstruktion

Im Januar 2006 begann man, die alte Stahlfachwerkbrücke zu demontieren sowie Pfeiler und Widerlager zu sanieren und umzubauen. Während der Wintermonate wurde werkseitig die Stahlkonstruktion gefestigt. Trotz einer hochwasserbedingten Verzögerung konnte im April 2006 die Tragkonstruktion fachmännisch und unproblematisch von Autokränen eingehoben werden. Fahrbahn- und Geländermontage sowie Endfertigung erfolgten termingerecht bis Ende Mai 2006.

Mehr Lebensqualität

Bei der Freigabe der Brücke sprach 1. Bürgermeister Dagobert Knott von einer „neuen Brückenära“. Durch den Marktgemeinderatsbeschluss, die Brücke aus verkehrsrechtlichen und sicherheitsrelevanten Gründen zu sperren, seien so manche Schwierigkeiten im Vorfeld des Baus der Brücke in der Bevölkerung zu überwinden gewesen. Heute, nachdem die neue Brücke erbaut ist, seien nicht nur die Ramspauer Bürger den Verantwortlichen im Marktgemeinderat dankbar, dass sehr

le. Er besteht aber aus Biomasse, die nicht im Wald, sondern in den Klärbecken wächst. Bei der Verbrennung wird die Atmosphäre, ähnlich wie bei Holz, nicht mit zusätzlichem CO₂ belastet. Stattdessen wird regenerative Energie gewonnen.

Erfolgreiche Vermarktung

Die solare Klärschlamm-trocknung, vor einigen Jahren noch als Exot belächelt, wird inzwischen von der ist Anlagenbau GmbH aus Kändern, Südbaden, erfolgreich in 7 Ländern vermarktet. Weltweit sind zum Ende 2006 an 48 Standorten Anlagen mit dem „Wendewolf“ in Betrieb mit einer gesamten Trocknungsfläche von 77.038 m². In Deutschland, Frankreich, Schweiz, Österreich, Ungarn, Polen und Australien sind jeweils die national größten

schnell entschieden wurde und in einer finanziell schwierigen Zeit sowohl der Markt Regenstau als auch der Freistaat Bayern die Kosten in Höhe von 660.000 Euro zur Verfügung gestellt haben. Knott zeigte sich überzeugt, „dass der Neubau zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt und sich die neue Brücke in ihrer Form und Gestaltung hervorragend in die Landschaft und in das Ortsbild einpasst und damit ihrem Auftrag gerecht wird, nicht nur Flussufer, sondern auch Menschen zu verbinden“.

Vorteilhafte Einbindung in die Landschaft

Ulrich Dykiert von der EBB Ingenieurgesellschaft freute sich darüber, „dass wir mit unseren Ingenieurleistungen einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Verkehrsbeziehungen, der Lebensqualität und damit zum Wohl des Marktes Regenstau und insbesondere der Bürgerinnen und Bürger von Ramspau leisten durften“. Dadurch, dass sich die Brücke mit ihrem hellen, grauen Anstrich selbst zurücknehme, passe sie sich sehr vorteilhaft in die Landschaft ein. Dykiert bedankte sich vor allem bei Rathauschef Knott „für das entgegengebrachte Vertrauen“ und nicht zuletzt bei allen Bürgerinnen und Bürgern „für die Geduld und das aufgebrachte Verständnis während der Bauphase“.

Die Region kann sich freuen

Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth gratulierte ebenfalls zu der „harmonisch in diese wunderbare Landschaft passende Brücke“ und lobte: „Einfach großartig, was hier geleistet wurde. Hier kann sich die ganze Region Regensburg freuen.“ DK

solaren Klärschlamm-trockner mit dem System „Wendewolf“ ausgerüstet.

Weitere Informationen sind unter www.ist-anlagenbau.de abrufbar.

Hochwasserschutz in Dinkelscherben

Augsburgs Landrat Dr. Karl Voegelé macht jetzt Druck beim Hochwasserschutz für Dinkelscherben. Voegelé hatte alle Beteiligten zu sich ins Landratsamt eingeladen, um die verhärteten Fronten aufzuweichen. Voegelé appellierte bereits eingangs an die Teilnehmer des Gesprächs, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. „Das nächste Hochwasser kommt bestimmt“, mahnte der Landkreischef. □

Deutscher Umweltpreis 2006:

Hohe Auszeichnung für Hans Georg Huber

Berchinger Unternehmer überzeugt mit innovativer Anlagentechnik - Festveranstaltung in Dresden

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat den Berchinger Unternehmer Hans Georg Huber, Vorstandsmitglied der Hans Huber AG, mit dem Deutschen Umweltpreis 2006 ausgezeichnet. Bei einem Festakt in Dresden überreichte Bundespräsident Horst Köhler dem Oberpfälzer den mit 500.000 Euro höchst dotierten europäischen Umweltpreis für dessen innovative, dezentrale Anlagentechnik. Huber teilt sich diesen Preis mit dem Ökosystemforscher Prof. Dr. Ernst-Detlef Schulze aus Jena.

Von Wasseraufbereitungsanlagen in der Wüste bis zu Großkläranlagen in der Dritten Welt: das Geschäft von Hans G. Huber boomt. In seiner Firma im Altmühltal entwickeln und fertigen knapp 500 Mitarbeiter neuartige Technologien und Anlagen in der Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung. Die Maschinen werden dabei für die Dritte Welt konzipiert und kommen weltweit zum Einsatz. Auf jedem Kontinent hat das Unternehmen Niederlassungen und Vertriebspartner. „Wir bauen auch in China“, betont der Firmenchef. Hier würden nicht nur Maschinen zusammengebaut, sondern auch Steuerungsgeräte produziert - genauso wie in den USA oder Südafrika. Es sei wichtig, vor Ort Präsenz zu zeigen, ist Huber überzeugt.

Konsequente Philosophie

„Weg vom Abwasser, hin zum Wertstoff“ - die Philosophie des Unternehmers ziehe sich wie ein roter Faden durch seine Produktpalette, erklärte DBU-Generalsekretär Dr. Fritz Brickwedde. Eine komfortable High-Tech-Toilette produziere Dünger statt Abwasser, und seine Membranklärtechnik erlaube eine dezentrale Reinigung des Brauchwassers. Das mache sie vor allem für Entwicklungsländer attraktiv.

„Konventionelle Abwasserbehandlungsverfahren wie unsere zentralen Kläranlagen sind auf die Bedürfnisse Europas ausgerichtet und optimiert worden, aber in vielen Entwicklungsländern nicht anwendbar“, bemerkte Brickwedde. Huber habe frühzeitig erkannt, dass Wasserreinigung dort dezentral, also direkt vor Ort, ohne teure Kanalisation aufgebaut werden müsse. Ihn zeichneten besonderer unternehmerischer Mut und der Wille aus, Potenziale zu erkennen und innovativen Technologien zum Durchbruch zu verhelfen.

Wie Hans G. Huber in seiner Dankesrede bemerkte, gebe es in Deutschland genügend Wasser in bester Qualität. Jedoch sollten auch anwendbare Technologien für jene Länder geschaffen wer-

den, die nicht so gesegnet seien wie Deutschland. Diese Idee müsse breiter gestreut werden - etwa in Politik und Nicht-Regierungs-Organisationen. In Schwellenländern müsse die psychologische Hürde überwunden werden, Abwasser so aufzubereiten, dass es wieder zu verwenden sei. Dabei sei es „als Basis für die Zukunft“ wichtig, die Mentalität der Menschen verstehen zu lernen und Vertrauen zu schaffen. Sein Unternehmen biete Qualität und angepasste Lösungen, und er sei optimistisch, dass seinem Unternehmen die Ideen nicht ausgehen.

Visionärer Unternehmer

„Umwelttechnik gewinnt als lukrative Wirtschaftsbranche zunehmend an Bedeutung und bietet gerade auch mittelständischen Unternehmen große Chancen. Der visionäre Unternehmer Hans Huber zeigt auf vorbildliche Weise, dass sich Ökologie und Ökonomie zu beiderseitigem Nutzen verbinden lassen“, würdigte Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber unterdessen den Berchinger Unternehmer.

Auch in seiner Funktion als Sprecher des Clusters Umwelttechnologie zeige Hans Huber großes Engagement für diese innovative Branche. „Die Auszeichnung mit dem Deutschen Umweltpreis bestätigt uns, mit Hans Huber die richtige Persönlichkeit an die Spitze des Clusters gewählt zu haben“, erklärte der Minister. Das Umweltcluster Bayern hat seine Geschäfte Anfang Oktober dieses Jahres offiziell aufgenommen. Der Freistaat unterstützt den Aufbau der Clusterplattform und deren Aktivitäten in den nächsten fünf Jahren mit 1,8 Mio. Euro.

Hans Huber und sein Unternehmen erhielten in den vergangenen Jahren die Umweltmedaille des Bayerischen Umweltministers (2002) und den Bayerischen Qualitätspreis (1999). Seit 2003 ist der Unternehmer Ehrenbürger der Stadt Berching und seit 2004 Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande. DK



Blick ins Halleninnere.

Deutschlands größter solarer Klärschlamm-trockner:

Standort Miltenberg

Keine Abwasserreinigung ohne die Entstehung von Klärschlamm, der kostenträchtig entsorgt werden muss. Klärschlämme sollen in Bayern und Baden-Württemberg nicht mehr kostengünstig auf Feldern ausgebracht, sondern verbrannt werden. Trotz Behandlung mit Pressen und Zentrifugen bestehen Klärschlämme immer noch aus 70 bis 80 Prozent Wasser und Wasser brennt bekanntlich nicht. Nur durch thermische Trocknung lässt sich das Wasser dem Schlamm entziehen, dazu sind große Energiemengen notwendig. Was liegt näher, als den Klärschlamm mit der Sonne ohne Brennstoffkosten zu trocknen?

Deutschlands größter solarer Klärschlamm-trockner steht seit September 2006 in Miltenberg, Bayern, auf der Kläranlage des Abwasserzweckverbandes „Main-Mud“. Sie besteht aus zwei Hallen mit je 12 mal 125 Metern. Der Schlamm, jährlich ca. 4.000 Tonnen, wird von der neu installierten Zentrifuge kommand automatisch am Halleneingang abgeworfen und am Hallenende als Granulat entnommen.

Zum Einsatz kommt ein Schubwender, genannt „Wendewolf“,

der den Schlamm 250 mal wendet und zum Hallenende transportiert. Die ursprüngliche Menge verringert sich dabei um 2.600 t Wasser, die verdunstet sind. Dadurch entfallen nicht nur 100 Sattelschlepperfahrten, sondern die jährlichen Entsorgungskosten werden um ca. 60 % reduziert.

Regenerative Energie

Der getrocknete Schlamm geht in Kohlekraftwerke und hat einen Brennwert ähnlich wie Braunkoh-

EBB Ingenieurgesellschaft



Leistungsfähige und unabhängige Ingenieurkompetenz aus einer Hand



Neue Regenbrücke Ramspau ein Projekt der EBB

EBB Ingenieure
Michael - Burgau - Strasse 22 a
93049 Regensburg
T. 0941 / 2004-0
F. 0941 / 2004-200
www.ebb-ingenieure.de

Abwasserbeseitigung
Bauleitplanung
Brückenplanung
Bauwerksprüfungen
Explosionsschutz
Freianlagen
Hochwasserschutz
Ingenieurbauwerke
Industrie- u. Gewerbehochbau
Kanalsanierung
Kläranlagen
SiGe
Tragwerksplanung
Straßen- und Verkehrsanlagen
Vermessung
Wasserbau
Wasserversorgung

Solare Klärschlamm-trocknung mit dem Wendewolf®

- Verdunstetes Wasser muss nicht entsorgt werden
- Reduzierung der Entsorgungskosten bis über 70%
- Wendewolf® seit 10 Jahren erfolgreich im Einsatz



Anlagenbau GmbH
Solare Trocknungstechnik
Ritterweg 1, D-79400 Kändern

Ihr Partner in Bayern:

Rothmaier GmbH & Co KG

Zweigniederlassung Deutschland:
Ludwigplatz 5, D-94032 Passau
Zentrale Österreich:
Hofmark 2, A-4942 Gurten

✉ anlagenbau@istnet.de
<http://www.ist-anlagenbau.de>

✉ office@wendewolf.at
<http://www.wendewolf.at>



Das Freisicht-Fahrerhaus bietet ausgezeichnete Aussichten. □

Ein Problem für die Stadt:

Fahrzeuge ohne Zulassung im öffentlichen Raum

Würzburg. Ohne Nummernschilder oder mit Schilder ohne Stadtstempel stehen sie am Straßenrand: Um bis zu 80 abgestellte Autos im Jahr müssen sich die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes im Würzburger Stadtgebiet kümmern. Allein die Halter ausfindig zu machen, stellt die Ordnungshüter mitunter vor erhebliche Probleme, erzählt Peter Elbert, Einsatzleiter beim Kommunalen Ordnungsdienst.

Steht ein Fahrzeug „herrenlos“, also ohne ein vollständiges Nummernschild, am Straßenrand oder auf einem öffentlichen Parkplatz, beginnt für die Ordnungshüter die Suche nach der Identifikationsnummer. Da es sich bei den nicht mehr zugelassenen, einfach abgestellten Autos meist um ältere Modelle handelt, bedarf es mitunter der Hilfe der Polizei, um die Nummer in der Motorhaube oder anderswo aufzuspüren.

Bis zu 300 motorisierte Fahrzeuge werden laut Elbert jährlich in Würzburg entdeckt. In den meisten Fällen handele es sich um Zweiräder, so versäumen es viele Zweiradfahrer Ende Februar, ihren Versicherungsschutz zu verlängern und sich für die Zeit ab dem 1. März die neuen, farbigen Nummernschilder zu besorgen. Ein bis zweimal pro Woche wird im Jahresdurchschnitt ein abgestelltes Auto aufgespürt.

Es gibt Menschen, die denken, sie könnten sich auf diese Weise das Geld fürs Verschrotten sparen. So kam es in letzter Zeit mitunter vor, dass US-Soldaten, die kurzfristig verlegt wurden, ihr Auto einfach an ihrem Stationierungsort zurückließen, anstatt es nach Übersee zu verschiffen oder es in Deutschland zu verkaufen. In dem Fall ist es nahezu unmöglich, den Halter des Fahrzeuges ausfindig zu machen.

Das Abstellen aus Bequemlichkeit oder Gedankenlosigkeit kommt laut Elbert nicht sehr oft vor. Weit häufiger passiere es, dass aufgrund akuter oder chronischer Geldnot Steuern und Versicherungen für das Fahrzeug nicht mehr bezahlt werden konnten, weshalb der städtische Vollstrecker kam und das Stadtstempel auf dem Nummernschild abkratze. Der Einsatzleiter: „Wir bekommen auf diese Weise manchmal von schlimmen Schicksalen mit.“ Dass ein einfach abgestelltes, nicht mehr einsatzbereites Auto unverzüglich von öffentlichem Grund zu entfernen ist, machen Zettel in grellem Orange auf der Windschutzscheibe des Gefährts klar. Mindestens vier Wochen, meist sogar länger, hat der Halter nun

Zeit, seinen Wagen zu entfernen. Viele tun dies nicht, sie warten ab, bis ein Schreiben ins Haus flattert, das die kostenpflichtige Abschleppung des Wagens durch die Stadt ankündigt. Meist erst jetzt, mit der Pistole auf der Brust, gehen die Betroffenen auf die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes zu, bedauert Elbert. Ein Kumpel, wird beteuert, kommt garantiert die nächsten Tage vorbei und schleppt das Auto zu sich auf das Privatgelände ab. Oder es steht angeblich ein Geldbetrag ins Haus, der jeden Moment eintreffen wird.

Problem offensiv bewältigen

Diese Gespräche, moniert der Einsatzleiter, hätten viel früher stattfinden müssen, denn hätte der Ordnungsdienst zusammen mit dem Fahrzeughalter nach einer Lösung suchen können. Denn in ihrer Geldnot, so der städtische Bedienstete, kommen manche Menschen nicht einmal auf einfachste Lösungen, ihr Problem anzugehen. Zum Beispiel könne der in Not geratene Autobesitzer, der kein Geld für die Annonce in der Zeitung hat, über Aushänge in Supermärkten einen Käufer für seinen Wagen suchen.

Mehr Vertrauen zu den Mitarbeitern des Ordnungsdienstes, das wäre Elberts großer Wunsch. Wer mit einer Reaktion wartet, bis der Abschleppunternehmer vor der Tür steht, habe eindeutig zu lange gezögert. Die Abschleppkosten von rund 400 Euro werden ihm in Rechnung gestellt - und weil er die wahrscheinlich ebenso wenig wie die Steuern berappen kann, steht neuerlich Besuch vom Vollstrecker ins Haus.

Dass das Problem mit den abgestellten Autos auf öffentlichen Grund abnehmen wird, glaubt Elbert nicht. Im Gegenteil. Dass zwischen 30 und 40 Würzburger im Jahr ihr Fahrzeug nicht mehr unterhalten können, obwohl sie zum Teil darauf angewiesen sind, zeigt für den Einsatzleiter, dass die derzeitige Armutsdebatte auch in Würzburg Relevanz hat. **Pat Christ**

Mercedes-Benz:

Unimog-Winterpaket lässt niemanden kalt

Frostige Temperaturen. Gefährlicher Eisregen. Dichtes Schneegestöber. Wer Räum- und Streueinsätze fährt, braucht starke Nerven. Oder einen starken Partner, auf den man sich hundertprozentig verlassen kann - den Unimog U 300/U 400/U 500 mit Winterpaket.

Überragende Einsatzbereitschaft ab Werk - bei 30° C unter null. Das bietet nur der Mercedes-Benz Unimog. Verantwortlich dafür ist ein ganzes Paket technischer Innovationen, mit denen der Kunde rundum bestens gerüstet ist für den Räum- und Streueinsatz. Besser als mit jedem anderen Winterdienstfahrzeug weltweit.

Maximale Leistungstärke

Das fängt beim Unimog-Fahrerhaus an. Korrosionsfreie Faserverbundwerkstoffe machen es besonders langlebig. Außerdem ideal für maximale Leistungstärke bei klirrend kalten Temperaturen: eine verstärkte Batterie für erhöhte Startersicherheit, der beheizte Lufttrockner für die Bremsanlage, Kraftstoff- und Motorvorwärmung mit Wasserabscheider und eine verstärkte Lichtmaschine.

Pluspunkte bei Minusgraden

Damit man auch im winterlichen Dauereinsatz immer kühlen Kopf und warme Füße bewahrt, ist die Komfortkabine des Unimog bestens ausgestattet. Wärmedämmender Faserverbundwerkstoff, beheizbare Windschutzscheibe, Spiegelheizung, programmierbare Standheizung sowie Sitzheizung sind die Pluspunkte bei Minusgraden.

Darüber hinaus bietet das Freisicht-Fahrerhaus ausgezeichnete

Aussichten - nach vorn, auf die seitlichen Arbeitsräume und durch das Rückwandfenster nach hinten. So kann jede Fahrssituation gemeistert und selbst in engen Straßen präzise geräumt und gestreut werden.

Sicherheit und Schubkraft

Schlingerkurs auf rutschigem Untergrund? Mit dem Unimog Schnee von gestern. Permanenter Allradantrieb, Differenzialsperren in Vorder- und Hinterachse, Scheibenbremsen an jedem Rad sowie Anti-Blockiersystem (ABS) garantieren größtmögliche Sicherheit und maximale Schubkraft. Und falls nötig, lassen sich beim Unimog an allen vier Rädern Schneeketten aufziehen.

Electronic Quick Reverse

Die vorwählbare Wendeschaltung EQR (Electronic Quick Reverse) rundet das Unimog-Winterpaket ab. Der Vorteil: Durch synchronisiertes Vor- und Rückwärtsschalten wird das Räumen schneller und komfortabler. Gerade bei ständigen Richtungswechseln ist dies ein großer Vorteil, beispielsweise auf verkehrsreichen Kreuzungen.

Mit dem Mercedes-Benz Unimog läuft also alles glatt im Winterdienst. Mit der Broschüre „Entscheidend mehr Leistung. Der Unimog im kommunalen Einsatz“ kann man sich bereits im Vorfeld davon überzeugen. □

Feuerwehr-Statistik 2005:

Häufigere Einsätze für bayerische Floriansjünger

„Im vergangenen Jahr mussten die Feuerwehren in Bayern mehr als 186.000 Mal zu Einsätzen ausrücken. Das entspricht einer Steigerung von gut 7% gegenüber dem Jahre 2004. Erhebliche Zunahmen waren bei allen Einsatzarten zu verzeichnen. So wurden die Feuerwehren zu 18.152 Bränden (+ 4,8%), 111.391 Technischen Hilfeleistungen (+ 9,3%) und 39.493 Rettungsdienstleistungen gerufen. In 17.608 Fällen gab es Fehlalarmierungen (+ 17%). Gerade die stark gestiegene Anzahl der Fehleinsätze belastet besonders die Helfer bei den Freiwilligen Feuerwehren zusätzlich, da sie entweder von ihrem Arbeitsplatz, ihrer Freizeit oder auch aus ihrer Nachtruhe zum Dienst gerufen werden“, teilte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München mit.

7.744 Freiwillige Feuerwehren, 7 Berufsfeuerwehren sowie 254 Werk- und Betriebsfeuerwehren im Freistaat erbrachten diese Hilfeleistungen im Dienst der Allgemeinheit. „Insgesamt leisten in Bayern mehr als 332.000 Personen aktiven Feuerwehrdienst. Erfreulich hierbei ist, dass die Anzahl der weiblichen Dienstleistenden kontinuierlich zunimmt. Dies ist auch Ergebnis der unermüdeten Jugendarbeit in mehr als 4.700 Jugendgruppen mit gut 52.000 Mitgliedern“, unterstrich Beckstein. Schon über ein Fünftel der Feuerwehrwärter/-innen sind weiblich.

Menschenrettung

Erfreulich ist die hohe Anzahl der durch die Feuerwehr bei Bränden geretteten Personen (1.786 Personen). Bedauerlicherweise kam für 79 Opfer jegliche Hilfe zu spät und sie konnten nur noch tot geborgen werden. Beide Zahlen zeigen, welche Bedeutung die Menschenrettung bei Bränden einnimmt. Bei den technischen Hilfeleistungen und Verkehrsunfällen ist

eine kleine Abnahme bei der Personenrettung im Vergleich zu den Zahlen des Vorjahres zu vermelden. So konnten die Feuerwehrleute 7.368 Bürgerinnen und Bürger retten; aber bei 1.507 Personen war keine Hilfeleistung mehr möglich und diese konnten nur noch tot geborgen werden.

Selbstloses Engagement

Dieses Engagement der vielen Helfer, die selbstlos und oft unter Einsatz ihrer Gesundheit oder auch ihres Lebens den Dienst für die Gemeinschaft verrichten, hat auch seinen Preis: So wurden im vergangenen Jahr 2.186 Feuerwehrdienstleistende beim Einsatz- und Übungsdienst verletzt. Zwei Feuerwehrleute ließen im Dienst für die Allgemeinheit ihr Leben.

Trotz immer größerer Sparzwänge unterstützte der Freistaat Bayern die Kommunen als Bedarfsträger der Feuerwehren mit staatlichen Zuschüssen für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten sowie den Bau von Feuerwehrgeräthäusern im vergangenen Jahr mit nahezu 40 Millionen Euro. □



Mit technischen Innovationen bestens gerüstet für den Räum- und Streueinsatz. □

1. Landshuter Erdgasstation

Im Zuge der Modernisierung des Fuhrparks der Stadt ist nun das neue Dienstauto für das Hauptamt, ein Opel Combo 1,6 Liter CNG (Compressed Natural Gas), in Betrieb und mit ihm die erste Landshuter Erdgasstation eröffnet worden. Gemeinsam mit dem Bereichsleiter der OMV Deutschland GmbH, Horst Ebert, und dem Leiter der Stadtwerke, Erich Groß, weihte Oberbürgermeister Hans Rampf die neue Zapfsäule der OMV an der Siemensstraße ein.

„Nun können auch wir unseren Bürgerinnen und Bürgern eine umweltschonende und preisgünstige Alternative anbieten“, meinte Rampf.

Verringerte Feinstaubbelastung

Im Unterschied zu Diesel oder Benzin, das mit hohem Energieaufwand aus Erdöl hergestellt wird, kommt Erdgas in der Natur in mehr oder weniger reiner Form vor und kann mit deutlich weniger Aufwand zu Treibstoff aufbereitet werden. Bei der Verbrennung von Erdgas entstehen deutlich weniger Schadstoffe als bei der Verbrennung von Benzin oder Diesel. Das Abgas von Erdgasfahrzeugen ist völlig geruchlos, es entstehen keine Ruß- oder Partikelemissionen, sprich: Die Feinstaubbelastung wird verringert.

Entscheidung für CNG-Fahrzeug

CNG-Fahrzeuge sind somit eine optimale Voraussetzung, um auch bei der Umsetzung der EU-Luftqualitätsziele weiterhin uneingeschränkte Mobilität zu gewährleisten. Darüber hinaus laufen diese Fahrzeuge ruhiger

und leiser als Dieselfahrzeuge.

Derzeit gibt es rund 700 Erdgasstationen in Deutschland, bis 2007 sollen es etwa 1.000 Stationen sein. Im Vergleich zu Superbenzin und Diesel ist Erdgas rund 30 bis 50 Prozent günstiger. So kostet z.B. ein Kilogramm Erdgas, das entspricht circa 1,3 Liter Benzin, 93 Cent. Der Bund möchte den Verkauf des umweltfreundlicheren Erdgases fördern, indem es wegen des staatlich garantierten, niedrigeren Mineralölsteuersatzes noch mindestens bis 2020 preisgünstiger sein wird als Benzin oder Diesel. Einige Versicherungen bieten bis zu 15 Prozent Rabatt an.

Bezuschussung

Ebenfalls positiv sei die Zuschussung der Erdgasstation durch Bayerngas mit 100.000 Euro, betonte Stadtwerkeleiter Groß. Damit übernehme Bayerngas den größten Teil der Investition, denn die Gesamtkosten lagen bei 190.000 Euro. Alle diese Vorteile, vor allem die Verringerung der Umweltbelastung, hätten zur Entscheidung der Stadt beigetragen, ein CNG-Fahrzeug in Betrieb zu nehmen, stellte OB Rampf abschließend fest. **DK**

Linux-Telematiksystem „Mobidat“:

Mehr Transparenz, weniger Kosten

Der effiziente Winterdienst geht weit über das Telefonieren mit dem Fahrer hinaus. In vielen Gesprächen mit Entscheidern in Kommunen und Ämtern ist beim „geistigen Vater“ der MOBIWORX Telematik GmbH aus dem oberbayerischen Raubling, Jürgen Potocnik, diese Erkenntnis gereift. Für mehr Transparenz und eine hohe Kostenersparnis sorgt das internetbasierte Linux-Telematiksystem „Mobidat“ - der ganze Stolz der Raublinger Denk- und Innovationsschmiede.

Es gibt jede Menge Einsatzleiter, die nicht mehr ohne den schlauen Helfer an Bord ausrücken lassen: „Alle Fahrzeuge können lückenlos verfolgt werden. Sobald der Schlüssel umgedreht wird und das Fahrzeug den Hof verlässt, wird das Internet aktiviert“, betont Potocnik.

Kein aufwändiger Installations- oder Verwaltungsaufwand

Zusätzlich profitieren die Kunden von MOBIWORX von den Online-Wetterdaten und vielen Auswertungen, die per Knopfdruck abrufbar sind und für eine erhöhte Wirtschaftlichkeit sorgen. Dies alles geschieht ohne aufwändige Eingabe-, Installations- oder Verwaltungsaufwand. Versicherungen bestätigen ebenfalls den Wert dieser Lösung.

Dies ist nicht verwunderlich, können doch Schadensfälle einfach, minutiös und dokumentenecht nachvollzogen und nachgewiesen werden.

Automatische Abrechnung

Schon lange setzen Landkreise, Straßenbauämter und Autobahnmeistereien auf das patentierte System, das sogar automatisch Abrechnungen für Fuhrunternehmer erstellt. Möglicherweise ist Mobidat auch deshalb der Favorit vieler Einsatzleiter, weil diese den Winterdienst am Wochenende bequem von zu Hause aus steuern können. Internet macht's möglich.

Kontakt: MOBIWORX Telematik GmbH, D-83064 Raubling, Tel. +49 (0) 80 35/96 46 30; www.mobiworx.de □

Erfassung	Übermittlung	Auswertung
<p>Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.</p> <p>Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertesoftware.</p> <p>Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.</p>		
<p>Merkmale von MOBIDAT:</p> <ul style="list-style-type: none"> ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb ✓ Einfachste Anwendung ✓ Kundenspezifische Auswertungen ✓ Weiterverarbeitung der Daten ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung ✓ Patentgeschütztes System 		
<p>Jetzt testen!</p> <p>Telefon 08035/96463-0 · www.mobiworx.de</p>		

BayWa-Konzern im Aufwärtstrend

Erstmals wieder Wachstum in der Baubranche / Jahresziel: 7 Mrd. Euro Umsatz

München. Der Münchner Handels- und Dienstleistungskonzern BayWa hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres eine deutliche Steigerung bei Umsatz und Ergebnis erzielt. Wie der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Deml bei der Pressekonferenz in München berichtete, lag der Umsatz Ende September bei 5,3 Milliarden Euro und damit um 11,3 Prozent über der Vergleichszahl 2005. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich im selben Zeitraum von 39,1 Millionen auf 59,4 Millionen Euro. „Damit wurden die Rückstände aus dem witterungsbedingten Spätstart mittlerweile in einen Vorsprung umgewandelt“.

Begünstigt durch den Aufwärtstrend in der Baubranche konnte die BayWa erstmals seit zehn Jahren wieder im Segment Bau ein Wachstum verzeichnen. Der Baustoffhandel erreichte nach neun Monaten trotz des langen Winters ein Umsatzplus von 20 Prozent. Die Branche wuchs dagegen nur um sechs Prozent.

Regionale Präsenz

Der Umsatzanstieg der Sparte Baustoffe auf 1,1 Milliarden Euro resultiert Deml zufolge auch

aus der Expansion und der starken Marktstellung in der Region. Einschließlich der Sparte Bau- und Gartenmarkt verbesserte sich der Umsatz im Segment Bau um 16,5 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro. Überproportional war auch der Ertrag mit einem Plus von knapp 47 Prozent, auf 8,8 Millionen Euro. Neue Gartenmärkte entstehen gegenwärtig in Pfarrkirchen und Fürth.

Agrarhandel

Der Agrarhandel blieb nach

der ungünstigen Erntesaison hinter den Erwartungen zurück. Der Umsatz dieses Bereichs erreichte Ende September knapp 2,1 Milliarden Euro und damit 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Zunahme resultiert in erster Linie aus gestiegenen Preisen.

Mehr verkaufte Traktoren

Bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln wirkte sich die besonders kalte Winterperiode reduzierend auf die Absatzmenge aus. Wegen geringerer Erntemengen sind auch die Getreideverkäufe geringer.

Die Sparte Technik steigerte den Umsatz um 4,5 Prozent auf 505 Millionen Euro. Das höhere Investitionsniveau in der Landwirtschaft macht sich vor allem bei den steigenden Verkaufszahlen bei Traktoren bemerkbar.

Der nach wie vor hohe Preis für Heizöl steigerte den Umsatz im Brennstoffhandel um gut 18

Prozent auf 1,6 Milliarden Euro. Sorge bereitet der BayWa allerdings der starke Einbruch bei der Nachfrage nach Biodiesel um 50 Prozent seit August. Mit der Einführung der Besteuerung sei Biodiesel für viele Flottenbetreiber nicht mehr rentabel, wird der Rückgang begründet.

Möglicher Stellenabbau

Die BayWa beschäftigt derzeit insgesamt rund 15.700 Mitarbeiter, davon 1.500 Auszubildende. Deml schloss Stellenstreichungen im Agrarbereich nicht aus, ein möglicher Abbau werde jedoch sozialverträglich erfolgen. Für das Gesamtjahr 2006 werden die Umsätze laut Deml bei Fortsetzung des bisherigen Trends deutlich über der Vorjahreszahl liegen. Als Ziel werden sieben Milliarden Euro angepeilt. Dazu leistet das Konzernwachstum einen wesentlichen Beitrag. Günstige Konjunktur- und Branchenentwicklungen sowie Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung stärken diese Prognose zusätzlich.

E. Scholl

Augsburger Stadtreinigungsteams:

Mit Erdgas unterwegs

Alle 25 Transporterfahrzeuge des Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Augsburg (aws) sind jetzt umweltfreundlich unterwegs. Peu à peu hat der aws seine Straßenreinigungsteams mit erdgasbetriebenen Fahrzeugen ausgestattet.

Zusammen mit den vier im Jahre 2005 bestellten IVECO-Transportern und den sieben heuer gekauften Mercedes-Benz-Transportern sind nun alle Straßenreinigungsteams „sauber und umweltfreundlich“ auf Reinigungstour. Augsburg hat damit seine Vorreiterrolle weiter ausgebaut: Rund zehn Prozent aller in Deutschland zugelassenen Erdgasfahrzeuge sind in der Fuggerstadt unterwegs.

In den vergangenen Jahren wurden die Transporterfahrzeuge mit Dieselantrieb, die auf Grund ihres Alters ausrangiert werden mussten, gegen Transporterfahrzeuge mit Erdgasantrieb ausgetauscht. Jetzt ist die Umstellung abgeschlossen. Die aws folgt damit einer Anweisung von OB Dr. Paul Wengert, dass

nur noch erdgasbetriebene Fahrzeuge neu angeschafft werden sollen. Dies steht auch in Einklang mit dem Luftreinhalteplan der Stadt Augsburg. Auch bei der Müllabfuhr werden, wenn Neubeschaffungen anstehen, weitere Erdgasfahrzeuge gekauft. Bislang hat etwa die Hälfte aller Sammelfahrzeuge Erdgasantrieb.

Der etwas höhere Anschaffungspreis von Erdgasfahrzeugen zahlt sich schon nach kurzem aus. Erdgas ist billiger und der Verbrauch geringer. Unschlagbares Argument ist allerdings der gegenüber Diesel oder Benzin deutlich geringere Schadstoffausstoß: Bei der Verbrennung von Erdgas entstehen 90 Prozent weniger Feinstaub als bei der Verbrennung anderer Energieträger wie Dieselmotoren. **DK**

Der Unimog U 300/U 400/U 500.



Der Winter tobt. Der Unimog spurt.

► Höchste Leistung und Sicherheit auf tief verschneiten Straßen, Wegen und Pässen? Kein schönes Wintermärchen, sondern Unimog U 300/ U 400/ U 500. Ihr professioneller Partner für den wirkungsvollen Winterdienst.

► Ob Schnee oder Eis: Mit dem Unimog läuft alles glatt beim Räum- und Streueinsatz. Dank permanentem Allradantrieb und ABS für exzellente Spurtreue, kompakter Abmessungen für große Wendigkeit auf kleinstem Raum und klimatisierter

Komfortkabine mit rundum bester Sicht. Dazu Ihr Unimog-Plus: Schneepflüge mit 3 m Räumbreite und Streuautomaten für 4,4 m³ Feuchtsalz – für extra lange Räumschleifen.

► Das einzigartige Unimog-Geräteträgersystem garantiert Ihnen darüber hinaus einen besonders schnellen Wechsel Ihrer Geräte. Der Vorteil: mehrere Arbeitsgänge in einer Überfahrt – und mehr Wirtschaftlichkeit im effizienten Ganzjahreseinsatz.

► Mehr erfahren Sie direkt bei Ihrem Unimog-Partner. Oder unter www.mercedes-benz.com/unimog Mehr bewegen. Unimog.



Mercedes-Benz

ÖPNV-Beschleunigung als Instrument der kommunalen Verkehrssteuerung:

Zwischen Wirtschaftlichkeit und Kundenbindung“

Von Dipl.-Ing. Gunnar Heipp, Leiter des Bereichs Strategische Planungsprojekte der Stadtwerke München GmbH /MVG

„Investieren statt Subventionieren“ - so könnte das Motto des gerade begonnenen und auf rund zehn Jahre angelegten Beschleunigungsprogramms des Münchner Busnetzes lauten. Denn dieses Motto trifft die Effekte des Maßnahmenbündels im Kern und hat damit positive Auswirkungen für ÖPNV-Kunden, Kommune, Bürger und ÖPNV-Betreiber. „Beschleunigung“ des ÖPNV heißt dabei, dass durch gezielte technische und organisatorische Maßnahmen die Fahrzeuge - Tram oder Bus - schneller ans Ziel kommen und ihren Fahrplan im dichten innerstädtischen Gesamtverkehr einhalten können.

Ausgangspunkt der Überlegungen waren die positiven Erfahrungen mit der Beschleunigung der Straßenbahn in München als Teil eines integrierten Modernisierungsprogramms. Nachdem 1991 durch Stadtratsbeschluss die „Integrierte Nahverkehrsplanung“ die verkehrlichen Aufgaben von U-Bahn, Tram und Bus im Stadtgebiet definiert und damit den Verbleib und teilweisen Ausbau des Straßenbahnnetzes bestimmt hatte, folgte nach Bestellung moderner niederfluriger und damit kundenfreundlicher Fahrzeuge die konsequente Modernisierung der Infrastruktur. In zehn Jahren wurde in zehn Projekten nahezu das gesamte Streckennetz so weit ertüchtigt, dass im Ergebnis die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit auf rund 20 km/h angehoben war, immerhin 22% mehr als zuvor. Die Pünktlichkeit stieg von 58% auf rund 80% und die eingesparten Betriebskosten sanken um rund 4,2 Mio. Euro pro Jahr durch 14 eingesparte Fahrzeuge (minus 15%).

Verbesserte Steuerung

Die Kommune, in unserem Fall die Landeshauptstadt München, hat im Ergebnis rund 240 Lichtsignalanlagen in einen zeitgemäßen, verkehrsabhängigen Zustand gebracht und im Ergebnis eine wesentlich verbesserte Steuerungsmöglichkeit für alle Verkehrsteilnehmer erreicht.

Auch die Wartung und Pflege der Anlagen lässt sich heute dank der weiten Verbreitung moderner Verkehrstechnik günstiger und weitgehend zentral ausführen. Zusätzlich hat die Kommune den verkehrlichen Effekt der Steigerung der Fahrgastzahlen zwischen 7% und 26% je nach Linie auf ihrer Habenseite, der zur Entlastung stark belasteter Straßenabschnitte im Autoverkehr beigetragen hat und sicherlich einer der Gründe dafür ist, dass das Straßenverkehrsaufkommen innerhalb des Mittleren Rings in den letzten zehn Jahren spürbar abgenommen hat. Genau dies war auch Ziel der städtischen Verkehrsentwicklungsplanung.

Entlastung der Innenstädte von verlagerbarem Verkehr

Eine derartig starke Entlastung im innerstädtischen Straßenverkehr ist wohl ansonsten nur durch den Bau der U-Bahn in München gelungen. Allerdings waren hierfür weitaus größere Investitionen und Zeitbudgets erforderlich; ein weiterer U-Bahnausbau in der Innenstadt ist daher in absehbarer Zeit bis auf punktuelle Verbesserungen nicht vorgesehen. Insofern kommt künftig als wesentliches Potential der wirtschaftlichen und kundenrelevanten ÖPNV-Maßnahmen - nach der Umstellung der stärksten ÖPNV-Achsen von

Tram auf U-Bahn (1965-1995) sowie der Modernisierung (1992-2005) und Netzergänzung (1996-2015) der Straßenbahn - der Beschleunigung und Stärkung des Busnetzes eine gewichtige Rolle zu.

Beschleunigung des Busnetzes in Stufen

In den Jahren 2006 bis 2015 sollen die acht bis zehn stärksten Buslinien der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) systematisch modernisiert werden. Zuvor wurde bereits Ende 2004 gleichsam vorbereitet - das gesamte Busnetz überplant - und zwar auf Basis des relativ fix gegebenen S-Bahn-, U-Bahn- und Straßenbahnnetzes. So wurden häufig nachgefragte Reiseziele auf kürzestem Wege neu verbunden, tangentielle Verbindungen eingerichtet und bei insgesamt mehr Abfahrten am Tag rund fünf Mio. Euro Betriebskosten jährlich eingespart.

Das Busbeschleunigungs-Programm von MVG und Landeshauptstadt München will schließlich das nun durchstrukturierte Netz noch effizienter

Kommunale Verkehrsplanung:

Lösungsansätze und Praxisbeispiele

Fachtagung von Umweltbundesamt, Deutschem Institut für Urbanistik und Deutschem Städtetag

Die erheblichen Auswirkungen des motorisierten Straßenverkehrs auf die Gesundheit der Bevölkerung und Umwelt erfordern neben technischer Innovation neue Konzepte und Instrumente in der kommunalen Verkehrsplanung. Auf der gemeinsamen Fachtagung von Umweltbundesamt, Deutschem Institut für Urbanistik und Deutschem Städtetag in Dessau wurden Lösungsansätze und Praxisbeispiele präsentiert und mit den kommunalen Entscheidungsträgern diskutiert.

Bei den Kommunen als hauptsächlich Betroffene besteht akuter Handlungsdruck. Einerseits schränken knappe Kassen, Veränderungen im Zuge der demografischen Entwicklung und neue Rechtsvorschriften die kommunalen Handlungsmöglichkeiten ein. Andererseits erfordert die geänderte Gesetzeslage bezüglich der Grenzwerte für Feinstaubmissionen und die Aufstellung von Lärmkartierungen konkrete Maßnahmen.

„Die Kommunen haben Geld“

Christian Popp von der Lärmkontor GmbH, Hamburg, stellte eingangs fest, dass auch die Kommunalen Spitzenverbände, wenn es um die Erfüllung der Anforderungen der Umgebungslärmrichtlinie gehe, unisono betonten, kein Geld zu haben. Diese Aussage sei jedoch in zweifacher Hinsicht falsch, denn: „Die Kommunen haben Geld, nur meinen sie es nicht für die Aufgaben der Umgebungslärmrichtlinie ausgeben zu können. Sie haben schlicht für sich andere Prioritäten gesetzt.“ Und: „Leise Städte sind für Mieterinnen und Mieter, aber auch für Menschen, die Wohneigentum haben oder erwerben möchten, attraktiver. Lärmminde- rung ist deshalb eine lohnende Investition in die kommunale Zukunft, die häufig mehr Nutzen bringt als Kosten erzeugt.“

Diese Position, so Popp, werde durch die Ergebnisse einer 1%-Wohnungsstichprobe des statistischen Bundesamtes unter-

machen, indem die immer noch viel zu hohen unproduktiven Verlustzeiten an Kreuzungen und auf freier Strecke deutlich reduziert werden. Der Stadtrat hat dazu Verwaltung und MVG mit der Untersuchung des gesamten Busnetzes beauftragt, um die wirkungsvollsten und am schnellsten umsetzbaren Projekte zu identifizieren.

Dies wird einen deutlichen Nutzen für viele Bürgerinnen und Bürger bringen, denn: die MVG befördert jährlich alleine im Busbereich 162 Mio. Fahrgäste, das sind immerhin 35% aller Fahrgäste im Stadtgebiet oder mehr als alle Fahrgäste im gesamten städtischen ÖPNV der Stadt Hannover. Dabei liegen heute die Verlustzeiten an Kreuzungen noch meist bei rund 15% der Fahrzeit einer Linie, dazu kommen weitere rund 10% auf der Strecke durch Feststecken im Stau des allgemeinen Straßenverkehrs. Bislang besteht das MVG-Busnetz nur zu 5% (21 Kilometern) aus eigenen Fahrstreifen.

Ziele messbar machen

Durch Maßnahmen an Lichtsignalanlagen, durch Vermeidung von Störungen durch Falschparker und Lieferverkehr sowie durch optimale Anordnung von Haltestellen sollen rund 10% Reisezeit je Linie eingespart werden und dabei mindestens ein Fahrzeug je Linie weniger notwendig sein. Das sind die Vorgaben, die notwendig sind, um einerseits grundsätzlich eine Förderung nach

dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und andererseits im Ergebnis spürbare und ausreichende Einsparungen im laufenden Betrieb erreichen zu können. Auch Anschluss-Sicherung, Sicherstellung des Fahrplans zu den Hauptverkehrszeiten und geringerer Energieverbrauch im Busverkehr sind Ziele, die durch eine Vorher-Nachher-Untersuchung gemessen werden.

Bezahlbarer Verkehr

Die Landeshauptstadt München und die Stadtwerke München GmbH/MVG werden in den kommenden Jahren gezielt in Maßnahmen investieren, die gleichzeitig die städtische Infrastruktur des Straßenbaulastträgers schneller als sonst möglich modernisieren, für das Verkehrsmanagement der Straßenverkehrsbehörde mehr Möglichkeiten eröffnen und den Verkehr der MVG auch künftig sowohl nachhaltig bezahlbar als auch attraktiver machen. Schließlich lassen sich nur so auch künftig die notwendigen Angebots- und Linienausweitungen im Stadtgebiet finanzieren, damit die Stadt auch neue Entwicklungsgebiete mit einem guten ÖPNV erschließen kann. Denn die Einnahmen der MVG zur Finanzierung des Busverkehrs stammen schon heute ganz weitgehend aus den Fahrgeldeinnahmen der Fahrgäste, sind also begrenzt, knapp und sakrosankt.

Im Ergebnis ist damit die Busbeschleunigung eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für die Kunden des ÖPNV; aber auch Autofahrer, Lieferverkehr und damit die Wirtschaft der Stadt profitieren, wenn durch die höhere Attraktivität des ÖPNV mehr Menschen öffentliche Verkehrsmittel nutzen und dadurch der verbleibende Straßenverkehr

Gefragt seien Kreativität und Kooperation. Bremen sehe das Fahrrad als effizientes, ultimatives „Low-Emission-vehicle“. Rund 23 Prozent aller Wege würden von der Bevölkerung mit dem Rad zurückgelegt. Bei den nicht motorisierten Verkehrsmitteln seien Verkehr, Umweltschutz und Gesundheitsvorsorge eine Verbindung eingegangen. So sei die AOK als Krankenkasse (wie andernorts auch) in das Projekt „mit dem Rad zur Arbeit“ eingebunden, ein weiteres Projekt mit dem VCD nenne sich „zur Fuß zur Schule“.

Straßenbahn als Rückgrat

Die Straßenbahn bildet laut Glotz-Richter das Rückgrat des ÖPNV in Bremen. Hierfür werde das Straßenbahnnetz weiter ausgebaut. Bei den Ausbaumaßnahmen zeigten sich Fahrgastzuwächse von 40 Prozent und mehr gegenüber den vorherigen Busanbindungen. Außerdem erfolgten nunmehr auch Straßenbahnverlängerungen in die Region, wobei zum Teil auch darüber hinaus vorhandene Gütereisenbahntrassen genutzt werden, fuhr Glotz-Richter fort.

Pilotstandort Bremen

DHL / Deutsche Post machte Bremen überdies zu einem der Pilotstandorte für Erdgas-Auslieferungsfahrzeuge mit EEV-Standard (europäischer Abgasstandard für Busse und Lkw). Durch die Einrichtung eines „Umwelt-Ladepunktes“ am Rande der Fußgängerzone, der ausschließlich Euro V / EEV-Fahrzeuge offen steht, sollen weitere Nutzervorteile für saubere Lieferfahrzeuge eingeräumt werden. Die Umsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit der Handlungskammer.

Neben den technischen Maß-

Wenn zukünftig noch mehr nutzerfinanzierter ÖPNV und weniger öffentliche Finanzierungsanteile an laufenden Aufwendungen möglich sein soll, so sind dazu zuvor anlassbezogen gemeinsame Investitionen von Kommunen und Verkehrsunternehmen notwendig, um effizienten und damit nachhaltig finanzierbaren ÖPNV anbieten zu können. Seitens der Kommune für den Busverkehr in die Straßeninfrastruktur, seitens der Verkehrsunternehmen in kundenorientierte Verkehrstelematikprojekte, die den begrenzten Straßenraum verkehrsmittelübergreifend effektiver nutzen und systembedingte Nachteile des ÖPNV (Halt an Haltestellen) gegenüber dem Individualverkehr ausgleichen. Fördermittel von Bund und Freistaat sind hierbei auch künftig angemessen eingesetzt. Und noch eines: Ganz wesentlich tragen diese Investitionen in Straßenausstattung und ÖPNV dann in mehrfacher Hinsicht dazu bei, auch andere kommunale Ziele zu erreichen.

Zeitnahe Umsetzung

Die Landeshauptstadt München kann mit dem Busbeschleunigungs-Programm einige Ziele aus ihrem Verkehrsentwicklungsplan, dem Nahverkehrsplan, Luftreinhalteplan und Mobilitätsmanagementplan nachhaltig umsetzen. Eine wichtige ÖPNV-Maßnahme trägt also dazu bei, auch allgemeine Ziele der Kommune zeitnah umzusetzen. Das erste Teilprojekt, die MetroBus-Linie 52, geht bereits am 10. Dezember 2006 in Betrieb. Auch das ist eine wichtige Erkenntnis: Investitionen in die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Attraktivität des ÖPNV zahlen sich relativ kurzfristig aus und bringen sichtbare Erfolge.

Weitere Einzelheiten unter www.ks-pm.de/docs/0406behoerdenspiegel.pdf □

nahmen kommt dem Thema „Mobilitätskultur“ eine besondere Rolle zu. Die Förderung eines weniger autoabhängigen Lebensstils leistet hierbei einen wichtigen Beitrag. Stadtentwicklung und Raumplanung sind Bausteine. Car-Sharing bietet in Ergänzung zu Rad und ÖPNV das „Auto auf Abruf“. 3.800 Bremer Car-Sharing-Nutzer haben rund 700 bis 900 Fahrzeuge ersetzt. Um den gleichen Entlastungseffekt mit Parkgaragen zu erzielen, wären Investitionen von mindestens 7 bis 15 Millionen Euro erforderlich, hob Glotz-Richter hervor.

„mobil.punkte“

Rund ein Drittel der Car-Sharer nutzt das seit 1998 bestehende Kombinationsangebot mit dem ÖPNV („Bremer Karte plus AutoCard“). Für die hoch belasteten und dicht bebauten Innenstadtkviertiere sind Car-Sharing-Stationen im öffentlichen Straßenraum nötig, die allerdings bislang in der StVO (noch) nicht vorgesehen sind. In einem Pilotprojekt wurden 2003 zwei „mobil.punkte“ als Verbindung von ÖPNV, Taxi, Rad und Car-Sharing im öffentlichen Straßenraum eingerichtet. Die Evaluierung zeigte hervorragende Ergebnisse: die dort angebotenen zehn Car-Sharing-Fahrzeuge haben 95 private Autos ersetzt, die Stationen besitzen aufgrund ihrer Wohnortnähe, Lage und Gestaltung hohe Attraktivität. Die „mobil.punkte“ sind ein Baustein der Bremer Luftreinhalteplanung - im Mai 2006 auch mit dem ADAC Preis „Luftqualität verbessern - Mobilität erhalten“ als Bundessieger ausgezeichnet - und dienen als Beispiel in dem Beschluss des Bundestages vom Juni 2005 zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Bestimmungen. **DK**



Von links: Horst Schneider, Präsident der Landesverkehrswacht Bayern; Staatssekretär Georg Schmid; Vertreter des Bayerischen Elternverbands; Walter Lechner, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern. □

Bayerischer Verkehrssicherheitspreis 2006:

Erster Preis für Bayerischen Elternverband e.V.

In Nürnberg wurde der Bayerische Verkehrssicherheitspreis 2006 von der Landesverkehrswacht Bayern und der Versicherungskammer Bayern vergeben. Im Rahmen einer Feierstunde in den Räumlichkeiten des TÜV-Süd überreichte Staatssekretär Georg Schmid den ersten Preis an den Bayerischen Elternverband e.V. (BEV).

Der BEV hatte durch kontinuierliche Verkehrsarbeit auf sich aufmerksam gemacht, denn seit 10 Jahren engagiert sich der Verein in vielseitigen Projekten für die Verkehrssicherheit.

Walter Lechner, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern zeichnete die zweiten und dritten Preisträger aus. Die Staatliche Berufsschule Schwandorf hatte sich mit Aktionen für die Schüler der 11.

und 12. Klassen den zweiten Platz gesichert. Den dritten Platz erhielt die Kreisverkehrswacht Coburg für ihr Projekt „alkfrei-billiger-sicherer“.

Anerkennungspreise für besondere Leistungen erhielten zudem Marlene Schlund für die Schaffung von Standfiguren von Verkehrsunfallopfern, sowie die Verkehrspolizei Augsburg für ihr langjähriges Engagement. □

Regionalflyghafen Hof-Plauen:

Die Zukunft bleibt ungewiss

Vorläufig vom Tisch ist die drohende Insolvenz des Regionalflughafens Hof-Plauen. Nach einem Treffen zwischen dem Hofer OB Harald Fichtner, Hofs Landrat Bernd Hering und seinem Wunsiedler Kollegen Peter Seißer mit Innenminister Günther Beckstein wurden kurzfristig Bürgschaften für den weiteren Betrieb genehmigt. Diese Schonfrist gilt bis zur Entscheidung des Luftamtes Nordbayern über den umstrittenen Ausbau des Flughafens. Mit dem Planfeststellungsbescheid ist allerdings nicht vor Frühjahr 2007 zu rechnen.

Der Airport Hof-Plauen bewegt sich permanent in roten Zahlen. Die Flughafen GmbH, die den Airport für den Einzugsbereich des oberfränkischen Hof und des sächsischen Plauen verwaltet, verbucht regelmäßig ein Minus von mehr als einer Million Euro im Jahr. Mit einem Ausbau des Flughafens erhofft man sich eine positive Entwicklung. Der Knackpunkt: Dieser wird erheblich teurer als bislang angegeben.

Verlängerung der Startbahn

In einem Anhörungsverfahren musste die Flughafen-Gesellschaft, der die Stadt und der Landkreis Hof sowie die Kreise Wunsiedel, Plauen, Vogtland sowie 31 Wirtschaftsbetriebe der Region angehören, einräumen, dass die veranschlagten 54 Millionen Euro nur für einen ersten Bauabschnitt ausreichen. Insgesamt sei mit Kosten von mindestens 75 Millionen Euro zu rechnen. Bereits im Juli hatte das als Genehmigungsbehörde bei der Regierung von Mittelfranken angesiedelte Luftamt Einwände gegen einen Airport-Ausbau erhoben, da sie die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Flughafen GmbH anzweifelte.

Im Wesentlichen geht es um die Verlängerung der Startbahn. Derzeit können nur kleine Maschinen die Landebahn nutzen, die allerdings - wie in Hof der Typ BAE-146 - keine konkurrenzfähigen Ticketpreise zulassen. In diese Flugzeuge passen maximal 50 Passagiere. Für weiter entfernte Ziele würden sich nur Flugzeuge der Baureihen Airbus A320 oder Boeing 737 rechnen. Dazu müsste die Startbahn aber verlängert werden.

Nachfrage vorhanden

Laut Flughafen-Geschäftsführer Klaus Hartmann „wäre die Nachfrage für eine breitere Palette von Flugzielen schon da, wir können sie momentan nur nicht befriedigen“. Im Einzugsbereich des Airports Hof-Plauen gäbe es seiner Ansicht nach viele Kunden, die in die klassischen südeuropäischen Ferienorte fliegen würden. Hartmann beruft sich dabei auf eine Studie, die Hof 140.000 Passagiere für 2008 und gar 260.000 für 2020 prophezeit haben will.

Der Freistaat Bayern hat zwar eine Förderung des Flughafen-Ausbaus mit einem 31,8 Millionen-Euro-Zuschuss zugesagt, darüber hinaus gehende Verpflichtungen aber abgelehnt. Dazu gehört auch eine Betei-

lung als Gesellschafter an der Flughafen GmbH, wie dies zuletzt der Hofer Landrat Hering gefordert hatte.

Die Verzögerung der Planfeststellung hat in Hof für heftige Reaktionen gesorgt. Die Unternehmensinitiative Hochfranken vermutete, die zu strikter Neutralität verpflichtete Nürnberger Behörde habe „einseitig Partei“ ergriffen - schließlich gehe ein Ausbau in Hof zu Lasten des prosperierenden Nürnberger Flughafens.

Vorwurf der Parteilichkeit

Auch Oberbürgermeister Fichtner äußerte die Vermutung, das Luftamt habe sich vor den Karren der Flughafengegner spannen lassen. Zudem hielt er dem Innenministerium Parteilichkeit vor. Die Regierung von Oberfranken, die die Finanzaufsicht über die Kommunen ausübt, sowie die Regierung von Mittelfranken hätten sich zu Ungunsten Hofs abgesprochen. Fichtner erklärte die beteiligten Staatsbehörden zu „Totengräbern“. Die Hofer CSU erklärte den Ausbau zu einer „existenziellen Frage“. Es sei nicht hinzunehmen, dass die Planung von der Staatsregierung zwar gewünscht, „von Beamten aber niedergemacht“ werde.

„Dolchstoßlegenden“

Kritik an der Bezirksregierung übte der Hofer CSU-Landtagsabgeordnete Alexander König. Wären Bürgschaften nicht genehmigungsfähig, „hätten sie von Anfang an nicht genehmigt werden dürfen“. Die finanzielle Lage der drei bayerischen Kommunen habe sich „aktuell nicht wesentlich verändert“. Dem widerspricht die Bezirksregierung. Die Haushaltslage der Stadt Hof habe sich „radikal verschlechtert“.

Als „völlig absurd“ bezeichnete inzwischen das bayerische Innenministerium die „in die Welt gesetzten „Dolchstoßlegenden“ des Hofer OB. Die Regierung von Oberfranken habe die Pflicht, die Bürgschaftswürdigkeit der Kommunen sorgfältig zu prüfen. Dies sei geschehen - und damit „ein normales und ordnungsgemäßes Verfahren“ eingehalten worden.

Auch der Vizepräsident der Regierung von Oberfranken, Wilhelm Wenning, wies Fichtners Vorwürfe als falsch zurück. Seine Thesen seien „eilig hingeworfen“ und hielten einer Nachprüfung nicht stand. Wenning erklärte, bei der Stellungnahme der oberfränkischen Regierung habe es sich nicht um eine

konzertierte Aktion gehandelt. „Wir hatten eine Anfrage der Luftamtes Nordbayern, auf die wir geantwortet haben.“

Keine Weisung des Innenministers

Eine Weisung von Innenminister Beckstein habe nicht vorgelegen, die Stellungnahme sei auch nicht mit ihm abgestimmt gewesen. Die Frage, ob die oberfränkischen Kommunen für 22 Millionen Euro Bürgschaften übernehmen kö-

nen, habe man ohne Absprache beurteilen können.

Skepsis bei Herrmann

CSU-Landtagsfraktionschef Joachim Herrmann hat unterdessen einen Einstieg des Freistaats Bayern beim finanziell schwer angeschlagenen Flughafen Hof abgelehnt. Die beteiligten oberfränkischen Kommunen müssten sich überlegen, ob sie den Betrieb des Flughafens auf Dauer finanziell bewältigen können, sagte Herrmann in München. „Wenn sie das wollen, müssen sie das auch finanziell selber stemmen können. Dass sich der Freistaat daran beteiligt, dem stehe ich schon etwas skeptisch gegenüber.“ **DK**



Amtsinterne Blutspende-Aktion ein voller Erfolg

Rund 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts und der Kreissparkasse Traunstein-Trostberg folgten einem gezielten Blutspende-Aufruf der Bayerischen Roten Kreuzes (BRK). 26 von ihnen ließen sich zum ersten Mal „anzapfen“, um damit das Leben anderer Menschen zu retten. Anfang Oktober war das Blutspendeaufkommen in ganz Bayern vermutlich wegen des verlängerten Wochenendes drastisch gesunken. Damit wuchs die Gefahr, den täglichen Bedarf von rund 2.300 Blutkonserven für die Patienten in vielen Kliniken des Freistaats nicht mehr decken zu können. Landrat Hermann Steinmaß war der Bitte des BRK um Hilfe prompt entgegen gekommen und hatte über das amtsinterne Intranet einen Aufruf an alle Mitarbeiter veröffentlicht. Der BRK-Blutspendedienst wertete das Ergebnis der Aktion als großen Erfolg. **□**



Spende statt Weihnachtsgeschenke

LEWTeNet überreichte Scheck an Jugendbüro Illertissen

Die LEWTeNet GmbH verzichtet in diesem Jahr auf Weihnachtsgeschenke für Partner und Kunden. Stattdessen spendet der Datenspezialist aus Neusäß, der zur Lechwerke-Gruppe gehört, 1.500 Euro an das Jugendbüro Illertissen. Erna-Maria Trixl, Geschäftsführerin der LEWTeNet GmbH, übergab den Scheck an Marita Kaiser, Erste Bürgermeisterin von Illertissen. Die Stadt Illertissen ist Träger des Jugendbüros. Mit ihrer Spende möchte die LEWTeNet GmbH die Arbeit des Jugendbüros fördern. Erna-Maria Trixl: „Als regionales Unternehmen wollen wir in der Region Flagge zeigen und uns als Sponsor bei sozialen Projekten engagieren. Wir hoffen, dass unsere Spende das Jugendbüro in seiner erfolgreichen Arbeit unterstützt und anspricht.“ Das Jugendbüro ist zentrale Anlaufstelle für ca. 800 Kinder und Jugendliche aus der Stadt Illertissen. Die Einrichtung bietet ein breites Spektrum an Veranstaltungen, Aktionen und Initiativen an, die auf die Lebenswelt der Jungen und Mädchen zugeschnitten sind und von den Jugendlichen selbst mitgestaltet werden. Zum Angebot des Jugendbüros zählen unter anderem ein offener Treff, Jugendkulturveranstaltungen, mobile Jugendarbeit, Ferienprogramme, ein Bewerbungsladen und ein Schüler-Café. **□**

Geplanter Arbeitsplatzabbau bei KVB-Bezirksstellen:

Rathauschefs vereinbaren konzertierte Aktion

Die Oberbürgermeister der Städte Augsburg, Bayreuth, Straubing und Würzburg haben auf Initiative von OB Dr. Paul Wengert eine konzertierte Aktion zur Erhaltung der Bezirksstellen der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) verabredet. Eine vom Vorstand der KVB geplante umfassende Reorganisation sieht eine erhebliche Personalreduzierung an den Bezirksstellen in Schwaben, Oberfranken, Niederbayern und Unterfranken und eine wesentliche Aufgabenverlagerung auf die Standorte München, Nürnberg und Regensburg vor. In Augsburg sind nach Angaben des KVB-Personalrates 135 der 200 Arbeitsplätze betroffen.

Für Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert und seine Kollegen Dr. Michael Hohl (Bayreuth), Reinhold Perlak (Straubing) und Dr. Pia Beckmann (Würzburg) ist die Vorgehensweise des KVB-Vorstandes nicht nachvollziehbar. Sie sprachen sich gegen den geplanten massiven Arbeitsplatzabbau bei den Bezirksstellen aus. Bestehende Mehrfachstrukturen bedingungslos als ineffizient zu bezeichnen, sei ein großer Irrtum.

In hohem Maße bezweifeln die Städtechefs, dass die Maßnahmen des KVB-Vorstandes zielführend im Sinne der geplanten Kostensenkungen sind. Eine Konzentration der Aufgabenerledigung führe nicht unbedingt zu einer Kostenreduzierung. Im Gegenteil: Wenn man den Angaben der KVB folge, sollen die Beschäftigten auf wenige Standorte wie Regensburg, Nürnberg oder München konzentriert werden, wodurch sich aufgrund zusätzlicher Belastungen der Mitarbeiter und steigender Fahrtkosten höhere Kosten im Personalbereich nicht vermeiden lassen würden.

Die Oberbürgermeister sorgen sich um die Beschäftigten vor Ort und appellieren an die soziale Verantwortung der Kassenärztlichen Vereinigung. Die langjährige gute Arbeit der Beschäftigten an den Bezirksstellen dürfe nicht so einfach wegrationalisiert werden. Die Vorstandschefs der KVB habe wohl nicht erkannt, dass ihnen ein entsprechendes Engagement ihrer Belegschaft zum entscheidenden Vorsprung im Wettbewerb verhelfen kann. Dieses Engagement solle man als ausgezeichneten Standortvorteil anerkennen. OB Wengert: „Wir haben mit Mitgliedern der Vertreterversammlung gesprochen. Ausdrücklich

wurde uns versichert, dass zum Beispiel die Bezirksstelle Augsburg äußerst effizient und kostengünstig arbeite. Dies haben verschiedene Benchmark-Prozesse bewiesen.“

Für zusätzliches Erstaunen bei den Oberbürgermeistern sorgte auch, dass der KVB-Vorstand im Alleingang die Reorganisation durchführen wolle und nicht - wie satzungsgemäß vorgeschrieben - die Mitglieder der Vertreterversammlung beteilige. „Die Auflösung respektive die Verlagerung von Funktionen ist den Mitgliedern der Vertreterversammlung nicht einmal zur Diskussion gestellt worden. Dies ist ein aus demokratischer Sicht sehr bedenklicher Vorgang“, so OB Wengert.

Soziale Verantwortung

Nachdrücklich wendet sich Augsburgs OB an die Vorstandschefs der KVB: „Wenngleich ich notwendige Restrukturierungsmaßnahmen in Geschäftsprozessen stets respektiere, so appelliere ich in gleichem Maße an die soziale Verantwortung bei Entscheidungen. Finden Sie zu einem sozialverträglichen Vorgehen zurück und erarbeiten Sie Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen - sowohl den Ärzten, den Mitgliedern der Vertreterversammlung und den Mitarbeitern.“

Die Stadtoberräte von Augsburg, Bayreuth, Straubing und Würzburg wollen sich nun gemeinsam an Ministerpräsident Edmund Stoiber und die zuständige Ressortministerin Christa Stewens im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wenden und gegen die geplante Reorganisation der KVB protestieren. **DK**

Neu-Ulmer Seniorentage:

Unverzichtbare Solidarität der Generationen

„Für unsere Gesellschaft ist die Solidarität der Generationen ein unverzichtbarer Eckpfeiler. Diesen Eckpfeiler zu erhalten und zu stärken, ist Aufgabe nicht nur der Politik, sondern aller gesellschaftlichen Kräfte. Damit dies gelingt, darf keine Generation der anderen mehr zumuten, als sie selbst zu tragen bereit ist. Solidarität hört immer dort auf, wo Grenzen der Zumutbarkeit und Gerechtigkeit überschritten werden. Weil die Zahl der älteren Menschen gegenüber den Jugendlichen immer stärker zunimmt, ist das Gespräch zwischen den Generationen umso notwendiger“, erklärte Bayerns Sozialstaatssekretär Jürgen W. Heike auf der Seniorenmesse in Neu-Ulm, die in die Neu-Ulmer Seniorentage eingebunden ist.

Moderne Seniorenpolitik müsse daher darauf ausgerichtet sein, wie das Zusammenleben von Älteren und Jüngeren gestaltet und die Rahmenbedingungen für einen dauerhaften Dialog geschaffen werden können. „Hierfür bedarf es in erster Linie einer vorurteilsfreien Sichtweise der Generationen untereinander. Denn es ist bislang leider noch immer ein weit verbreiteter Irrtum, dass Altern mit einem automatischen Abbau von körperlichen und geistigen Fähigkeiten einhergeht. Tatsache ist, dass die jetzige Seniorengeneration die gesündeste und auch wirtschaftlich vermögendste aller Zeiten ist“, betonte der Staatssekretär.

Viele ältere Menschen verfüg-

ten über eine breite Palette von Fähigkeiten und Kompetenzen, die sie auch nach dem Renteneintritt noch für die Gesellschaft einbringen könnten und sollten.

Die Bayerische Staatsregierung unterstütze den Dialog zwischen Jung und Alt beispielsweise durch das Projekt „Jung für Alt: Helfen und voneinander lernen“. Das im September 2006 angelaufene Projekt schule und begleite junge Menschen, die für ein Taschengeld älteren Menschen Serviceleistungen erbrächten. Auf Bundesebene wolle die Bundesregierung durch die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern die Begegnung und Kommunikation der Generationen untereinander fördern. **□**

Kirchstockach / Landkreis München:

Erfolgreicher 3. Tag der Energie

Bereits zum dritten Mal fand in Kirchstockach der „Tag der Energie“ statt. Der Schwerpunkt wurde in diesem Jahr auf alternative Treibstoffe gelegt. Über 1.000 Besucher informierten sich auf dem Gelände der Firma Ganser über Energiefragen.

Der stellvertretende Landrat, Rolf Zeitler, ging u. a. auf die seiner Ansicht nach anspruchsvolle Energievision des Kreistags ein und berichtete von bereits erfolgten Schritten.

43 Aussteller, so viele wie noch nie, boten beim 3. Tag der Energie vielfältige Informationen zum großen Themenbereich an. Vorträge beleuchteten alternative Antriebe. Auf dem Ausstellungsgelände erfuhren die Besucher In-

teressantes über Energiesparen, Dämmung, Heizung, Wärmepumpen, Solarthermie, Photovoltaik und Geothermie. Besonders erfreulich war heuer die Beteiligung von drei Schulen. Die Grundschule Brunenthal, das Carl-Orff-Gymnasium Unterschleißheim und die J. A. Schmeller Realschule Ismaning warteten mit Vorführungen auf. Die Big-Band der Realschule Neubiberg sorgte im Zelt für gute Stimmung. **DK**



Zufriedene Gesichter gibt es in Mittelneufnach nach dem Abschluss der Flurneueidung. Mitgewirkt an der großen Gemeinschaftsaufgabe haben (hinten von links) Dominikus Wenger, Robert Knöpfle, Johann Eberle, Johann Ziegler, Johann Frommelt und Lothar Birzle, sowie (vorne von links) stellvertretender Landrat Max Strehle, Albert Angele, Sylvia Treutwein, Klara Sattelmayer, ALES-Präsident Johann Huber und Bürgermeister Franz Meitinger. Bild: wkl

Flurneueidung in Mittelneufnach abgeschlossen

Heimat bewahren - Zukunft bereiten

1,21 Millionen Euro Gesamtinvestition - Erhalt der sakralen Kulturlandschaft hatte hohen Stellenwert - „Weg der Besinnung“ kurz vor Fertigstellung

Mittelneufnach (wkl). Zehn Jahre nach der Anordnung des Verfahrens wurde in Mittelneufnach (Landkreis Augsburg) jetzt die Flurneueidung mit einem Festakt abgeschlossen. Unter dem Motto „Heimat bewahren - Zukunft bereiten“ haben Landwirte, Bürgerschaft und Gemeinde mit dem viel beachteten „Mittelneufnacher Modell“ eine Maßnahme geplant und in die Tat umgesetzt, die weit über eine reine Flurbereinigung hinaus ging.

In der Staudengemeinde galt es nicht nur, den extrem zersplitterten Grundbesitz zusammen zu legen (die durchschnittliche Parzellengröße lag bei gerade einmal 0,36 Hektar) und das Wegenetz zu optimieren.

Kulturelle und ökologische Ziele

Jenseits dieser technisch-organisatorischen Eckpfeiler der Flurneueidung verfolgten die Mittelneufnacher auch kulturelle und ökologische Ziele: die nachhaltige Sicherung der in den Stauden typischen Kulturlandschaft (einschließlich des historisch gewachsenen Wegenetzes) und die Erhaltung kulturhistorischer, sakraler Besonderheiten standen ebenso auf der Agenda wie die Umsetzung des von der Regionalentwicklung Stauden erarbeiteten Radwegkonzeptes oder Maßnahmen für den Hochwasser- und Erosionsschutz. In enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde konnten im Zuge des Verfahrens zudem interessante Projekte der kommunalen Infrastruktur verwirklicht werden: so beispielsweise die Schaffung eines gefahrensfreien Zugangs zum Sportplatz durch einen gemeinsam finanzierten Geh- und Radweg oder die Bereitstellung von

2,2 Hektar Ökokonto-Fläche als Ausgleich für künftige Bau- und Gewerbegebiete.

Dass es der örtlichen Teilnehmergemeinschaft, dem federführenden Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben (ALES) in Krumbach und der Gemeinde gelungen ist, all diese harten und weichen Faktoren unter einen Hut zu bringen, unterstreicht eine hohe Auszeichnung durch den Freistaat Bayern: „In Mittelneufnach wurde mit Ideenreichtum und Kreativität ein vorbildlicher Beitrag für die Entwicklung und Zukunftssicherung des ländlichen Raumes in Bayern geleistet“, heißt es in der Urkunde zum Staatspreis, den Landwirtschaftsminister Josef Müller im Februar 2006 an Bürgermeister Franz Xaver Meitinger, Dominikus Wenger (Örtlich Beauftragter) und Lothar Birzle (Vorsitzender der Teilnehmergemeinschaft) überreichte.

Das historische Gewachsene bewahrt

In diese Kerbe hieb bei der Abschlussveranstaltung auch ALES-Präsident Johann Huber: „Die Mittelneufnacher haben die Dinge verantwortlich selbst in die Hand genommen und sich gemeinsam auf die Suche nach

praktikablen Lösungen gemacht. Sie haben bei der Neuordnung ihrer Flur Mut und Gestaltungswillen bewiesen, dabei aber das historische Gewachsene und die von vielen Generationen gepflegten und bewahrten Werte nicht aufgegeben!“

Zum krönenden Abschluss der Mittelneufnacher Flurneueidung wurde ein von dem Landschaftsarchitekten Rainer Söhmisch konzipierter „Weg der Besinnung“ angelegt. Die insgesamt acht Stationen stehen kurz vor ihrer Fertigstellung. Auf Hochtouren laufen parallel dazu derzeit auch die Arbeiten an einer Dorfchronik.

Die Gesamtinvestitionen des Mittelneufnacher Verfahrens beliefen sich auf 1,21 Millionen Euro. Davon konnten eine Million Euro aus öffentlichen Zuschüssen durch Freistaat, Bund und EU abgedeckt werden. Die restlichen 210.000 Euro brachten die Gemeinde und die Grundstückseigentümer auf. Von der Investitionssumme wurden 900.000 Euro für den Wegebau, 190.000 Euro für Landschaftspflegemaßnahmen (über 7.000 Sträucher, Laub- und Obstbäume wurden gepflanzt) und 120.000 Euro für Bodenordnung und Wasserrückhaltung ausgegeben.

Wegen Untreue und Steuerhinterziehung:

Geldstrafe für Weidens OB Schröpf

Wegen Untreue und Steuerhinterziehung ist Weidens Oberbürgermeister Hans Schröpf zu einer Geldstrafe von 22.500 Euro verurteilt worden. Gegen seine Ehefrau verhängte das Regensburger Amtsgericht eine Bewährungsstrafe von neun Monaten und eine Geldstrafe von 2.500 Euro.

Bereits 2005 war der Rathauschef wegen dreifachen Betrugs per Strafbefehl zu 22.500 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte damals Einnahmen aus Nebenberufen nicht an die Stadtkasse weitergeleitet. Der CSU-Politiker ist mit 30 Amtsjahren nach dem Schwabacher OB Hartwig Reimann der dienstälteste Oberbürgermeister Bayerns. Bei der nächsten Wahl 2008 darf er aus Altersgründen nicht mehr kandidieren.

Das 68-jährige Stadtoberhaupt hatte vor Gericht zugegeben, 1999 eine Spende von 10.000 Mark veruntreut und zwei Jahre später 32.000 Mark Mehrwertsteuer zu Gunsten der Stadtverwaltung nicht ans Finanzamt gezahlt zu haben. Wegen des Geständnisses hatte die Staatsanwaltschaft zahlreiche weitere Untreuevorwürfe fallengelassen. In dem Verfahren gegen den Oberbürgermeister war es um 136 Spenden von Bürgern und Unternehmen gegangen, insgesamt rund 67.000 Euro, die in den Jahren 1998 bis 2002 getätigt worden waren.

Schröpfs Ehefrau Inge war

CSU-Kreisverband Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim:

Strategien für den ländlichen Raum

Dr. Uwe Brandl: „Verantwortung füreinander tragen“

Sugenheim (pmw). „Wir müssen gemeinsam die Zukunft gestalten, die großen Städte und Regionen dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen“, so Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages und Bürgermeister der Stadt Abensberg. Bei einer CSU-Kreisbesprechung im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim mit dem Titel „Strategien für den ländlichen Raum“, plädierte er dafür, dass alle politischen Ebenen gegenseitig Verantwortung füreinander tragen.

Auch die kommunale Solidarität forderte Brandl ein, indem er die Bezirke und Landkreise mit klaren Worten dazu aufforderte, die in harten Verhandlungen mit der Bundesregierung erreichten Ausgabentlastungen auch an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. An die übergeordnete Politik appellierte der engagierte Kommunalpolitiker, mehr für soziale Gerechtigkeit zu sorgen und nannte als Beispiel den „missratenen Sohn von gut Betuchten“, der auf Kosten der Allgemeinheit zur Resozialisierung nach Mallorca verschickt werde.

Auch wenn er insgesamt Lichtblicke am finanziellen Horizont erkannte, müsse doch gesehen werden, dass in manchen Regionen vieles wegbräche. Die „Leuchtturmpolitik“, die mit den Metropolen und den dazugehörigen Regionen betrieben werde, dürfe die Vielfalt der Regionen nicht außer Acht lassen. Als für den ländlichen Raum von großer Bedeutung forderte Dr. Brandl die flächendeckende Versorgung mit schnellen elektronischen Leitungen (DSL) für jeden Haushalt - bislang würden 21 Prozent in diesem Bereich leer ausgehen.

„Die Bildung muss soweit irgend möglich im Dorf bleiben“, sagte Brandl. „Und bei allem notwendigen Sparen - Hände weg von der Kürzung von Mitteln für die Dorferneuerung, Städtebauförderung und Flurbereinigung“. Jeder Euro an Fördermitteln würde sechs bis sieben Euro an Investitionen nach sich ziehen und damit zur weiteren Belebung der Wirtschaft beitragen.

Kein Denkverbot

Dr. Uwe Brandl artikulierte recht angriffslos und hart. Bei der Privatisierung von Krankenhäusern dürfe es kein Denkverbot geben, beim Bürokratieabbau bedürfe es des Umdenkens in der gesamten Gesellschaft und die Kernverantwortung für die Erziehung von Kindern liege bei den Eltern, nicht beim Staat: „Diejenigen, die schwimmen können, müssen es auch tun, und das Rettungsboot Staat darf nur von den wirklich Bedürftigen genutzt werden“.

Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt bezeichnete bei der Konferenz die CSU als die Kommunalpartei



Unser Bild zeigt (v. l.): Martin Hümmer (Oberickelsheim), Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages, MdL und Bürgermeister Hans Herold (Ipsheim) und Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg) im angeregten Gespräch. (pmw)

schlechthin und CSU-Kreisvorsitzender Hans Herold, selbst Bürgermeister, gab gemeinsam mit Kreisgeschäftsführer Michael Dibowski einen Zwischenbericht über das in der „Zukunftswerkstatt“ in Arbeit befindliche Konzept für die Entwicklung des Landkreises Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim.

In Übereinstimmung mit Dr. Brandl bezeichnete es Landtagsabgeordneter Herold als „Erfolg der CSU, dass der Bund anstelle der ursprünglich geplanten 2,4 Milliarden jetzt 4,3 Milliarden Euro bei den Hartz-IV-Unterbringungskosten übernimmt. Besonders freute er sich darüber, dass die finanziellen Kürzungen der Europäischen Union für die Landwirtschaft und damit den gesamten ländlichen Raum zumindest teilweise durch den Einsatz des Ministerpräsidenten und der CSU-Landtagsfraktion mit bayerischen Mitteln ausgeglichen werden konnten.“

In seinem „rhetorischen Feuerwerk“ (so Hans Herold) forderte Brandl Mut zu Veränderungen, die nur gemeinsam und mit der CSU machbar seien: „Wer Wahlen durch Wohltaten gewinnen will, handelt gegen diesen Staat - Warmduscher in der Politik können wir nicht mehr brauchen“. □

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik - Wirtschaft - Recht - Technik - Praxis

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Victoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)

€ 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Trauer um Graf Ingelheim

Nach langer Krankheit verstarb am Samstag, 2. Dezember, Albrecht Graf von Ingelheim. Der Spross der weitverzweigten Familie des Würzburger Fürstbischofs Julius Echter war seit 26. Juni 2001 Präsident des Bezirkstags von

Unterfranken. Der diplomierte Forstwirt fand bereits 1972 seine politische Heimat in der CSU.

Seit 1978 wirkte er in mehreren politischen Ehrenämtern, unter anderem als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Mespelbrunn. Daneben wuchsen ihm weitere Ehrenämter zu. So war er seit 1987 Vorsitzender des Unibundes, eines Fördervereins der Universität Würzburg. Ebenso erfüllte er Aufgaben für die AOK Bayern. Darüber hinaus übernahm er als Bezirkstagspräsident auch Spitzenfunktionen in verschiedenen Gremien, Zweckverbänden und Stiftungen.

In den Bezirk Unterfranken wurde er erstmals 1986 gewählt. Neben den angenehmen Pflichten wie der Verteilung von Fördergeldern aus der Unterfränkischen Kulturstiftung an viele große und kleine Kunst- und Kultureinrichtungen in der Region hatte er stets das zentrale Anliegen des Bezirks im Blick: Nämlich denjenigen unterfränkischen Mitbürgern zu helfen, die auf Grund sozialer Probleme, psychischer Krankheit oder Behinderung sich selbst nicht helfen können. Albrecht Graf von Ingelheim wäre am 22. Dezember 62 Jahre alt geworden. Er hinterlässt eine Frau sowie drei Töchter und mehrere Enkelkinder.

Foto/Text: wkn



Eine Hymne für Niederbayern - offizielle Übergabe der CD in Gold

Die Komposition einer Bezirkshymne durch Hans-Jürgen Buchner alias „Haindling“ lockte als Preis bei dem vierwöchigen Bayern1-Quiz „Bayerns beste Bayern“, aus dem Niederbayern als Sieger hervorging. Sichtlich stolz nahmen nun Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger, Bezirkstagsvizepräsident Anton Jahrstorfer, Hans-Jürgen Buchner und Dr. Klaus Timmer für den Chor der Reisigen die CD in Gold aus den Händen von Bayern 1-Programmchef Maximilian Berg entgegen. Nicht fehlen durfte bei dem offiziellen Pressetermin in Landshut die Live-Vorstellung der Niederbayern-Hymne - gesungen und gespielt von Mitgliedern des Chor der Reisigen - bekannt durch die Landshuter Hochzeit - und der Landshuter Stadtkapelle.

Der Text der Hymne stammt natürlich auch aus der Feder eines Niederbayern, dem gebürtigen Freyunger und Bayern1-Redakteur Franz Baumgartner. Im Bild (v.l.): Bezirkstagsvizepräsident Anton Jahrstorfer, Maximilian Berg, Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger, Hans-Jürgen Buchner und Dr. Klaus Timmer. Text und Audio der Hymne unter www.bayern1.de. - ck -

CSU-Senioren-Union feiert fünften Gründungstag bei der Kreishauptversammlung:

Erfahrung gestaltet Zukunft

Weiterhin um die Gleichstellung mit der JU und der FU bemüht

Landkreis Augsburg/Königsbrunn (gri). Der kurze Begrüßungspart der Kreisvorsitzenden der CSU-Senioren-Union, Therese Wicha, galt dem Landesvorsitzenden der CSU-Senioren, Prof. Dr. Konrad Weckerle, dem MdL und CSU-Kreisvorsitzenden Martin Sailer und dem Ehrenvorsitzenden Erich Schwaiger. Während Erich Schwaiger über verschiedene Verbandsgründungen berichtete, stellte MdL Martin Sailer die Bedeutung der Senioren-Union innerhalb der CSU heraus. Prof. Dr. Konrad Weckerle widmete sein Referat der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms der CSU.

Sailer interpretierte in seinem Jubiläumsgrußwort das Ziel der Senioren Union aus dem Slogan „Erfahrung gestaltet Zukunft“ dahingehend, die Anliegen der älteren Generation zu bündeln und offensiv gegenüber Politik und Gesellschaft zu vertreten. Nach Ansicht des CSU-Kreisvorsitzenden spielte die Senioren-Union als Arbeitsgruppe eine besondere Rolle innerhalb der CSU.

Demographie

Zur demographischen Entwicklung im Landkreis Augsburg sagte Sailer: der Altersbereich der 60 bis 79-jährigen Menschen wird auf knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung ansteigen. Der Anteil der über

80- bis und 90-Jährigen wird sich im Jahre 2023 verdoppeln. Aufgabe der Politik sei es, für diese gesellschaftliche Strukturverschiebung die erforderlichen Handlungskonzepte zu entwickeln. Nach Aussage Sailer sei eine Vielzahl von Senioren gerne bereit, sich gesellschaftlich einzubringen. Abschließend meinte der Sailer, dass er sich für die Gleichstellung der Senioren-Union mit der JU und FU einsetzen werde.

Im Rahmen der Kreishauptversammlung wurde das fünfjährige Bestehen des Kreisverbandes gewürdigt. Ehrenvorsitzender Erich Schwaiger berichtete über die Schwierigkeiten mit höchsten Parteigremien, bis er anno 2001 den CSU-Senioren-

kreisverband Augsburg aus der Taufe heben konnte. Der Tätigkeitsbericht von Therese Wicha und die hervorragende Verbandsführung wurden mit reichem Beifall belohnt.

Christliche Grundwerte

Der Landesvorsitzende der CSU-Senioren-Union, Prof. Dr. Konrad Weckerle, Mitglied der CSU-Programm-Grundsatzkommission, stellte klar, dass die Partei sich weiterhin an den christlichen Grundwerten orientiere. Dazu gehören Ehe und Familie und Bildung, die schon im Kindergarten anfangen. Deshalb plädierte er für kostenfreie Kindergärten.

In den nachfolgenden Ausführungen wurden noch weitere Leitbilder für das neue CSU-Grundsatzprogramm genannt. Der Landesvorsitzende berichtete zudem über die großen Schwierigkeiten mit der Parteispitze bei dem Ansinnen, die Senioren-Union mit der Jungen Union und der Frauen-Union gleichzustellen. □

Abschied von Friedrich Bauereisen

Ehingen (pmw). Eine unübersehbare Trauergemeinde nahm Abschied von einem Politiker, der das „Näher am Menschen“ stets praktiziert und seine Aufgaben immer auch mit dem Herzen angepackt hat, sei es in der Kommunalpolitik oder im Bayerischen Landtag: Friedrich Bauereisen war nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 79 Jahren verstorben.

Er war mehr als dreißig Jahre Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Ehingen im Landkreis Ansbach und hat in dieser Zeit für die örtliche Infrastruktur Großartiges geleistet. Er hat die Verwaltungsgemeinschaft mit gestaltet, Kindergärten, Schulen und eine Mehrzweckhalle gebaut, und er hat das Vereinsleben durch persönlichen Einsatz gefördert und bereichert. Jahrzehntlang war Bauereisen auch Mitglied im Kreistag.

Der „Löwe vom Hesselberg“ - wie ihn viele nannten - hat für seine Leistungen und seinen Einsatz für die Menschen seiner Heimat zahlreiche Auszeichnungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene erhalten, aber auch zum Beispiel den „Frankenwürfel“, den so genannten „fränkischen Nobelpreis“. Die Arbeit des Verstorbenen wurde von zahlreichen Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens gewürdigt, die ihn auf seinem letzten Weg begleiteten. Fritz Baue-

reisen sei ein „echter Volksvertreter“ gewesen.

Bleibende Verdienste, so der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann, habe er sich erworben, in dem er nach dem Kriege nicht nur im Sinne des Wortes, sondern auch moralisch und politisch seine Heimat Franken und den Freistaat Bayern mit aufgebaut habe: „Er war ein liebenswerter, humorvoller und gläubiger Mensch“. Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, welcher Friedrich Bauereisen zwanzig Jahre angehörte, charakterisierte den Verstorbenen als „außergewöhnlichen Menschen mit unverwechselbaren Eigenschaften“.

In Ansprachen verabschiedeten sich von Friedrich Bauereisen der frühere Landwirtschaftsminister Hans Maurer, Landratsstellvertreter Werner Herzog, Ehingens Bürgermeister Karl Engelhard und der mittelfränkische Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Landtagsabgeordneter Jürgen Ströbel. Neben vielen weiteren aktiven und ehemaligen hochrangigen Politikern nahmen auch die stellvertretende Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Staatssekretär Karl Freller, der frühere Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Karl Hillermeier und Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger an den Trauerfeierlichkeiten teil. □



GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jeder von uns ist ein Engel mit nur einem Flügel, und wir können nur fliegen, wenn wir uns unarmen.“ Wenn mein Chef, der Bürgermeister Luciano De Crescenzo zitiert, dann versucht er damit keine plumpe Anmache bei mir. Nein, er will nur seinen philosophischen Beitrag zur Flügel-Frage leisten, die seit dem Dresdner CDU-Parteitag nicht mehr nur in politischen Kategorien diskutiert wird.

Die Flügel der Parteien teilt man ja lange in links und rechts, Fundi und Realo, orthodox und pragmatisch ein. Es gab und gibt Parteien, die begnügen sich nicht mit zwei Flügeln, sondern halten sich Strömungen, um die Pluralität ihrer Aussagen zu garantieren. Wieder andere geben sich Plattformen, um Unruhestifter zumindest formal in die Partei zu integrieren. Immer waren aber diese mehr oder weniger unvermeid-



Konstruktionen unabdingbar ist, sind bisher alle Versuche der Ingenieure gescheitert, ein Flugzeug zu konstruieren, das nur aus Flügeln und nicht auch aus Rumpf besteht. Der Nur-Flügler gerät unweigerlich ins Trudeln, ist äußerst schwer zu kontrollieren und stürzt über kurz oder lang ab.

Womit wir wieder bei den Parteien wären, denn heftiges Flügelschlagen führt zu einem

unvermeidlichen Absturz in der Demoskopie und nicht selten zu einer Bruchlandung bei Wahlen. Diese Erfahrung haben alle Parteien schon mal gemacht. Weshalb es sich bei nervösen Zuckungen in den Flügelspitzen allemal lohnt, einen besonderen Blick auf den stabilisierenden Teil einer Partei, sprich die Basis, zu werfen.

Die Basis, man weiß es, mag ebenso wie die Bevölkerung keinen Streit an der Parteispitze. Das sei aber nicht mit übertriebenem Harmonieterror verwechselt: Wenn schon Streit, dann im eigenen Gäu. Sei es um eine Sach- und noch viel lieber über eine Personalfrage. Da geht es weit über das hinaus, was man in der Tageschau so als Flügelkampf bezeichnet: Beleidigungen fliegen, auf Kreisvertreterversammlungen werden mit dem Wahlzettel ganze Gemetzeln veranstaltet, ja hie und da tritt sogar ein ganzer Ortsverein aus einer Partei aus. Oft gibt's dann bei Wahlen eine Klatsche. Aber das sind halt Vorgänge, die nicht sonntags bei Christiansen durchgekaut werden.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist seiner Lebtag noch keinem zünftigen Streit aus dem Weg gegangen, ob es nun Flügelkampf hieß oder nur ein Spinner zur Raison gebracht werden musste. Das Geheimnis der Stabilität kennt er aber: Nach dem Raufen muss Ruhe sein. Kein Triumphgeheul der einen, kein Nachtreden der anderen. Sonst behält am Ende doch noch der italienische Filmschauspieler Alberto Sordi auf dem heutigen Kalenderblatt Recht: „Es liegt im Wesen der Parteilug, dass sie mehr Luftzug als Bewegung erzeugen“.

Vorweihnachtliches Flügelschlagen

baren Ausprägungen der Parteidemokratie in den Niederungen des praktischen Politikbetriebs angesiedelt. Angela Merkel ist es zu verdanken, dass sie die lichten Höhen der Naturwissenschaften erklommen haben: Durch ihre Feststellung, wonach sie als Physikerin wisse, dass Flügel Auftrieb verlieren.

Dabei hätte sie als Physikerin durchaus noch einen vertiefteren Einblick in ihr Fachgebiet geben können. Etwa, dass Flügel, wollen sie Auftrieb geben, einen robusten Mittelbau brauchen. Man sehe sich nur die Vögel an - vom eleganten Kolibri über den majestätischen Adler bis hin zu den Geflügel der Saison - die Mitte ist im Vergleich zu den Flügeln stark und ausgeprägt. Wer von der Ente oder der Gans nur die Flügel auf den Teller bekommt, steht hungrig vom opulenten Mahl auf. Wer hingegen zwischen Brust und Keule wählen darf, dessen Festtage sind in Butter.

Weil der ausgleichende Faktor in der Mitte aber nicht nur für die reichliche Kalorienversorgung von vogelgrippehysterieresistenten Genießern, sondern auch für die Stabilität von

The Sabrina

Johannes-Butzbach Gymnasium in Miltenberg:

Attraktive Ganztagesangebote

Kreis Miltenberg. „Die wichtigste Institution der Gesellschaft neben der Familie ist die Schule“. Mit diesem Zitat des amerikanischen Softwareunternehmers Bill Gates unterstrich Landrat Roland Schwing die Bedeutung der Bildung für den Landkreis Miltenberg. Anlass war die Einweihung der neuen Ganztagesbetreuungsangebote und des neu gestalteten Klassenraumbereiches im Johannes-Butzbach Gymnasium Miltenberg. Insgesamt 2,19 Millionen Euro hat der Landkreis investiert.

Der schnelle Wandel unserer Lebenswelt stelle immer neue und höhere Anforderungen an die Menschen, betonte Landrat Roland Schwing. So sei für eine Vielzahl von Eltern eine umfassende und kindgerechte Förderung und Betreuung ihrer Kinder über den ganzen Tag wichtig. Dies nicht nur, um die eigene Erwerbstätigkeit zu sichern, sondern auch um die Kinder in einer Lernumwelt gut aufgehoben zu wissen. Mit dem Abschluss der Baumaßnahme erschließen sich für die Schülerinnen und Schüler neue Lern- und Lebensräume am Johannes-Butzbach-Gymnasium.

Ganztagesbetreuung als Herzstück

Herzstück der Baumaßnahme seien die Ganztagesbetreuungs-einrichtungen. Künftig stehen den Schülerinnen und Schülern ein multifunktionaler Speiseraum mit Aufbereitungsküche und Aussenterasse, zwei Hausaufgabenräume, eine Galerie als Ausstellungspassage sowie ein Stillarbeitszentrum mit integrierter EDV-Ausstattung zur Verfügung. Für eine aktive Pausengestaltung wurden eine Kletterwand, Tischtennisplatten und Kicker beschafft. Der Pausenhof wurde verschönert, insbesondere durch die Einrichtung einer Bocciabahn. Modernisiert wurden

zudem vier Klassenräume. Diese wurden mit modernster Lüftungstechnik und Wärmerückgewinnung ausgestattet.

„Im Sinne von Agenda 21 ist dies ein zukunftsorientierter Schritt“, so Landrat Schwing. Eingerichtet wurde auch eine moderne EDV-Ausstattung. Vier weitere Klassenzimmer werden 2007 modernisiert.

Für die Ganztagesbetreuungs-einrichtung erhält der Landkreis

Zuschüsse vom Bund von 1,06 Millionen Euro und vom Freistaat Bayern von rund 99.000 Euro. Es verbleibt somit ein Eigenanteil von 1,03 Millionen Euro. Schwing machte deutlich, dass seit Jahren der Landkreis Miltenberg ca. 75 Prozent seiner Investitionsmittel in die Bildung investiere. Mit dieser Baumaßnahme werde auch der südliche Landkreis weiter gestärkt.

Für ihn sei es ein besonderer Freudentag, betonte Schulleiter Oberstudiendirektor Joachim Fertig. Die neuen Räumlichkeiten ermöglichen ein gutes pädagogisches Arbeiten und schaffen eine freundliche Atmosphäre für ein erfolgreiches Lernen an der Schule. □



Vor der Kletterwand für die „aktive Pausengestaltung“ (v.l.): Ministerialbeauftragter Rudolf Schmitt, Oberstudiendirektor Joachim Fertig (Schulleiter), Landrat Roland Schwing, Miltenbergs Bürgermeister Joachim Bieber und Architekt Klaus Wolf. □

Guide für junge Leute

Alternativer Stadtführer mit Kultur-, Sport- und Ausgetipp

Würzburg „Würzburg ist ein kleines Paradies für Theaterfans“, ist die Würzburger Impro-Schauspielerin Nadine Antler überzeugt. Neben dem Mainfranken Theater gibt es zahlreiche Off-Stages, zum Beispiel das Theater Chambinzky oder die Lengfelder Puppenbühne, das Plastische Theater Hobbitt oder das Theater Ensemble. Wo sich die über die ganze City verteilten Theater befinden, zeigt der soeben unter dem Titel „Der Plan“ erschiene Jugend- und Familienguide der Stadt Würzburg.

Der bayernweit einmalige Stadtführer für junge Menschen im Alter zwischen 14 und 27 Jahren enthält sämtliche Infos, die jugendliche Würzburg-Gäste, Familien und Erstsemester-Studenten benötigen.

Der Leser erfährt, wo sich welches Theater befindet und wie die Homepages der einzelnen Bühnen lauten, er wird auf Sporteinrichtungen und Sehenswürdigkeiten hingewiesen und bekommt mit, in welchem Monat welches kulturelle Highlight in der Stadt am Main ansteht. Die Kurztexte zu den Rubriken wie „Theater“, „Nachtleben“ oder „Livemusik“ stammen von Gastautoren, die sich für

die Jugendkultur in Würzburg engagieren.

Studenten, die neu an die Uni kommen, können ihn ebenso anfordern wie Lehrer, die einen Schulausflug nach Würzburg planen. Im Info-Paket des städtischen Eigenbetriebs Congress Tourismus Wirtschaft (CCW) wird er ab sofort selbstverständlicher Bestandteil sein, außerdem soll er ab 2007 ins Willkommenspaket für die Erstsemesterstudenten gepackt werden.

Wer Interesse an dem Guide hat, kann ihn unter 0931/373346 beim Fachbereich Jugend der Stadt Würzburg anfordern.

Pat Christ



Das Team des „Plans“ (von links: Würzburg Sozialreferent Roland Scheller, Steffen Deeg vom Jugendkulturhaus Cairo, FH-Studentin Katrin Dietz, die den „Plan“ entwickelte, und Hartmut Emser vom Würzburger Jugendamt) freut sich auf jugendliche Würzburg-Besucher. Foto: Pat Christ

Chancengleichheit gewürdigt

Landrätin Pauli nahm in Frankfurt das Prädikat „TOTAL E-QUALITY“ entgegen

Landrätin Dr. Gabriele Pauli und Franz Herbst, Leiter der Hauptverwaltung, haben in Frankfurt die Auszeichnung „TOTAL E-QUALITY“ entgegengenommen. Das Prädikat ist eine Auszeichnung für Organisationen, die sich nachweislich und langfristig in ihrer Personalpolitik für Chancengleichheit einsetzen. Bewerbungen konnten sich Institutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung

mit mehr als 15 Beschäftigten. Das Landratsamt hat sich seit dem Jahr 1997 die Erhöhung des Frauenanteils, die Sicherung der Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Ziel gesetzt. Die Jury würdigte insbesondere, dass der Anteil von Frauen in leitenden Positionen mit einer Quote von 50 Prozent sehr hoch ist. Ebenso fiel der Jury sehr positiv die ebenfalls hohe Teilzeitquote von

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der Firma BayWa, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

21 Prozent auf. Zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird am Landratsamt bereits seit 1995 angeboten, die Aufgaben in einem Homeoffice („Hoffice“) zu erledigen. Daneben gibt es mehr als 100 verschiedene Arbeitszeitmodelle, die den Freiraum bieten, individuelle Interessen mit den Interessen des Arbeitgebers abzugleichen. Die Führung der Arbeitszeit-Aufzeichnungen wird hierbei den Mitarbeitern eigenverantwortlich überlassen.

Das Prädikat wurde der Landrätin in der Commerzbank in Frankfurt ausgehändigt. Neben dem Landkreis Fürth wurden neun weitere Bewerber erstmalig ausgezeichnet. Weitere acht Organisationen wurden zum wiederholten Male mit dem Preis bedacht. „Die Veranstaltung war in dem tollen Ambiente eine überaus gelungene Auszeichnungsveranstaltung. Das mit größter Überzeugung vorgetragene Bekenntnis zu Chancengleichheit des Hausherrn Klaus-Peter Müller zu Beginn war beeindruckend - ein Bekenntnis, das sich durch die Beiträge aller aktiv Beteiligten bis hin zu den Leistungen jedes einzelnen Prädikatsträgers zog. Es war ein Erlebnis zu hören, wie vorbildlich



Dr. Gabriele Pauli.

Chancengleichheit bei den Prädikatsträgern gelebt wird“, berichtet Dr. Gabriele Pauli. „Ich freue mich natürlich aber auch sehr, dass unsere Bemühungen zur Chancengleichheit eine entsprechende Würdigung erhalten haben. Insbesondere die Haupt- bzw. Personalverwaltung musste hierbei viele Weichen stellen.“

Der Landkreis Fürth hat sich auf Initiative von Franz Herbst um dieses Prädikat beworben und darf dieses jetzt zunächst bis 2008 tragen. Danach ist eine neuerliche Bewerbung erforderlich.

Vorschau auf GZ 24

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 24, die am 21. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Garten- und Landschaftsbau - Dorferneuerung
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperreffosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperreffosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der LANIA-AG

ORION
transparente Überdachungssysteme
Fahrradparking-Systeme
Stadtmobilität

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Mühlbacher Straße 10, 90478 Nürnberg
Tel. 0911/2406870 · Fax 0911/2406871
www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79837 St. Blasien-Schwarzgöwe
Tel. 07832 3121 · Fax 07832 11077

Kindergarteneinrichtungen

elbe
Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-92285 Möttingert
Tel. (09338) 89 0 · Fax (09338) 89 199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/9355 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/9355 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

HANO
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe
Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-92285 Möttingert
Tel. (09338) 89 0 · Fax (09338) 89 199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 · Fax +49 (0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 33 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 · 601 · Fax: 09 81/18 06 · 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekorations + werbung
vertragshandel für **Felitto Star**
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 09 11/69 39 65
telefax 09 11/69 59 63
email: deko-jochum@t-online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79837 St. Blasien-Schwarzgöwe
Tel. 07832 3121 · Fax 07832 11077

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de